



19. Heft | 11. November 1914

## PAUL HIRSCH · DIE KRIEGSTAGUNG DES PREUSSISCHEN LANDTAGS

**E**TZT hat sich der denkwürdigen Sitzung des Reichstags vom 4. August die Sitzung des preußischen Landtags vom 22. Oktober würdig angereihet. Wie im Reichstag in einer Reihe mit den bürgerlichen Parteien die Sozialdemokraten die Kriegskredite bewilligt und damit bekundet haben, daß sie in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich lassen, so haben im Landtag alle Parteien einschließlich der Sozialdemokraten der Regierung die von ihr zur Hebung wirtschaftlicher Kriegsschäden geforderten 1½ Milliarden zur Verfügung gestellt. In dieser einmütigen, fast debattelosen Zustimmung zu der Regierungsvorlage äußert sich der entschlossene Wille des Parlaments alles zu tun, was in seinen Kräften steht, um die Wunden zu heilen, die der entsetzliche Krieg geschlagen hat und noch schlägt.

Über das Ziel der Bewilligung des Nachtragsetats gab es keine Meinungsverschiedenheit zwischen den Parteien. Nur über die formelle Erledigung der Vorlage gingen die Ansichten auseinander. Die sozialdemokratische Fraktion wünschte eine Kommissionsberatung, aber nachdem sich in der Vorbesprechung die Aussichtslosigkeit der Erfüllung ihres Wunsches erwiesen hatte, nahm sie von einem Antrag auf Kommissionsüberweisung Abstand und begnügte sich damit in einer Erklärung ihren Forderungen Ausdruck zu verleihen. Auf die Abgabe einer Erklärung konnte sie indessen nicht verzichten. In diesen Tagen, wo, wie es in der Erklärung heißt, das ganze deutsche Volk ohne Unterschied des Geschlechts und der Klasse die schwersten Opfer an Gut und Blut bringt, und wo die heute politisch entrechteten ärmeren Schichten, wo insbesondere die Arbeiter einen so ungeheuren Anteil an diesen Opfern tragen, hätte man wohl die Anerkennung von der Notwendigkeit der Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems seitens der Regierung erwarten können. Diese Erwartung hat sich nicht erfüllt, und deshalb war es eine ganz selbstverständliche Pflicht der Sozialdemokratie festzustellen, daß das Volk nicht nur zu geben sondern auch zu fordern hat. Natürlich nicht in dem Sinn, daß es gewissermaßen als Belohnung für seinen Opfermut ein freies Wahlrecht verlangt. Geschäfte solcher Art wünschen wir nicht. Nein, ganz unabhängig von der durch den Krieg geschaffenen Lage und ganz unabhängig davon, wie die Verhältnisse sich in Zukunft gestalten, ist und bleibt die Wahlrechtsfrage die wichtigste innerpolitische Frage für Preußen, ja auch für das Reich. Dies mit allem Nachdruck, aber auch mit der durch den Ernst des Augenblicks gebotenen Würde zu sagen war notwendig, und selbst der erbitterteste Gegner der Sozialdemokratie wird zugeben müssen, daß die Art, wie die sozialdemokratische Frak-

tion des Abgeordnetenhauses ihre Aufgabe gelöst hat, weder dem Ansehen des Parlaments noch dem Ansehen des preußischen Staates irgendwie Abbruch getan hat. Im Gegenteil, gerade die Tatsache, daß auch die Vertreter des Proletariats im Augenblick der Not nicht vergessen, was sie dem Vaterland schuldig sind, und, obgleich ihre Wünsche vorläufig unerfüllt geblieben sind, der Regierung die Mittel nicht verweigert haben, sollte unseren Feinden draußen zu denken geben. Wenn irgendeiner der mit uns Krieg führenden Staaten, wenn insbesondere England sich der Hoffnung hingegeben hat, die nationale Einheit des deutschen Volkes werde in die Brüche gehen, wenn es auf eine innere Zersplitterung bei uns spekuliert und daraus schon frohlockend eine wirtschaftliche Gefährdung Deutschlands und Preußens in den Kreis seiner Berechnung gezogen hat, so wird sich diese Rechnung als Milchmädchenrechnung erweisen. Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zum Krieg ist am 22. Oktober die gleiche gewesen wie am 4. August. Mögen auch über politische und soziale Fragen die Ansichten zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie weit auseinandergehen, in der großen nationalen Frage, die zurzeit das ganze Volk bewegt, gibt es nur eine Ansicht, hier steht an Opferfreudigkeit die Sozialdemokratie hinter keiner andern Partei zurück. Aus diesem Grund wollen wir auch heute nicht mit den Blättern rechten, die aus der Erklärung der Fraktion den Schluß ziehen, nun dürfe erst recht keine Wahlreform kommen. Darüber zu reden ist später Zeit. Vorläufig genügt es festzustellen, daß die Sozialdemokratie unzweideutig bekundet hat, daß sie von dem, was sie für notwendig hält (notwendig nicht für sich sondern für das Volk), nicht abgeht. Welche Taktik sie später zur Erreichung ihres Zieles einschlagen wird, das kann getrost der Zukunft überlassen bleiben, das hängt nicht von ihr allein sondern in erster Linie auch von der Regierung und von den bürgerlichen Parteien ab.

Die sozialdemokratische Fraktion konnte aber auch deshalb der Regierungsvorlage nicht debattelos zustimmen, weil sie in sozialpolitischer Hinsicht unzulänglich ist. Die Regierung erkennt die Notwendigkeit einer Vorsorge zur Verminderung der Arbeitslosigkeit an, sie gibt zu, daß namentlich in Berlin und anderen Großstädten sowie in Industriegegenden in erheblichem Umfang eine Arbeitslosigkeit besteht, deren Ursache auf die Kriegslage zurückzuführen ist, aber sie begnügt sich zur Linderung der Arbeitslosigkeit mit Notstandsarbeiten, und auch hier bleibt sie auf halbem Weg stehen. Sie läßt die Gelegenheit zur Inangriffnahme des Baues des Mittellandkanals, dessen Herzstück, die Verbindung Hannovers mit der Elbe, bekanntlich seinerzeit aufgegeben war, unbenutzt vorübergehen, nicht etwa, weil sie innerlich nicht von der Notwendigkeit und von der Bedeutung dieses Kulturwerks überzeugt wäre, sondern aus Besorgnis, es könnten die politischen Gegensätze dadurch aufgerührt werden. Gewiß wäre es, wenn die Vorlage dies Projekt enthalten hätte, zu Auseinandersetzungen im Landtag gekommen, aber die Diskussion hätte ruhig und sachlich gepflogen werden können, und ich bin überzeugt, so mancher alte Gegner des Kanals hätte sich gerade jetzt zu einer andern Ansicht durchgerungen, und das Projekt wäre genehmigt worden.

Darüber, daß in erster Linie freie Arbeiter zu den Notstandsarbeiten, und zwar nur zu den zwischen den Unternehmer- und Arbeiterorganisationen

vereinbarten oder zu vereinbarenden Lohn- und Arbeitsbedingungen verwendet werden dürfen, braucht man kein Wort zu verlieren. Nachdem die Regierung an anderer Stelle selbst die Innehaltung tariflicher Vereinbarungen angeraten hat, und nachdem mächtige Arbeitgeberverbände es als vaterländische Pflicht ihrer Mitglieder bezeichnet haben gerade während des Krieges die Tarifverträge aufs sorgfältigste zu beobachten, wird die Regierung, da wo sie selbst direkt oder indirekt als Arbeitgeberin auftritt, selbstverständlich nach den selben Grundsätzen verfahren müssen.

Was uns vor allem an der Regierungsvorlage unzulänglich scheint, ist, daß sie mit keiner Silbe die Notwendigkeit einer Arbeitslosenunterstützung auch nur andeutet. Mit vollem Recht schreibt das Korrespondenzblatt der Generalkommission am 24. Oktober:

»Vor allem . . . ist zu beklagen, daß in der ganzen preußischen Kriegsvorlage kein Wort von Mitteln für Gemeinden und Kreise zur Durchführung der Arbeitslosenunterstützung enthalten ist. Ist die Beschaffung solcher Mittel auch in erster Linie eine Reichsangelegenheit, so kann doch eine für das Wohl aller ihrer Bürger fürsorgliche Staatsverwaltung unmöglich so lange warten, bis das Reich alle diese Dinge bis ins kleinste geregelt hat, da es sich hier um eine Notstandsfrage in des Wortes allererstester Bedeutung handelt. Die Arbeitslosigkeit ist durch den Krieg in ganz enormer Weise verschärft worden, und die Arbeitslosen leiden bittere Not auch noch dort, wo die Gewerkschaften mit ihren begrenzten und schwer flüchtig zu machenden Mitteln helfend eingreifen. Die Gemeinden sind vielfach willens zu helfen, aber sie sind dazu außerstande, soweit sie aus Arbeitern und wenig steuerkräftigen Bewohnern bestehen. Sowenig sich Preußen der Staatshilfe in anderen, bereits reichsgesetzlich geregelten Fürsorgefragen entziehen kann, so wenig darf es sich hier auf den Grundsatz, daß die Arbeitslosenhilfe ausschließlich Reichssache sei, berufen . . . Die einfachste Überlegung muß unseren Staatsmännern sagen, daß es ihnen selbst durch die großzügigste Arbeitsbeschaffung nicht gelingen kann das ganze Elend der Arbeitslosigkeit während des Krieges zu beseitigen. Man bedenke doch, was es heißt, wenn durch die Kriegsstatistik der deutschen Gewerkschaften festgestellt ist, daß zu Ende August nicht weniger als 21,2 % aller verbliebenen Mitglieder völlig arbeitslos waren. Im September mag dieser Prozentsatz vielleicht bis auf 15 % zurückgegangen sein, aber vom Oktober an ist wieder mit einer starken Zunahme der Arbeitslosen zu rechnen, und in den Kreisen der Nichtorganisierten ist die Arbeitslosigkeit sicherlich nicht geringer, eher größer. Dazu kommt, daß die gewerkschaftlich verfügbaren Mittel immer mehr zusammenschrumpfen und eines Tages ganz versiegen werden. Wenn hier nicht rechtzeitig von Reich und Staat Vorsorge getroffen wird, dann bleibt schließlich nur die Armenpflege der Gemeinde übrig, ganz gleich, ob ihr dann der beleidigende Charakter genommen wird oder nicht. Wir fragen ernstlich, ob die deutsche Arbeiterklasse, die sich gleich anderen Kreisen des deutschen Volkes für das Wohl des Vaterlands mit Gut und Blut eingesetzt hat, wirklich nichts Besseres verdient hat als ein Vorenthalten dessen, was zur notdürftigsten Sicherung einer Existenz unabweisbar notwendig ist, und den Hinweis auf die öffentliche Armenpflege, die man anderen, vom Krieg ruinierten Kreisen möglichst durch tatkräftige Hilfe zu ersparen sucht.«

Ähnlich die Soziale Praxis am 22. Oktober:

»Gewiß ist die Bereitstellung von Arbeitsgelegenheit die beste Arbeitslosenfürsorge und jeder gesunde anständige Arbeitslose (und das ist die große Masse) drängt nach Arbeitsverdienst, statt bei ein paar kümmerlichen Unterstützungsgroschen zu darben. Aber es ist eine feste Erfahrungstatsache, daß nicht für alle Arbeitslosen Beschäftigungsgelegenheit, der sie körperlich gewachsen sind, beschafft werden kann, jedenfalls niemals sofort ohne längere Warte- und Entbehrungsfristen, in denen der Arbeitslose mit anderen Zuwendungen über Wasser gehalten werden muß. Von dieser Arbeitslosenunterstützung ist in dem Programm der »Staatshilfe für die Arbeitslosen«, das die Regierung jetzt vor der Landtagssitzung entwickelt, leider wenig die Rede. Diese Arbeitslosenunterstützung ist ganz den Stadtgemeinden und den Berufsverbänden der Arbeiter und Angestellten überlassen — und soll ihnen anscheinend allein überlassen bleiben. Wenn diese Träger aber schließlich unter der Last, die jetzt sehr ungleichmäßig, ohne Rücksicht auf die Leistungsfähig-

keit der Schultern verteilt ist, zusammenbrechen? Sollten dem Staat und Reich nicht durch rechtzeitige Beihilfen vorbeugen? Die gegenwärtige Arbeitslosennot ist doch keine örtliche Gemeindeschuld oder eine Fachangelegenheit des einzelnen Berufs sondern eine Kehrseite des deutschen Kriegs, den das ganze Reich führt und dessen Opfer denn auch das Reich und die Bundesstaaten mit zu tragen berufen sind. Auf diesen bisher übersehenen Punkt der Arbeitslosenfürsorge sollte der Landtag das Augenmerk der Regierung, die an sich ja der Arbeitslosenfrage ihren vollen Ernst widmet, hinlenken.«

Nichts anderes als was zwei so angesehene Fachzeitschriften wie das Korrespondenzblatt der Generalkommission und die Soziale Praxis fordern, hat die sozialdemokratische Fraktion des Abgeordnetenhauses verlangt, indem sie unter Hinweis auf die große Zahl männlicher und weiblicher durch den Krieg arbeitslos, ja existenzlos gewordener Staatsbürger es als Aufgabe des Staates bezeichnete einmal die Gemeinden durch finanzielle Zuwendungen zu durchgreifender Hilfe in den Stand zu setzen, sodann durch Einwirkung auf die Reichsgesetzgebung eine Arbeitslosenunterstützung in Anlehnung an das Genter System zu schaffen. Daß die Erklärung auf ein Festhalten an den bewährten und in der Praxis erprobten Grundlagen eines Zusammenwirkens der Gemeinden mit den Berufsorganisationen besonderes Gewicht legt, wird jeder billigen, es sei denn, daß er grundsätzlich dem Gedanken der Arbeitslosenunterstützung abgeneigt ist.

Ebensowenig wie den Arbeitslosen wird die Vorlage den Familien der Kriegsteilnehmer gerecht. Die Reichsgesetze vom 28. Februar 1888 und 4. August 1914 sehen für die Familienunterstützungen Mindestsätze vor, die die Lieferungsverbände (in Preußen die Kreise) zu zahlen haben. Aus Reichsfonds wird ihnen später eine Entschädigung gewährt, der Zeitpunkt für die Zahlung der Entschädigung wird aber erst durch ein besonderes Reichsgesetz bestimmt. Nun verdient es gewiß Anerkennung, daß die preußische Regierung in der Erkenntnis, daß die Kreise vielfach trotz Anspannung aller eigenen Mittel und Inanspruchnahme der sonst zur Geldbeschaffung dienenden Quellen nicht imstande sind die ihnen obliegenden Leistungen zu erfüllen, diesen gestattet in Höhe des Bedürfnisses Wechsel auf die Seehandlung zu ziehen, die von dieser akzeptiert und von der Reichsbank diskontiert werden. Aber täuschen wir uns nicht darüber, daß die reichsgesetzlichen Mindestsätze, wenn die Familien nicht noch über andere Einnahmequellen verfügen, auch nicht entfernt ausreichen, um die Angehörigen unserer für des Vaterlands Rettung ihr Leben einsetzenden Krieger vor Not und Entbehrung zu schützen. Aus diesem Grund gibt ja auch eine ganze Anzahl von Gemeinden zu den reichsgesetzlichen Mindestsätzen Zuschüsse in Höhe von 100, 200 %, ja darüber hinaus teilweise auch noch Mietsbeihilfen. Andere Gemeinden sind dazu bei bestem Willen nicht in der Lage, und es fehlt auch nicht an Beispielen aus der Praxis, daß Behörden den im Gesetz als Voraussetzung gegebenen Begriff der Bedürftigkeit im armenrechtlichen Sinn auslegen und rundweg jede, auch die reichsgesetzliche Unterstützung verweigern, solange die Familie vielleicht noch eine Ziege im Stall hat oder eine anständige Wohnungseinrichtung ihr eigen nennt. Es liegt aber nicht in der Absicht des Gesetzgebers und würde jedem Gebot der Menschlichkeit widersprechen, wenn man mit der Zahlung der Unterstützungen erst dann beginnen wollte, wenn das Gespenst des Hungers an die Tür pocht. Hier kann, wie es in der Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion heißt, nur dadurch Wandel geschaffen werden, daß einmal

die von den unteren Verwaltungsorganen geübte, dem Geist des Gesetzes häufig widersprechende Praxis sorgfältig überwacht und erforderlichenfalls korrigiert wird, und sodann dadurch, daß den leistungsschwachen Kreisen und Gemeinden von Staats wegen Zuwendungen gemacht werden, die sie in-stand setzen ausreichende Zuschüsse zu den reichsgesetzlichen Mindestsätzen zu zahlen.

Aber selbst wenn in diesem Sinn verfahren wird, bleibt noch die große Gefahr bestehen, daß die aus Gemeindemitteln gewährten Unterstützungen (weniger die Unterstützungen an Familien von Kriegsteilnehmern als die Unterstützungen an Arbeitslose) als Armenunterstützungen angesehen werden, deren Empfang den Verlust staatsbürgerlicher Rechte zur Folge hat. Bekanntlich dürfen nach dem Reichsgesetz vom 15. März 1909, soweit in Reichsgesetzen der Verlust öffentlicher Rechte von dem Bezug einer Armenunterstützung abhängig gemacht wird, Unterstützungen, wenn sie nur in der Form vereinzelter Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage gewährt sind, als Armenunterstützung nicht angesehen werden. Wohl-gemerkt, soweit in Reichsgesetzen, nicht aber auch soweit in Staats-gesetzen der Verlust öffentlicher Rechte von dem Bezug einer Armenunterstützung abhängig gemacht wird. Eine Reihe von Bundesstaaten (Sachsen, Bayern, Württemberg und Hessen) hat das Reichsgesetz sinngemäß auf die Landesgesetze übertragen. Preußen ist noch nicht so weit. Obwohl die sozialdemokratische Fraktion des Abgeordnetenhauses bereits im Jahr 1909 einen entsprechenden Antrag eingebracht hat, ist die Regierung heute nach 5 Jahren immer noch nicht über das Stadium der Erwägungen hinaus. Auch im Abgeordnetenhaus, das am 3. Dezember 1912 einstimmig im Sinn des ursprünglich von den Sozialdemokraten, später auch vom Zentrum und von den Fortschrittlern gestellten Antrags votiert hat, scheint sich inzwischen eine bemerkenswerte Wandlung vollzogen zu haben. Hat doch die Gemeindegemeinschaft, der in diesem Frühjahr ein erneuter Antrag zur Beratung überwiesen ist, sich den Standpunkt des Plenums vom Dezember 1912 nicht zu eigen gemacht sondern sich mit der Aufforderung an die Regierung begnügt in Erwägungen darüber einzutreten, inwieweit im Anschluß an die Bestimmungen des Reichsgesetzes die preußischen Landesgesetze sinngemäß zu ändern sein werden. Bis zum Abschluß dieser Erwägungen kann noch eine geraume Zeit vergehen, um so mehr als die Regierung sich ja jetzt auf einen Beschluß der Gemeindegemeinschaft stützen kann, zu dem das Plenum Stellung zu nehmen noch keine Möglichkeit gehabt hat. Die angedeutete Gefahr besteht also, und ganz besonders, soweit es sich um Gemeindever-treterwahlen handelt, haben wir mit der Möglichkeit zu rechnen, daß das Oberverwaltungsgericht, solange das Reichsgesetz nicht auf Preußen über-tragen ist, jeden Empfänger einer Unterstützung aus öffentlichen Mitteln auf Grund der bestehenden Gesetze des Gemeindegemeinschafts für verlustig er-klärt. Diese Gefahr wird durch den wohlgemeinten Erlaß des Ministers des Innern vom 23. August dieses Jahres nicht abgewendet; denn ein Ministerialerlaß ist kein Gesetz. Es ist deshalb auf das lebhafteste zu bedauern, daß die Regierung die Gelegenheit hat vorübergehen lassen dem Landtag eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten. Hoffentlich wird sie jetzt, nachdem die Sozialdemokratie diesem Verlangen Ausdruck verliehen hat, wenigstens bei der im Februar nächsten Jahres beginnenden Tagung das Versäumte nachholen.

Mit dem, was die Regierung für die Lebensmittelversorgung und zur Erhaltung des Viehbestands getan hat respektive mit den ihr zur Verfügung gestellten Mitteln zu tun gedenkt, können wir uns im allgemeinen einverstanden erklären. Hier kommt zunächst die Erleichterung der Versorgung bestimmter Gebiete mit Nahrungsmitteln in Betracht. In den ersten Tagen nach der Kriegserklärung war die Beschaffung von Vieh, Speck, Fischen, Getreide, Reis und Salz für die Bevölkerung der westlichen Aufmarschgebiete erforderlich. Diese Lebensmittel sind von zwei Landwirtschaftskammern, von staatlichen Salinen und von einer zu diesem Zweck geschaffenen Einkaufsstelle im Auftrag und für Rechnung des Staats gekauft und an die zuständigen Regierungspräsidenten zur Unterverteilung an die Gemeinden weitergegeben. Den offenen Städten der westlichen Industriebezirke will der Staat drei Viertel des Schadens ersetzen, der bei der Verwertung der von ihnen für die Zivilbevölkerung eingekauften Vorräte entsteht, einzelnen Festungsgemeinden ist darüber hinausgehend der Ersatz des ganzen Verlustes zugesichert worden. Außerdem ist einigen Festungsgemeinden auf Antrag Kredit zur Beschaffung der Nahrungsmittel für die Zivilbevölkerung auf die Dauer einer etwaigen Einschließung gewährt worden. Weiter hat die Regierung es, nachdem der Bundesrat durch seine Verordnung vom 11. September das vorzeitige Schlachten von nicht schlachtreifem Vieh verboten hatte, für erforderlich gehalten die Mästung solchen Viehs durch eine besondere Kreditgewährung zu fördern. Zur Vermehrung der Nahrungs- und Futtermittel ist der preußischen Zentralgenossenschaftskasse ein Kredit zur Weitergabe an Genossenschaften und Landwirte, die sich zur Herstellung oder Erweiterung von Anlagen zur Kartoffel-, Schnittzel- und Rübenblättertrocknung verpflichten, zur Verfügung gestellt. Außerdem hat der Staat der aus Reichsmitteln gegründeten Einkaufsstelle Betriebsmittel zur Verfügung gestellt. Und endlich sah sich die Regierung wegen des Mangels an Zugtieren gezwungen eine erhöhte Verwendung von Motorpflügen durch Geldmittel zu unterstützen. Zu diesem Zweck hat sie der Zentralgenossenschaftskasse einen Kredit überwiesen, der an Kreise, Landwirtschaftskammern, einzelne Landwirte, Genossenschaften und Motorpflugfirmen weitergegeben werden kann.

Der verhältnismäßig größte Teil der durch den Nachtragsetat geforderten Mittel (400 Millionen) soll der Provinz Ostpreußen und Teilen von Westpreußen zugute kommen. Kein Deutscher wird etwas dagegen haben, daß die so hart betroffene Bevölkerung des Ostens für die Opfer, die sie dem Reich bringen mußte, in vollem Umfang schadlos gehalten, und daß den mitgenommenen Landesteilen wieder zu dem frühern Wohlstand verholpen werden soll. Die Ersatzleistung durch das Reich bestimmt sich gemäß § 35 des Kriegsleistungsgesetzes vom 13. Juli 1873 nach einem zu erlassenden Reichsgesetz. Dieses Reichsgesetz hat über Umfang und Höhe der Entschädigung und über das Verfahren bei Feststellung der Entschädigung Bestimmung zu treffen. Aber schon vor dem in Aussicht stehenden Eintreten des Reichs, wenn auch vorbehaltlich der Erstattung der aufgewendeten Mittel durch das Reich, hält die preußische Regierung eine sofort und selbständig einzuleitende umfangreiche Hilfsaktion für eine unabweisbare Pflicht des Staates, wie sie in der Begründung der Kriegsvorlage ausführt:

»Es handelt sich dabei darum die Flüchtlinge, solange sie an der Rückkehr nach der Heimat gehindert sind, mit Unterkunft und Unterhalt zu versorgen, die Zurück-

kehrenden und die trotz der russischen Invasion Zurückgebliebenen vor weiterem Elend, das die Folge des Mangels an Unterkommen und Nahrungsmitteln sein würde, zu schützen, ihnen zu helfen, ihren gestörten oder vernichteten Haus- und Nahrungsstand wiederherzustellen, insbesondere der Landwirtschaft und dem Gewerbe die Fortsetzung oder die Wiedereinrichtung der Betriebe, soweit jeweilig erforderlich, zu ermöglichen. Dazu wird unter anderem die Beschaffung von Nahrungsmitteln für Mensch und Vieh, von Baumaterialien, die Besorgung von Saatgut, Zugvieh und künstlichem Dünger, die Sicherung des noch vorhandenen Bestands an Zuchtstuten nötig sein, außerdem werden je nach dem Bedürfnis Beihilfen in Geld gezahlt werden müssen.«

Das sind Grundsätze, die wohl nirgends auf Widerspruch stoßen. Aber nicht verstehen wird man es in weiten Kreisen des Volkes, daß die Regierung selbst heute gar nicht daran gedacht hat zu der Kriegshilfskommission für Ostpreußen, die berufen ist die leitenden Grundsätze für die staatliche Hilfsaktion, insbesondere für die Feststellung der Kriegsschäden, die Gewährung der staatlichen Vorentscheidung und das Verfahren auszuarbeiten, Angehörige aller Bevölkerungsschichten, vor allem auch der Arbeiterklasse, hinzuzuziehen. Auch die Wahl der mit der Abschätzung der Höhe der Kriegsschäden und der Abgabe von Gutachten über die Höhe der staatlichen Vorentscheidung betrauten Kommissionen durch die Kreisräte respektive Magistrate mit dem Landrat respektive dem Bürgermeister an der Spitze schließt von vornherein die Hinzuziehung von Arbeitern so gut wie aus. Hier hätte die Regierung es wirklich leicht gehabt durch eine anderweitige Zusammenstellung der Kommissionen auch den Schein einer Parteilichkeit zu vermeiden.

Nicht minder hart als die einzelnen Einwohner von Ostpreußen sind die Kommunen durch die russische Invasion mitgenommen worden. So erklärt es sich denn, daß für die Kommunalverbände besondere Maßnahmen nötig sind. Die Regierung betont daher:

»Die Gemeinden der Provinz Ostpreußen werden infolge des russischen Einmarsches nicht etwa nur mit demjenigen Rückgang an Einnahmen zu rechnen haben, der sich als mittelbare Folgeerscheinung des Krieges in sehr vielen Gemeinden des sonstigen Staatsgebiets fühlbar macht, sondern werden darüber hinaus Ausfälle in Einnahmequellen erleiden, welche in anderen Landesteilen nicht oder doch nur in geringem Umfang von den Kriegseignissen berührt werden. Die Einkommensteuer wird in manchen Städten und Landgemeinden Ostpreußens für die nächste Zeit zum Teil ausfallen, die Zerstörung von Gebäuden wird Einbuße an Gebäudesteuer, die Einstellung zahlreicher kleinerer und mittlerer Gewerbebetriebe den Verlust an Gewerbesteuern für die Gemeinden zur Folge haben. In den Ausgaben der Gemeinden wird demgegenüber kaum eine Verminderung eintreten. Etwaige Ersparnisse in Verwaltungszweigen, die über den Kreis der gesetzlichen Gemeindeverpflichtungen hinausgehen, werden durch die gesteigerten Armenlasten wohl ausgeglichen werden. Die Aufwendungen für das Schulwesen und die Polizei müssen auch weiterhin geleistet, die Gehälter fortgezahlt, die Zinsen bestehender Anleihen bereitgestellt werden. Auch werden vielleicht in Ausnahmefällen zur vorläufigen Beseitigung der an beweglichem und unbeweglichem Gemeindeeigentum entstandenen Schäden Mittel flüssig zu machen sein.«

Mit Rücksicht darauf, daß die Beihilfen, die den Gemeinden nach den geltenden Gesetzen von den übergeordneten Kommunalverbänden aus deren Mitteln oder aus staatlichen Fonds gewährt werden können, angesichts der gesteigerten Bedürfnisse nicht ausreichen, hält die Regierung eine vorübergehende Staatshilfe für erforderlich, um die leistungsschwachen Gemeinden, Gutsbezirke und, soweit nach deren besonderen Verhältnissen dazu ein Bedürfnis vorliegt, auch die weiteren Kommunalverbände, Zweck- und Schulverbände zu stützen. Zur Deckung der dringendsten Verwaltungsausgaben ist den Kommunalverbänden bereits zum 1. Oktober ein Betrag von 1/2 Mil-





miterlebt haben: Englands Krieg gegen die Buren 1899 bis 1902, der russisch-japanische Krieg 1904 bis 1905 und endlich die Balkankriege, spielten sich von den alten Sitzen europäischer Kultur immerhin in so weiter Entfernung ab, daß sie nur die Peripherie des europäischen Kulturkreises zu berühren schienen. So groß auch ihre Fernwirkungen waren, so konnten diese doch unsere Friedenszuversicht nicht recht erschüttern. Gewiß bemerkten wir, daß überall die nationalen Gegensätze sich verschärften. Uralte Völkergegensätze, die schon erledigt schienen, lebten neu auf. Norwegen trennte sich in tiefer Zwietracht von Schweden, Ungarn wollte sich handelspolitisch von Österreich lossagen, in Südafrika führte der nationale Gegensatz zwischen niederdeutschem und englischem Wesen zu einem langwierigen und blutigen Ringen, auf den mandschurischen Feldern gebot Japan dem Vordringen der slawischen Rasse ein Halt, und schließlich rief die Feindschaft zwischen Türken und Slawen auf dem Balkan einen blutigen Krieg hervor, der das Vorspiel zu dem gewaltigsten Kriebsdrama werden sollte, das die Weltgeschichte aufzuweisen hat.

Gewiß lag für die neue, im Frieden heranreifende Generation kein Grund vor das neue Jahrhundert ganz besonders als ein Zeitalter des Friedens zu preisen. Doch war es auch schwer diejenigen als Phantasten zu bezeichnen, deren Geist vorausschauend das noch in Frost erstarrte Friedensfeld schon mit schweren, reifen Ähren bedeckt sah. Die Friedensgläubigen konnten mit Recht darauf verweisen, daß in den letzten 4 Jahrzehnten alle Konflikte zwischen den großen europäischen Völkern in friedlicher Weise gelöst werden konnten. Warum sollte das, was bisher möglich war, nicht auch fernerhin möglich sein? Zwar konnte jeder, der der politischen und ökonomischen Entwicklung tiefer auf den Grund sah, leicht erkennen, daß das Streben nach Macht und Reichtum, von dem jedes Staatswesen beherrscht wird, immer schärfere Gegensätze erzeugte, aber schließlich sprach unsere persönliche Erfahrung dafür, daß für jeden Völkergegensatz auch ohne Zuhilfenahme des Schwertes ein Ausgleich, ein *modus vivendi* zu finden sei. So keimte im Herzen aller derjenigen, die mit schwerer Sorge die Zuspitzung der nationalen Gegensätze durch die britische Einkreisungspolitik beobachteten, doch immer wieder die Hoffnung auf, daß der schneidende Frost und der eiskalte Sturm der Volksfeindschaften dem Frühling der Völkerverständigung weichen werde.

Eine starke Stütze fand unser Friedensglaube an den internationalen Zusammenkünften, die in den letzten Jahren immer zahlreicher wurden. Immer häufiger kamen die Angehörigen der verschiedenen Nationen zusammen, um einander zu begreifen und von einander zu lernen: die Vertreter der bürgerlichen Schichten auf Kongressen, die technische und wissenschaftliche Fragen zum Gegenstand hatten; die proletarischen Klassen zu Tagungen, die die sozialen Fragen einer Lösung näherbringen sollten. Andererseits zeigte uns die Einwanderungsstatistik aller Länder, daß die europäischen Rassen mehr und mehr durch Niederlassung und Heirat durcheinandergewürfelt wurden. Und wurde nicht gerade im 20. Jahrhundert jedes Werk der Wissenschaft, der Technik und der Kunst mit beispielloser Schnelligkeit europäisches Gemeingut? Auch konnte wohl niemand leugnen, daß das tiefe Bedürfnis nach neuem Lebensgehalt, nach neuen ethischen Zielen die Denker aller europäischen Länder gleichmäßig beschäftigte, während überall

alte Vorurteile aus mittelalterlicher Vergangenheit durch zeitgemäßes Wissen ersetzt wurden.

Dieser Friedensglaube, der selbst tief im Herzen derjenigen wurzelte, die allen internationalen Verständigungen mit Skepsis gegenüberstanden, war schuld daran, daß wir wie Nachtwandler an dem steilen Abgrund der Völkerzwietracht dahinwandelten. Der Krieg kam über uns wie ein Dieb in der Nacht, obwohl fast täglich über ihn gesprochen wurde. Es sei hier nur daran erinnert, daß schon am 2. März gleichzeitig in der Kölnischen Zeitung und in der Germania jener eindrucksvolle Warnungs- und Alarmruf erschien, den ich bald darauf in dieser Zeitschrift eingehend besprochen habe.<sup>1)</sup> Hier wurde offen gesagt, daß »Rußland gegen Deutschland rüste«. Heute wissen wir freilich, daß die Urheber jener beiden inhaltlich übereinstimmenden Artikel die Nähe der Gefahr nicht richtig einschätzten. »Vorweggenommen sei«, so hieß es in dem Warnungsruf der Kölnischen Zeitung, »daß Rußland heute nicht in der Lage ist politische Drohungen mit Waffengewalt zu unterstützen. . . Eine unmittelbare Kriegsgefahr droht also von Rußland nicht.« In 3 bis 4 Jahren werde Rußland allerdings zum Krieg bereit sein. Die 5 neuen Armeekorps, an deren Aufstellung gearbeitet werde, würden im Herbst 1917 mobilmachungsfähig sein. Rußland wolle den Krieg und bereite ihn vor. Schon im Frühjahr 1913 wäre er ausgebrochen, hätte man die erforderliche Belagerungsartillerie gehabt, um die ostpreußischen Festungen zusammenzuschießen. Gar zu gern hätte damals »der Wilnaer Oberbefehlshaber General von Rennenkampf das blühende deutsche Land jenseits der Grenze seinen Reitern zur Plünderung preisgegeben«. In den Worten »Wir wissen, woran wir sind« klang jener Warnungsruf vom 2. März 1914 aus, der in der Geschichte als Beweis dafür denkwürdig bleiben wird, wie sehr auch ein kluger Kopf über die Nähe einer richtig erkannten Gefahr sich täuschen kann.

Nicht 3 bis 4 Jahre, sondern nur so viel Monate waren notwendig, um die russische Armee kriegsfertig zu machen. Schon in den ersten Augusttagen überfluteten die Reiter Rennenkampfs die preußischen Gefilde. Im Tag hat Generalleutnant von Liebert es offen zugegeben, daß selbst die militärischen Kreise durch den hohen Grad der russischen Kriegsbereitschaft, die sich uns in den ersten Augusttagen offenbarte, überrascht wurden. Die russische Heeresleitung bot beim Beginn des Krieges dem staunenden Europa ein ganz ungewöhnliches Bild. »Die gesamte russische Armee (einschließlich sibirischer und kaukasischer Truppen) stand versammelt, gut ausgerüstet und bewaffnet, an der Westgrenze des Reichs und schritt sofort zur großen Offensive nach Ostpreußen und Ostgalizien. Die französischen Milliarden hatten also Wunder gewirkt, da früher Rußland viele Monate brauchte, um ein weit kleineres Heer an der Grenze zu versammeln.« Und was die Kriegsbereitschaft Frankreichs betrifft, so ist uns jetzt, wo der plötzliche Überfall von Ost und West den Schleier von unseren Augen gerissen, vollkommen klar, daß die Wiedereinführung der 3jährigen Dienstzeit in Frankreich nichts anderes als eine verhüllte Mobilmachung war, durch die eine Armee von 250 000 Reservisten an unserer Westgrenze konzentriert wurde. Heute, wo uns der Weltkrieg jäh aus unseren Völkerverständigungsträumen aufgeschreckt hat, können wir auch die wirkliche Politik der englischen Staatsmänner im ganzen Umfang würdigen, die fest entschlossen waren unter

<sup>1)</sup> Siehe die Rundschau Politik, in den Sozialistischen Monatsheften, 1914, 1. Band, pag. 440 ff.

keinen Umständen die Gelegenheit vorübergehen zu lassen, die ihnen ein europäischer Krieg für die Vernichtung und Schwächung der deutschen Machtstellung auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet geben würde. und heute, wo Englands Flotte jede Zufuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln nach Deutschland verhindert, um die deutsche Industrie zu vernichten und das deutsche Volk auszuhungern, sehen wir klar und deutlich, daß die Einkreisung Deutschlands nicht nur eine diplomatische Aktion war, um den deutschen Einfluß auf den Gang der Weltpolitik auszuschalten, sondern die politische Vorbereitung des Weltkriegs, der dem gefürchteten Nebenbuhler auf dem Weltmarkt unheilbare Wunden schlagen sollte.

Diese Zusammenhänge sucht man heute zu verschleiern, indem man den deutschen Militarismus anklagt, daß er den Krieg provoziert habe. Ich will kein Loblied auf den deutschen Militarismus singen. Ich glaube vielmehr, daß sein Konservatismus retardierend auf unsere demokratische Entwicklung und damit auch auf das Wachstum der weltpolitischen Machtstellung des Reichs eingewirkt hat. Nach außen war dieser deutsche Militarismus aber immer ein sehr friedfertiger Geselle. Die Versuchung sich kriegerisch zu betätigen ist doch oft genug an ihn herangetreten. Während des Burenkriegs wurde von russischer Seite das Angebot an ihn gerichtet Großbritanniens Notlage auszunutzen. Diese günstige Gelegenheit zur Schwächung der britischen Machtstellung hat der deutsche Militarismus ungenutzt vorübergehen lassen. Der englische Imperialismus hat sich also jedenfalls über den deutschen Militarismus nicht zu beklagen. Seine friedfertige Gesinnung bekundete dieser 1905 auch gegenüber dem moskowitzischen Panslawismus. Als die russische Flotte bei Tsuschima vernichtet, das russische Landheer bei Liaojang und Mukden geschlagen, Port Arthur gefallen war, und im Innern des Zarenreichs die Revolution ihr Haupt erhob, war der Tag der Abrechnung gekommen. Fast wehrlos stand das große Reich dem Einmarsch der deutschen Truppen offen. Mit Jubel wären in jenen großen Tagen die deutschen Proletarier zu den Fahnen geeilt, um dem Zarismus den Todesstoß zu versetzen, Polen, Finnland und den Kaukasus zu befreien und damit zugleich die ewige Kriegsdrohung im Osten zu beseitigen. Aber wie 1900 gegenüber dem britischen Imperialismus, so zeigte sich auch 1905 der deutsche Militarismus gegenüber dem russischen Panslawismus von absoluter Friedfertigkeit.

Wer sich nicht durch Schlagworte blenden sondern von den Tatsachen der Geschichte überzeugen läßt, wird auch zugeben müssen, daß der deutsche Militarismus für die innere Freiheit der anderen Länder nie eine Bedrohung dargestellt hat. Es fiel 1870 dem deutschen Militarismus gar nicht ein sich für die Wiederherstellung der französischen Monarchie ins Zeug zu legen. Als Norwegen sich von Schweden trennte, lag es ihm ganz fern einer monarchischen Neubildung das Wort zu reden. Er überließ die Entscheidung über Republik oder Monarchie ruhig den Norwegern. Ebensowenig ist er der Revolution der Jungtürken in den Weg getreten. Mit der neuen republikanischen Regierung in Portugal hat er gleichfalls nie Differenzen gehabt. Noch weniger hätte er an sozialdemokratischen Ministerien, wenn solche im Ausland irgendwo ans Ruder gelangt wären, Anstoß genommen. Überhaupt ist der deutsche Militarismus, wenn seine Sympathieen auch dem Konservatismus gehörten, dem Ausland gegenüber nie parteipolitisch aufgetreten.

Nicht sein angeblicher Drang zur Friedensstörung ist es, der den deutschen

Militarismus in London so verhaßt gemacht hat, sondern der Umstand, daß seine bloße Existenz der britischen Hegemonie in Europa im Weg zu stehen schien. Das Deutsche Reich war den britischen Staatslenkern zu mächtig geworden, sowohl wirtschaftlich wie militärisch, durch den Zuwachs von 25 Millionen Einwohnern seit 1870, durch die mächtige Entfaltung seiner Technik, deren unermüdlicher Neuerungsdrang das britische Behagen störte, durch die Zunahme seines Reichtums, der es ihm gestattete neben einem mächtigen Landheer sich eine ansehnliche Flotte zu schaffen. Das allgemeine Unbehagen, das die Engländer über den Aufstieg Deutschlands empfanden, erhielt den praktischen Namen Invasionsgefahr. Deutschland darf nicht mächtiger werden: das wurde der leitende Gedanke in London. Deutschlands Ausschließung bei der Verteilung überseeischer Gebiete wurde das oberste Gesetz britischer Auslandspolitik. Während man in der Downing Street mit freigebiger Hand Nordpersien an Rußland, Marokko an Frankreich, Tripolis an Italien verschenkte, war man ängstlich darauf bedacht auch die geringfügigste Mehrung des deutschen Kolonialbesitzes zu hindern. Daneben war man eifrig daran die Allianzen Deutschlands mit den anderen Staaten zu sprengen. Daß in der Gesamtheit dieser Einkreisungsmanöver eine positive Kriegsabsicht steckte, wußten die Lenker der britischen Auslandspolitik selbst ihren eigenen Landesleuten gegenüber mit großer Geschicklichkeit zu verhüllen. Als diejenigen, die der englischen Auslandspolitik von jeher mit Mißtrauen gegenüberstanden, darauf hinwiesen, daß die Engländer im Kriegsfall auch ihre militärischen Machtmittel gegen uns auf dem Kontinent verwenden würden, daß in der Downing Street ein Plan ausgearbeitet werde in Belgien zu landen und zusammen mit Franzosen und Belgiern ein umgekehrtes Waterloo gegen uns zu fechten, wurde dies vielfach als eine arge Verleumdung der doch so friedliebenden Männer angesehen, die in London darüber wachten, daß die ehrgeizigen Eroberungspläne des deutschen Imperialismus nicht zur Wirklichkeit würden.

Es wäre töricht leugnen zu wollen, daß vor dem Kriegausbruch bei uns die Mehrheit der Nation der Überzeugung war, daß eine völlige Ausschließung Deutschlands bei der Verteilung überseeischer Gebiete einen auf die Dauer unhaltbaren Zustand herbeiführe. Obwohl das industrielle Interesse des Deutschen Reichs am besten gewahrt blieb, wenn die Bevölkerungen der Länder im nahen und fernen Orient ihre staatliche Unabhängigkeit bewahrten, wollte man sich doch des lieben Friedens willen der britischen Eroberungspolitik nicht grundsätzlich entgegenstellen. Aber gegen die Ausschaltung des deutschen Volkes bei der staatlichen Aufteilung der überseeischen Märkte durch die Tripelentente erhob man Protest. Daß indessen der deutsche Imperialismus bei seinem Verlangen nach Berücksichtigung wirklich nicht anspruchsvoll war, lehren wiederum die geschichtlichen Tatsachen. Während Frankreich ein ganzes altes Kulturreich seinem Kolonialreich einverleibte, gab sich Deutschland mit dem Erwerb Neukameruns, des Sitzes der Schlafkrankheit, zufrieden. Überhaupt kann man zu einem richtigen Urteil über den deutschen Imperialismus nur gelangen, wenn man ihn in Vergleich zum Imperialismus der Tripelentente setzt, die man mit vollem Recht als ein Länderverteilungssyndikat bezeichnet hat. Der französische und der russische Imperialismus mögen uns ein andermal beschäftigen. Hier sei nur ein Blick auf die Erobererzüge des britischen Imperialismus in den letzten 3 Jahrzehnten geworfen. Im Verlauf von etwa

30 Jahren haben die Briten ihrer Herrschaft ein Ländergebiet unterworfen, das an Ausdehnung dem europäischen Kontinent nicht nachsteht. Man vergewärtigt sich diesen Siegeszug der englischen Welteroberer in Afrika und Asien, demgegenüber selbst die Erobererzüge eines Alexander und Napoléon als zwerghafte Unternehmungen erscheinen.

In Afrika begann der große Erobererzug der Briten vor 32 Jahren, als sie Alexandria in Trümmer schossen und mit großer Heeresmacht das alte Land der Pharaonen besetzten. Dem Schein nach behielt Ägypten allerdings seine eigene Regierung; daß aber das Reich des Khediven in Wirklichkeit eine britische Kolonie war, die nur auf die offizielle Annexion wartete, hat sich in diesen Tagen gezeigt. 2 Jahre nach der Besitzergreifung Ägyptens besetzten die Engländer das Somaliland und den größten Teil des Küstengebiets am Golf von Aden. Im Jahr 1885 begann dann die Unterwerfung des Kaiserreichs Birma in Hinterindien. Nach blutigen Kämpfen, bei denen die Stätten alter Kultur in Rauch und Flammen aufgingen, wurde das Reich der Birmanen dem englischen Kolonialbesitz einverleibt: ein Gebietszuwachs, der eine Fläche von der doppelten Größe Englands aufweist. Im Jahr darauf betätigte sich die britische Erobererlust in Südafrika. Die Zulu-kaffern werden unterworfen, und ihr Land wird in Besitz genommen. 1888 entfalten die britischen Welteroberer ihre Tätigkeit auf den größten Inseln der Erde. Auf Borneo wurde das Sultanat Brunei und der Staat Sarawak unterworfen; von Neuguinea belegte England den südöstlichen Teil mit Beschlag. Ein Jahr später wird das afrikanische Gebiet Sierra Leone genommen. 1890 besetzen die Engländer die ostafrikanischen Länder vom Umbefluß im Süden bis zum Dschub im Norden, womit ein gewaltiges Gebiet, doppelt so groß wie das Deutsche Reich, für die britische Herrschaft gewonnen wird.

Die folgenden 4 Jahre dienten den Briten dazu die Grundlagen für ein Riesenreich in Afrika zu legen, mit dessen Umfang sich keines der großen Reiche des Altertums vergleichen läßt. Rhodesia und Betschuanaland, das Negerreich Aschanti, der Sudan werden der englischen Herrschaft unterworfen. Noch bevor er den Widerstand der Mahdisten völlig niedergedrungen, erhob der britische Imperialismus schon seine Faust gegen das Burenvolk. Dreimal im Lauf des 19. Jahrhunderts waren die Buren von den Briten zu einem großen Treck nach dem Norden gezwungen worden. Jedesmal folgten ihnen die britischen Eroberer und unterwarfen sie von neuem ihrer Herrschaft. Erst als sie sich in das von England für wertlos gehaltene Gebiet der Freistaaten zurückgezogen hatten, ließ man sie einige Zeit in Ruhe. Das änderte sich sofort, als der Goldreichtum der Burenstaaten entdeckt wurde. Am 12. Oktober 1899 bringt man die Buren durch unmögliche Forderungen zum Losschlagen. 2½ Jahre leisteten die Buren den britischen Eroberern heroischen Widerstand, bis ihre Kraft endlich unter dem furchtbaren Eindruck der entsetzlichen Greuel der englischen Konzentrationslager erlahmte. Das Gebiet der Burenrepubliken, größer als das britische Inselreich, wurde am 31. Mai 1902 englischer Besitz. Nach seinem blutigen Sieg über die Buren gab der britische Imperialismus sich ein neues Programm, dessen Forderungen in dem Satz zusammengefaßt wurden: **Afrika britisch**, von der Mündung des Nils bis zum Kap der guten Hoffnung. Da die portugiesischen Kolonien von England schon lange als britische Einflußsphären angesehen werden, war das einzige Hindernis, das sich der Verwirklichung dieses Programms entgegenstellte, die deutsche Flotte. War diese

vernichtet, so mußten die deutschen Kolonien in Afrika und in der Südsee den britischen Weltoberern wie eine reife Frucht mühelos in den Schoß fallen. Das erste Vierteljahr des Weltkriegs hat gezeigt, wie eifrig bemüht Großbritannien ist die deutschen Kolonien in seinen Besitz zu bekommen.

Kein Zweifel, in diesen Tagen, wo das britische Weltreich fast ganz Europa und einen Teil Asiens in seinen Dienst gezwungen, um Deutschland und Österreich-Ungarn niederzuwerfen, hat es die Höhe seiner gewaltigen Macht erreicht. Aber wie so oft in der Geschichte, scheint hier der Moment der höchsten Macht zugleich der Zeitpunkt des tiefsten Falls zu sein. Niemand vermag gewiß den Schleier der Zukunft zu lüften. Trotzdem kann man getrost sagen, daß selbst bei einem Sieg der Tripelentente Großbritanniens Weltherrschaft einen fürchterlichen Stoß erleiden muß, da alsdann sein asiatischer Kolonialbesitz dem Einmarsch der Russen weit geöffnet wäre. Der russische Imperialismus würde dann nicht eher ruhen, bis er über Persien und Indien den Ozean erreicht hat. Das ist für jeden Kenner der russischen Geschichte ohne weiteres klar. Gegenüber dem russischen Reich ist aber die das Weltmeer beherrschende englische Flotte ein Schwert von Pappe, da Rußland seine Millionenheere jederzeit über die Grenzen des britischen Kaiserreichs in Indien werfen kann, ohne deshalb auch nur ein Kriegsschiff aus einem russischen Hafen laufen zu lassen.

Vom welthistorischen Standpunkt aus betrachtet, kann England, welches auch das unmittelbare Ergebnis dieses Krieges sein mag, nicht siegen. Grey und Churchill aber werden in der Geschichte Englands (deren innere Größe von Deutschland nie verkannt worden ist) einst vielleicht als die Totengräber des britischen Weltreichs fortleben.

XX  
**MAX SCHIPPEL · ENGLANDS WIRTSCHAFTLICHE  
 KRIEGSFÜHRUNG**



**W**IRD dieser Krieg, wenn er nicht abermals in einem, auf die Dauer vollkommen unerträglichen internationalen Zustand nach der Art der letzten Jahre enden soll, uns und allen außerhalb des englischen monopolistischen Interessenrings stehenden Völkern ein freieres, moderneres Weltverkehrsrecht bringen? Ähnlich wie nach den großen Napoléonischen Kämpfen ganz hervorragende wirtschaftlich-völkerrechtliche Umwälzungen zu verzeichnen waren, oder wie der Krimkrieg wenigstens die Pariser Deklaration vom April 1856 nach sich zog?

Gleichgültig oder doch ganz nebensächlich mag dies allerdings den Formalpolitikern scheinen, die im Ausland unermüdlich versichern: die heutigen Staatenkoalitionen und Konflikte seien in erster Linie geleitet durch den Gegensatz zwischen dem Liberalismus und der Demokratie der vorbildlichen Westmächte und dem Absolutismus, der sich in den zurückgebliebenen Zentralstaaten verkörpern soll. Für diese Denkrichtung (von bewußt tendenziöser Irreführung der öffentlichen Meinung sehe ich hier natürlich ab) bestimmt sich nun einmal alles grundlegende moderne Völkerfortschreiten nicht je nach dem Emporringen der Nationen zur Großindustrie, zum Welt-handel und zur kolonialen Entfaltung, zu immer höherragenden Organisationen der Produktion, des Handels, des Verkehrs, und schließlich auch zu

immer machtvolleren wirtschaftlichen Verbänden der kapitalistischen wie der Arbeiterklasse, der Warenverkäufer wie der Käufer. Es bestimmt sich vollends nicht je nach der Herausbildung einer unantastbaren Landmacht und Seegeltung, die vorläufig noch immer die notwendige politische Begleiterscheinung des letztentscheidenden wirtschaftlich-sozialen Völkeraufstiegs darstellen und weiter darstellen werden.

Für diese unverdrossenen Vertreter der ältesten bürgerlich-liberalen *Aufklärung* wäre vielmehr jeder Staat vorwiegend oder ganz ausschließlich zu werten nach dem, meist wiederum ganz äußerlich aufgefaßten Zuschnitt seiner Verfassungseinrichtungen, nach der Länge und Wirksamkeit seiner parlamentarischen Redeturniere, womöglich nach der Häufigkeit seiner Regierungswechsel und Ministeranklagen. Und diese Wertung möchte man alsdann ohne Umschweife und Einschränkungen auf die auswärtige Politik übertragen sehen. Deutschlands Stellung zu den benachbarten Nordseeküstenstaaten würde danach nicht von den unaufhaltsam anschwellenden Strömungen seines Außenhandels abhängen, nicht von der Mündungsrichtung seiner warentragenden Flüsse, von seinen Zugangsschwierigkeiten zum Atlantischen Ozean und zu den anderen Hochstraßen des Seeverkehrs, also nicht zum wenigsten auch von der mitentscheidenden wirtschaftlichen und auslandspolitischen Haltung Englands und Frankreichs, sondern von der mehr oder weniger konstitutionellen und parlamentarischen Regierungsweise jenseits unserer Nordwestgrenzen. Für unsere außenpolitische Einschätzung Portugals müßte es uns gleichgültig sein, wie dieses Land in das englische kolonialwirtschaftliche, flotten- und weltpolitische System sich eingliedert und damit zu unserer eigenen überseeisch-wirtschaftlichen Betätigung sich stellt. Portugal gelte einfach als deutscher Freund und Bundesgenosse, solange es eine, wenn auch nur scheinliberale Republik bleibt; fällt es jedoch in die Monarchie zurück, dann suche es sich seinen Platz neben dem Militarismus, Marinismus und Absolutismus. Man braucht sich nur ein paar dieser unvermeidlichen Schlußfolgerungen auszudenken, und man wird genügend klar erkennen, wie gering, im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Wachstums- und Wettbewerbskräften, der Einfluß der mehr formalpolitischen Fragen auf den Gang der Auslandspolitik und auf die auslandspolitische Gruppierung und Koalitionsbildung der Einzelstaaten tatsächlich jederzeit geblieben ist und nach wie vor bleiben muß.

Übrigens ist das schlagendste Beispiel hierfür das so oft herangezogene England selber, das zwar ganz gern vom völkerbefreienden Bund aller liberalen und demokratischen Westmächte spricht (selbst wenn dabei dem Zarismus die Hauptstoßkraft gegen das *rückständige* Deutschland und Österreich-Ungarn zugebracht ist), das aber in Wirklichkeit in seinem Verhalten zu Rußland, zu Japan, zu Portugal, zu Spanien den erwähnten Leitgrundsätzen jener doktrinären Steckenpferdreiter niemals die geringste Beachtung geschenkt hat.



ERNER: Daß anerkannter, festgewurzelter Verfassungsliberalismus sich ganz gut mit brutalstem, ebenso rücksichtslosestem wie rückständigstem internationalem Wirtschafts- und Verkehrsabsolutismus, daß die Habeascorpusakte zum Schutz der persönlichen und staatsbürgerlichen Freiheit im Innern sich ganz gut mit der vollendeten internationalen Recht- und Schutzlosigkeit

für alle nichtbritischen Völker verträgt, die doch gewissermaßen auch Weltbürger und Menschen, sogar die Mehrheit der Menschen darstellen, das lehrt uns jeder Tag der frühern und heutigen wirtschaftlichen Kriegführung Englands von neuem. Was soll also vollends hier der nebelhafte Appell an *die Freiheit*, um die vermeintlich beste, im Sinn der Internationalität und der ganzen zivilisierten Menschheit fortschrittlichste Mächtigegruppierung herauszufinden und anzubahnen?

Was England jemals tun konnte, um das kontinentale Europa, die Vereinigten Staaten, die eigenen Kolonien von der Heranziehung einer selbständigen nationalen Industrie, dieser unentbehrlichen Vorbedingung jeder raschern Kulturhebung, fernzuhalten, das hat England jederzeit getan. Man lese die Geschichte der Schutzzollbewegung im Deutschen Zollverein, in Amerika, in den wichtigsten britischen Siedlungskolonien, neuerdings in Indien, und das Vorbild der verfassungsmäßigen innern Freiheit entpuppt sich wahrhaftig nicht als der freundwillige Bundesgenosse für die tiefgreifende wirtschaftliche Völkeremanzipation, die überall in der staatlich-künstlich beschleunigten Schaffung eines regen großindustriellen Nationallebens lag.

Die Kolonialbetätigung aller modernen Großstaaten hat sich ihren Bereich Schritt für Schritt unter schweren Opfern und erbitternden Fehden gegen die englischen Monopolsanmaßungen und Rivalitätsbefürchtungen erringen müssen; es sei denn, daß England Grund zu haben glaubte den einen Eindringling gegen den andern zu bevorzugen und auszuspielen. Die Seefahrt und der Seehandel aller nichtenglischen Völker, vor allem auch der neutralen, vegetieren augenblicklich gerade noch so weit als dies Englands vollkommen absolutistisch selbstentscheidenden Interessen gutdünkt. Meint man, daß auf diesem Feld die Erreichung eines verbürgten, von solcher unerträglichen Einzelwillkür losgelösten Rechtszustands weniger bedeutungsvoll sei als etwa die gewiß überall noch wünschenswerte Erweiterung des Versammlungs-, Wahl- und Parlamentsrechts im Innern? Oder rühren die fundamentalen wirtschaftlichen Rechte nicht viel mehr als die meisten formalpolitischen Rechtsverhältnisse an das Leben und Gedeihen der Völker? Ist dabei jedoch der zu erstrebende Fortschritt nicht viel mehr gegen England als mit England zu erhoffen?



ER noch harmlos glauben konnte, daß während einer Kriegszeit immer noch irgendwelche internationale Rechtsgarantien für den Fortbestand der ungeheuer wichtigen Kabelverbindungen der Völker vorhanden seien, der wird sich unterdes wohl mit Bedauern und Ingrim von dem Gegenteil überzeugt haben.

Alle ursprünglichen, später nur ihr Gebiet erweiternden Kabelgesellschaften waren englische Gründungen. Diesen stellte die englische Regierung regelmäßig die Bedingung, daß ausländisches Kapital in ihnen nicht vertreten sein dürfe, daß die Kabel jedesmal in britischen Bureaus enden müßten, daß auf Verlangen die Meldungen der englischen Regierung stets vor allen anderen Telegrammen zu bevorzugen seien, und daß im Kriegsfall die gleiche Regierung vollends das Recht habe alle Kabelstationen zu besetzen. Nur für den Friedenszustand hat die Internationale



Kabelschutzkonvention vom 14. März 1884 gewisse Fortschritte erzielt; auch für den Krieg bestimmte Normen des Rechtsschutzes zu schaffen scheiterte bisher, nicht nur 1884 sondern ebenso auf der Haager Friedenskonferenz, an dem zähfestgehaltenen Einspruch des Despoten der Weltmeere. Seit dem jüngsten Kriegsbeginn sind nunmehr so gut wie alle unabhängigen Kabel zerschnitten, also aus dem Leben geschieden; alle funktionierenden Endstationen befinden sich in englischen Händen. Entweder bringt hier der Friedensschluß, im Fall der Niederlage Englands, einen kräftigen Ruck nach vorwärts, oder die drahtlose Telegraphie, die ihre Endstationen glücklicherweise tiefer nach dem Innern der Küstenstriche verlegen kann, rückt auf anderen Wegen die Lösung der brennenden, unaufschiebbaren Frage näher. Aber im einen wie im andern Fall zweifellos nur gegen Englands monopolistische, jeder Internationalität schnurstracks zuwiderlaufende Machtansprüche und Bemühungen. Nebenbei sei bei dieser Gelegenheit gleich noch erwähnt, daß hervorragende amerikanische Journalisten, denen, unter Kontrolle natürlich, die Benutzung des englisch-amerikanischen Kabels ermöglicht war, sich auch noch bitter über die Kleinlichkeit und Unehrlichkeit der von England ausgeübten Zensur beklagen mußten, so daß die Times die deutsche Behandlung der Auslandsjournalisten als vorbildlich empfahlen, um die öffentliche Meinung Amerikas nicht in ganz unverantwortlicher Weise zu verletzen.

Von keines modernen, internationalen Gedankens Blässe angekränkelt erwies sich auch die Behandlung der deutschen (und österreichisch-ungarischen) Rechtsforderungen und der feindlichen Fremdlinge (alien enemies) selber. Seinen prinzipiellen und allgemeinsten Ausdruck findet der englische Standpunkt in dem Verbot jedes Handels mit dem Feind. Jeder Handel mit Personen, die in Deutschland wohnen, ja auch jeder Handel mit Deutschen, die in neutralen europäischen Staaten wohnen, jede Warenlieferung nach Deutschland und jede Zahlung nach Deutschland werden in England als Verbrechen bestraft, und die deutsche Regierung weist in der Begründung ihrer Gegenmaßnahmen, wohl kaum mit Unrecht, darauf hin, daß alle nachfolgenden deutschen Schritte nur als notgedrungene Vergeltung anzusehen seien. Die englische Kassierung der deutschen Patente erregte vielleicht die allgemeinste Empörung; sie war jedoch kaum der Gipfel der Feindseligkeiten in dieser Richtung. Und vor den letzten Konsequenzen dieses ganzen Vorgehens stehen wir jetzt, nachdem der Unterstaatssekretär von Jagow die Aufhebung der jüngsten Massenverhaftungen verlangt, die englische Regierung diese Forderung aber gar keiner Antwort für wert erachtet hat. Auch hier wird der Friedensschluß selber oder eine nach dem Frieden unter bestimmten Bedingungen und Vollmachten einzuberufende Staatenkonferenz ähnliche wilde Einbrüche in das internationale Kulturleben für die Zukunft zu verhindern suchen müssen. Abermals im wesentlichen gegen England.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Ganz gut kennzeichnet Peters im Tag vom 17. Oktober 1914 die naive, durch jahrzehntelange Verwöhnung anerzogene Selbstüberhebung, die bei so vielen englischen Maßnahmen fast unbewußt mitwirkt: »Eine junge Dame in London, welche ich kenne, hat einen Bruder, der in einer Berliner Firma arbeitet. Ich sprach zu ihr eines Tages über die Brutalisierung, der private Deutsche in England ausgesetzt sind. »Es ist ganz gut«, antwortete sie mir, »wer weiß, welche Verbrechen sie sonst noch begehen würden.« »Wollen Sie den selben Standpunkt auf Ihre Angehörigen in Deutschland angewendet wissen?« fragte ich sie. Die Wirkung dieser Frage war ganz verblüffend. Daß man Deutsche und Engländer auf gleichem Fuß behandeln könnte, daran hatte sie nicht gedacht.«

Daß der Seekrieg und die Behandlung des Seeverkehrs so wenig von ihrer alten barbarischen Gestalt eingebüßt haben, ist in erster Linie und seit jeher England auf die Rechnung zu setzen.<sup>2)</sup> Die dürftige Deklaration der Londoner Seekriegsrechtskonferenzen vom 26. Februar 1909 ratifizierte England bis zum heutigen Tag nicht, weil es, um mit einem so ruhigen Beurteiler wie Professor Dr. E. Heymann (Berlin) zu reden, »die darin enthaltenen Abweichungen von seinen bisherigen, auf völlige, rücksichtslose Lähmung des feindlichen Handels gerichteten Grundsätzen nicht für opportun hielt.«<sup>3)</sup> Allerdings erklärte die englische Regierung kurz nach dem Kriegsbeginn, daß sie, mit einigen Zusätzen und Änderungen, sich im allgemeinen an den damaligen Abkommensentwurf zu halten gedenke. Jede sich darbietende Gelegenheit schlug jedoch ein Loch in diese, eben erst gefaßten guten Vorsätze, so daß die deutsche Regierung kurz vor Ende Oktober den neutralen Mächten eine Denkschrift über die englischen (und französischen) Rechtsverletzungen zugehen ließ.<sup>4)</sup>

Die Beweisführungen dieser Denkschrift sind meines Erachtens ganz unantastbar. Artikel, die für kriegerische Zwecke nicht oder doch nur sehr mittelbar verwendbar sind, und die deshalb in der Deklaration von 1909 auf der Freiliste stehen (wie Gummi, Häute, Felle, verschiedene Sorten Eisenerz) hat England für relative Konterbande erklärt, ebenso wie es Artikel der relativen zur absoluten Konterbande erhoben und damit beim Transport auf neutralen Schiffen ganz anderen, schärferen Rechtsregeln unterworfen hat. Nach der Erklärung von 1909 gehören ferner Lebensmittel zur relativen Konterbande, nach Artikel 33 unterliegen sie der Beschlagnahme nur, »wenn bewiesen wird, daß sie für den Gebrauch der Streitmacht oder der Verwaltungsstellen des feindlichen Staates bestimmt sind«; ferner soll nach Artikel 35 die Beschlagnahme der relativen Konterbande ohne weiteres ganz ausgeschlossen sein, wenn sich das Schiff auf der Fahrt nach einem neutralen Hafen befindet. Die englische Praxis hat es auf diese Weise fertiggebracht, daß Lebensmittel, wie auch das ihnen rechtlich gleichgestellte Petroleum, für irgendwelchen deutschen Bedarf überhaupt nicht transportiert werden können:

»Auf diese Weise werden die milderen Regeln der Londoner Erklärung für die relative Konterbande beseitigt und letztere im Ergebnis der absoluten Konterbande völlig gleichgestellt. Damit wird der zur Versorgung der Bevölkerung eines kriegsführenden Staates bestimmte neutrale Handel mit Gegenständen der relativen Konterbande, also insbesondere mit Lebensmitteln, der im geltenden Völkerrecht als legitim anerkannt ist, nahezu illusorisch gemacht und so das Interesse des Kriegsführenden wie der Neutralen in völkerrechtswidriger Weise verletzt. Wie die Er-

<sup>2)</sup> Siehe meine beiden vorigen Artikel Der Krieg, Amerika und England und England, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 1062 ff. und 1113 ff.

<sup>3)</sup> Siehe Heymann Das Prisenrecht, in der Deutschen Juristenzeitung vom 1. September 1914, pag. 1048. × In den Times war am 29. Oktober wieder zu lesen, daß die Privilegien (!) der Neutralen, wenigstens was die Nordsee anlangt, noch mehr beschränkt werden müßten: »Diese Privilegien sind wesentlich durch die Zartheit [tenderness] verschuldet, mit der wir Neutrale behandeln zu müssen glauben. Aber die Zeit muß kommen, wo man sicherlich erwägen wird, ob es nicht unbedingt nötig ist drastischere Einschränkungen gegen den neutralen Handel anzuwenden . . . Zweifellos wird jeder Schritt in dieser Richtung nur mit beträchtlichem Bedauern [with considerable reluctance] geschehen, aber britische Interessen müssen überwiegen [must be paramount], und die Stellung der Neutralen steht sicherlich nur in zweiter Linie.« Noch kennzeichnender ist übrigens, wie dieses Weltblatt in der selben Nummer Portugal zum Krieg anreizt: »Wenn unser alter Verbündeter Portugal in den Krieg eintritt, so wird dies sofort eine Wirkung haben: Die Tausende von Tonnen deutscher Handelsschiffe, die in den portugiesischen Häfen liegen, werden mit einemmal zur Kriegsprise. Ihre Wegnahme müßte den jüngsten Kriegsteilnehmer immens bereichern.«

<sup>4)</sup> Die Denkschrift über die Stellung Englands und Frankreichs zu der Londoner Seekriegsrechtsklärung ist im Reichsanzeiger vom 24. Oktober 1914 abgedruckt.

eignisse auf dem Seekriegsschauplatz beweisen, geht England nach dieser Richtung in der rücksichtslosesten Weise vor, dergestalt, daß es sogar den für die Nachbarländer Deutschlands bestimmten Bedarf in Kontrolle nimmt und dadurch auch deren Versorgung in Frage stellt.«

Für die Baumwolle versuchte England eine ähnliche Rechtsumwertung aus einer Freilistenware (Artikel 28) zu relativer Konterbande: der entschlossene Einspruch der Vereinigten Staaten führte jedoch wohl oder übel zum Verzicht auf diesen Übergriff.

Weiter erwähnt die deutsche Denkschrift die ganz unbillige und willkürliche Ausdehnung des Begriffs Blockadebruch und schließlich die Gefangennahme von deutschen Reservisten auf neutralen Schiffen:

»Nach einem in der Londoner Erklärung bestätigten völkerrechtlichen Grundsatz dürfen an Bord eines neutralen Kauffahrteischiffs nur solche Personen zu Kriegsgefangenen gemacht werden, die bereits in die feindliche Streitmacht eingereicht sind. . . Wie der Generalbericht bemerkt, war sowohl aus juristischen wie aus praktischen Gründen die ganze Konferenz darin einig, daß nur aktive Militärpersonen, nicht aber solche Personen, die sich, wie beispielsweise Reservisten, zur Erfüllung ihrer allgemeinen Dienstpflicht nach der Heimat begeben, der Gefangennahme auf einem neutralen Schiff unterliegen. Obwohl die britische Order in Council die beiden Artikel ebenso wie die Bemerkungen des Generalberichts als für die Regierung verbindlich anerkannt hat, haben doch die britischen Seestreitkräfte deutsche Wehrpflichtige, die nicht in die Streitmacht eingereicht waren, von Kauffahrteischiffen der niederländischen, der norwegischen und der italienischen Flagge weggenommen und zu Kriegsgefangenen gemacht. Auf diese Weise haben sie nicht nur die in der Londoner Erklärung wiedergegebenen völkerrechtlichen Grundsätze sondern auch die eigenen staatsrechtlichen Normen gröblich verletzt.«

Die deutsche Denkschrift kommt schließlich zu folgendem Ergebnis:

»Die Verordnungen und darüber hinausgehend die Seestreitkräfte Großbritanniens und Frankreichs setzen sich hiernach über die in der Londoner Seekriegsrechtsklärung niedergelegten Regeln in willkürlicher Weise hinweg. Sie verfolgen ausgesprochenermaßen den Zweck durch Lahmlegung des neutralen Handels nicht nur die Kriegführung sondern auch die Volkswirtschaft ihrer Gegner zu treffen, und greifen dabei in unzulässiger Weise sowohl in den legitimen Handel der Neutralen mit dem Gegner als auch in den Handel der Neutralen unter einander ein. Die Londoner Erklärung ist zwar bisher nicht ratifiziert worden; wie indes die Bevollmächtigten der Signaturmächte, mit Einschluß der britischen und französischen, in der einleitenden Bestimmung ausdrücklich festgestellt haben, entsprechen die Regeln der Londoner Erklärung im wesentlichen den allgemein anerkannten Grundsätzen des internationalen Rechts. . . Die Kaiserlich deutsche Regierung hat bisher die Bestimmungen der Londoner Erklärung streng beobachtet, auch deren Inhalt in der deutschen Prisenordnung vom 30. September 1909 (Reichsgesetzblatt Seite 275) sinngetreu wiedergegeben; an dieser Haltung hat sie sich selbst durch die flagranten Rechtsverletzungen ihrer Gegner nicht irremachen lassen. Sie muß sich indes die Frage vorlegen, ob sie an diesem Standpunkt noch länger festhalten kann, wenn die feindlichen Mächte das von ihnen eingeschlagene Verfahren fortsetzen und die neutralen Mächte sich solche Neutralitätsverletzungen zuungunsten deutscher Interessen gefallen lassen. Für die deutsche Regierung würde es daher von Wert sein zu erfahren, welche Stellung die neutralen Mächte zu dem völkerrechtswidrigen Verhalten Großbritanniens und Frankreichs einzunehmen gedenken, und ob sie insbesondere gegen die an Bord ihrer Schiffe vorgenommenen Gewaltakte an deutschen Personen und deutschem Gut einschreiten wollen.«



ER Krieg, der große Enthüller aller Schwächen und Unhaltbarkeiten, hat somit zum erstenmal wieder tiefer in die Rückständigkeit unseres internationalen Wirtschaftsrechts hineingeleuchtet, die in ruhigen Friedenszeiten sich leichter dem Blick entzieht, und für die zuletzt der südafrikanische und der ostasiatische Feldzug kein genügend großes Wirkungs- und Beobachtungsfeld darboten. Dieses

internationale Wirtschaftsrecht ist in der Tat auf den wichtigsten Gebieten des Völkerverkehrs, trotz der lebendigen ökonomischen Verflechtung so zahlreicher, zur Gleichberechtigung reifer Nationen, noch immer weiter nichts als einerseits der nahezu unbeschränkte Absolutismus, die Despotie des einen, durch Geschichte und geographische Lage begünstigten Inselreichs, und auf der Gegenseite die vollkommene Hilf- und Rechtlosigkeit aller anderen Staaten. Nicht nur der kriegführenden Schwächeren, die unter Umständen ihr Schicksal selber heraufbeschworen haben, sondern auch der an sich unbeteiligten Neutralen, die ihr ganzes Wirtschaftsleben, soweit es sich dem Weltmarkt zuwendet, schuldlos vergewaltigt und erdrosselt sehen. Wenn jemals die einseitige Macht, die rücksichtslos gebrauchte Übermacht, sich zum gemeingültigen, internationalen Recht einfach selber erhob, dann bietet das, zu immer größerer Bedeutung emporgewachsene Gebiet des Seeverkehrsrechts das denkbar eindrucksvollste Beispiel. Und gerade die Neutralen müssen den Stachel dieses beschämend kläglichen Rechtszustands sofort erbittert fühlen, sobald ein größerer Konflikt wieder einmal wichtigere Rechtsfragen aufwirft.

Will man über den inneren, mehr formalpolitischen Fragen diese großen, international-wirtschaftlichen Reformnotwendigkeiten ganz übersehen? Ruht nicht alle innere verfassungsmäßige Höherentwicklung vielmehr erst auf der ungehinderten, möglichst beschleunigten Entfaltung des nationalen Gesamtorganismus zu höherer wirtschaftlicher Blüte und Selbständigkeit? Auch die innere Freiheit und Gleichheit bleibt, um mit Lassalle zu reden, nur die von vermickerten Schildbürgern und Krähwinklern, wenn im Kreis der ökonomisch wettringenden, vorwärtstreibenden Kulturvölker nicht zugleich die Freiheit des Aufstrebens und Gleichstrebens sich, gegen alle einseitigen Unterdrückungs- und Niederhaltungsversuche seitens einer überragenden Vormacht, mehr und mehr durchsetzt.

Was soll uns also, wenn es die heute sich gegenüberstehenden Staaten-  
gruppen in ihren Führern zu kennzeichnen gilt, der bloße Hinweis auf Eng-  
lands vermeintlichen oder wirklichen Liberalismus in Verfassungsfragen,  
wenn in großen internationalwirtschaftlichen Lebensfragen modernere, im  
besten Sinn des Wortes liberale Forderungen immer nur gegen Englands  
Widerstand zu verwirklichen sind? Jene noch der Zukunft vorbehaltene  
internationale Freiheit und Gleichheit, von der oben gesprochen wurde, und  
die wir marxistischen Sozialisten doch vor allen anderen »meinen« sollten,  
ist in der Tat, neben den naturgemäß schwächeren, zunächst rein papierenen  
Auflehnungen der Neutralen, augenblicklich »dem deutschen Schwert zur  
Wahrung übertragen«: in dieser Richtung zweifellos gegen England.

XX

## ROBERT SCHMIDT · DEUTSCHE KULTURARBEIT

**N**ACH den Bildern und Geschichten, die gegenwärtig im Ausland über unser Tun und Treiben verbreitet werden, könnte es fast scheinen, als stünde unsere Kultur mit der der Botokuden ungefähr auf gleicher Stufe, und als könnte nichts Besseres uns geschehen als unter die Fittiche der britischen und romanischen Kulturträger zu kommen. Auch die Vorzüge des russischen Regiments werden uns schon, mit etwas geringerer Aufdringlichkeit, aber deutlich genug, vor Augen ge-

führt, und es gibt da einige, die in aller Seelenruhe behaupten, mit der russischen Knute sei es nicht mehr so schlimm, sie spiele nicht mehr die Rolle wie ehemals, und schließlich: ob Kosak ob Junker, das sei kein großer Unterschied. Der Daily Citizen, das englische Parteiblatt, meint, die russische Kultur stehe mindestens so hoch wie die der modernen europäischen Staaten. Freilich werden ihre Vorzüge nur uns Deutschen empfohlen, die wir an nichts Gutes gewöhnt sind, der feinere Westen will denn doch vom Kosakentum nichts hören: Nun sind wir deutschen Barbaren (diesen Titel müssen wir, scheint es, im Ausland jetzt endgültig tragen<sup>1)</sup>) für diesen freundschaftlichen Rat sehr dankbar. Wir können nur so recht keinen Gebrauch davon machen. Schätzt man uns auch gegenwärtig so ein, als ob wir allenfalls noch für das russische System taugten, für die westeuropäische Kultur aber gar nicht in Betracht kämen, so haben wir doch jedenfalls keine Neigung uns als die geistig Armen behandeln zu lassen, die man (nach dem System der berühmten englischen Armengesetzgebung der dreißiger und vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts) möglichst schnell ins Jenseits befördern müsse. Doch nun im Ernst: Vielleicht sind wir nicht ganz unschuldig an dieser Art der Behandlung; denn wie oft haben wir nicht unseren ausländischen Freunden unsere Leiden vorgetragen und ihnen gegenüber dabei mit unserer Bewunderung der vorzüglichen Einrichtungen des Auslands nicht gespart. Schließlich hat man dort geglaubt, man stehe so turmhoch über dem deutschen Jammer, daß die russische Herrschaft noch eine Erlösung für uns darstelle. Da ist es schließlich kein Wunder, daß unseren Freunden im Ausland die Achtung vor ihren eigenen Lehrmeistern abhanden gekommen ist. Hierüber wird nach Beendigung des Krieges noch mancherlei zu sagen sein.

Das aber steht für uns fest: Wenn von der Kultur der Völker gesprochen wird, so dürfen wir Deutsche immerhin ein gewichtiges Wort mitreden. Es gibt sehr viele Kulturgüter, die nicht von einem einzelnen Volk geschaffen wurden sondern aus allen Kulturvölkern zusammengefloßen, die nicht das Besitztum eines einzelnen Volkes sondern das der Gesamtheit geworden sind. Und die deutsche Nation kann ohne Überhebung sagen, daß sie keinem geringen Anteil an dieser Gesamtarbeit hat. Viele Errungenschaften der Wissenschaft, Kunst und Technik sind heute Gemeingut aller Völker geworden. In allen Kulturstaaten besteht nun eine Oberschicht der Bevölkerung, die Träger dieser Kultur ist und sich dem vollen Genuß ihrer Erzeugnisse hingeben kann. Aber die Kulturhöhe eines Volkes bemißt sich nicht nach dieser Oberschicht. Will man sie in Wahrheit beurteilen, so muß der Abstand geprüft werden, der zwischen jener Oberschicht und dem übrigen Teil der Bevölkerung besteht.

Um diese Kulturhöhe kennen zu lernen, sei zunächst einmal das Schulwesen betrachtet und ein Vergleich zwischen der Schulbildung der deutschen Barbaren, die heute im Feld stehen, mit der der übrigen Nationen gezogen. Darüber erfahren wir folgendes: Von 1000 zum Heeresdienst Eingezogenen waren Analphabeten in Rußland 617, in Serbien 434, in Italien 306, in Österreich-Ungarn 220, in Belgien 92, in Frankreich 39, in England 10, in der Schweiz 3, in Deutschland 0,5. Wir fahren also nicht schlecht bei diesem

<sup>1)</sup> Der Daily Citizen gefällt sich, wenn von den Deutschen die Rede ist, in den geschmackvollen Bezeichnungen Barbaren, Hunnen, räuberische Banditen usw.

Vergleich, und die Tatsache, daß wir hier weitaus an erster Stelle stehen, ist der Beweis für die Kultur der Gesamtnation. Die Schule ist der wichtigste Hebel für die Bildung des Volkes. In keinem andern Land wird so die Fortbildungsschule und Fachschule gepflegt, zeigt sich bei der Arbeiterbevölkerung eine so rege Lernbegier wie in Deutschland. Das muß in dieser Zeit einmal deutlich ausgesprochen werden, in der man mit Entsetzen wahrnehmen muß, welche Vorstellungen man sich im Ausland über deutsche Verhältnisse macht. Wo gibt es im Ausland ähnliche Einrichtungen für die Arbeiterbevölkerung in gleichem Umfang wie bei uns?

Mit der hohen Stufe der Schulbildung steht auch das große Lesebedürfnis des deutschen Arbeiters in engstem Zusammenhang. In den alten Kulturstaaten Frankreich und England hat es die Arbeiterbewegung nur mit Mühe und Not zu einer Tageszeitung gebracht. Warum? Weil sich französische und englische Arbeiter nur schwer dazu verstehen können regelmäßig eine Zeitung zu lesen, die ihre Interessen vertritt. Lieber geben sie ihr Geld für die Skandal- und Sensationspresse aus; die ist ihnen Bildungsmittel. Wo blieb die alte englische Gewerkschaftsbewegung (von der politischen Bewegung ganz abgesehen, weil sie ohne die gewerkschaftliche immer kraftlos blieb), um diesen Zustand zu ändern? Mit wenigen Ausnahmen (und die datieren nur aus letzter Zeit) hat man dem Erwecken des Bildungsbedürfnisses innerhalb der englischen Arbeiterschaft gleichgültig gegenübergestanden; so gleichgültig wie auch den Interessen der ungelerten Arbeiter, die von jeher in ihrem tiefen Elend selten etwas von der hilfreichen Hand der mächtigen Trade Unions gespürt haben. Alle Versuche einzelner, die das Schmachvolle dieses Zustands empfanden, sind an der Indolenz nicht nur der Entrechteten sondern auch der Bevorrechteten gescheitert. Die französische Arbeiterbewegung, bei der es nicht anders aussieht, kann wenigstens zu ihrer Entschuldigung sagen, daß sie nie die Mittel besessen hat, um für Bildungszwecke besondere Ausgaben zu machen.

Haben wir in Deutschland jetzt im Krieg eine wirkliche Kultur zu verteidigen, eine Kultur, an der auch die Arbeiterschaft teilnimmt? Diese Frage muß jeder unbedingt bejahen, der nur einen Blick auf die Einrichtungen wirft, die von der sozialdemokratischen Partei und von den Gewerkschaften geschaffen worden sind. Alle diese Einrichtungen sind in den Dienst der Kulturförderung gestellt, und nicht zuletzt ist der Nachdruck gerade auf die Verbreitung eines vertieften Wissens gelegt worden. Eine systematische Bildungsarbeit ist begonnen worden, die in den letzten Jahren in vortrefflicher Weise ausgebaut worden ist. Der deutsche Arbeiter liest regelmäßig seine Arbeiterzeitung. Das erklärt, daß in Deutschland über 90 sozialdemokratische Tageszeitungen, die in 62 eigenen Druckereien hergestellt werden, bestehen; diese Blätter weisen eine Zahl von 1 465 212 ständigen Abonnenten auf. Daneben erscheint die Gewerkschaftspresse, meist Wochenblätter, in einer Auflage von rund 2¼ Millionen.

Für die Jugendlichen sind besondere Veranstaltungen getroffen. Es bestehen an 291 Orten Aufenthaltsräume für Jugendliche mit Lesezimmer und Bibliothek. Nach den Geschäftsberichten für die Jahre 1909 bis 1913 haben für Jugendliche 303 016 Vorträge, künstlerische Veranstaltungen und Führungen durch Museen stattgefunden. Daneben wurden Vortragskurse zur Anleitung für diejenigen abgehalten, denen die Leitung der Jugendbewegung anver-

traut ist. Das Blatt für die Jugendlichen zählt rund 90 000 Abonnenten. Wieviel Anregung, wieviel Belehrung wird hier dem jungen Arbeiter geboten! An 287 Orten sorgen Bildungsausschüsse für die Bildungsbestrebungen der Erwachsenen, deren Jahresetat 1913 mit 2 376 503 Mark abschließt. Von diesen Ausschüssen wurden 1330 Vortragskurse veranstaltet, an denen 165 530 Personen teilnahmen. Einzelne wissenschaftliche Vorträge sind an 2496 Abenden arrangiert worden, darunter 536 Vorträge mit Lichtbildern. Nach einer statistischen Ermittlung bestanden an 748 Orten 1147 aus den Mitteln der Arbeiterorganisationen unterhaltene Bibliotheken, die 833 857 Bücher in Besitz hatten. Im Jahr 1913 wurden für die Bibliotheken 284 357 Mark ausgegeben. Die große Broschürenliteratur, die im Buchhandel erscheint, kann hier nicht aufgezählt werden; aber auch sie ist ein Beweis, daß die deutsche Arbeiterschaft nicht an der seichten Schundliteratur Gefallen findet, die in England den Markt beherrscht, sondern an ernster wissenschaftlicher Arbeit. Die Werke Sidney und Beatrice Webbs haben in der deutschen Übersetzung mehr Absatz gefunden als im englischen Original.

In 120 Arbeitersekretariaten und 211 Auskunftsstellen wird den Arbeitern Rat und Hilfe zur Verfolgung ihrer Rechtsansprüche erteilt, und es wurden rund 750 000 Auskünfte gegeben. Der Kostenaufwand für die Unterhaltung dieser Institute übersteigt die Summe von 700 000 Mark jährlich. Die sozialdemokratische Parteischule bildet in 6monatigem Kursus Leute heran, die, ausgerüstet mit den hier erworbenen Kenntnissen, im Dienst unserer Sache tätig sein sollen. An der Art der Ausbildung mag im einzelnen gewiß Kritik zu üben sein, auch den Inhalt einzelner Lehrgegenstände mag man beanstanden. Aber der sittliche Ernst und Idealismus, der aus der Veranstaltung selber spricht, steht über jedem Zweifel. Die Gewerkschaften haben in ihren Unterrichtskursen eine ähnliche Einrichtung getroffen; auch sie streben danach das Bildungsniveau ihrer Angestellten zu heben. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei hat für seine Kurse im Jahr 1913 42 824 Mark, die Generalkommission der Gewerkschaften für die ihrigen 53 022 Mark verausgabt. Die gewaltigen Anstrengungen in der Arbeiterschaft befähigte Personen heranzubilden, ihre Schulkenntnisse zu erweitern haben es der Sozialdemokratie ermöglicht einen großen Stab von Arbeitern in Redaktionen und leitenden Stellungen zu haben, die man vergeblich in den romanischen Ländern und in England in den gleichen Positionen suchen wird. Daß zahlreiche Gewerkschaftshäuser errichtet und unterhalten werden konnten, darunter solche, die einen Kostenaufwand von 2 bis 4 Millionen Mark verursachten, das ist alles Aufwendungen aus den Mitteln der Arbeiterorganisationen zu danken; sie sind nicht, wie in Paris und an anderen Orten, dadurch entstanden, daß die Gemeindeverwaltung solche Räume zur Verfügung stellte. Alles das sind Kulturarbeiten von hohem Wert, weil sie das Kulturniveau des Volkes heben. Etwas Ähnliches ist in den westlichen Staaten nicht anzutreffen. Alle Achtung vor dem, was dieses oder jenes Volk vor hundert oder mehr Jahren geschaffen und geleistet hat. Jetzt aber gilt es die Gegenwart zu bewerten und sich nicht aus den vergilbten Lorbeeren der Vergangenheit Ruhmeskränze zu winden.

Wo ist in England die Bühnenkunst, die sich ernsten künstlerischen Aufgaben widmet? Shakespeare ist in Deutschland besser bekannt als in England.

Auch Bernard Shaw ist der deutschen Arbeiterschaft erheblich mehr vertraut als der englischen. In den luxuriös ausgestatteten Variétés und Tingeltangeln Londons findet sich Jung und Alt der englischen Geldaristokratie ein, und die Menge staut sich vor den zahlreichen gleichen Unternehmen 2. und 3. Güte. Das ist die dramatische Kunst, die die überwältigende Mehrheit der englischen Nation allein kennt. In Deutschland hat man es dagegen verstanden das Verständnis für künstlerisch wertvolle Darbietungen in der Arbeiterschaft zu wecken; die Schauspieler fühlen sich nirgends so zu dem Kreis ihrer Zuhörer hingezogen, als wenn sie vor den andächtig zuhörenden Arbeitern auftreten. Die Berliner Freien Volksbühnen hatten vor dem Krieg fast 70 000 Mitglieder. In anderen Städten sind gleiche Unternehmungen entstanden, oder es werden zu ermäßigten Preisen Volksvorstellungen veranstaltet. Wo bleiben die großen englischen Organisationen, um gegenüber der blasierten Bourgeoisie die Arbeiterschaft von jenem unkünstlerischen Treiben zum rechten Streben anzuhalten? Wenn englische Parteigenossen am Sonntag ihre Predigt im Hyde Park im Auftrag irgendeiner Sekte halten, so kann das wirklich nicht als eine ausreichende Gegenwirkung gegen Unbildung und Unkultur gelten.

Warum dies alles einmal ausgesprochen werden mußte? Sicherlich nicht um uns zu rühmen oder um die ausländischen Arbeiter herabzusetzen. Die deutschen Arbeiter haben stets am treuesten an dem Gedanken der proletarischen Internationale festgehalten, und sie wünschen auch jetzt nichts sehnlicher als bald wieder im Frieden mit den ausländischen Bruderparteien das gemeinsame Kultur- und Befreiungswerk fortsetzen zu können. Aber jetzt, da zu unserm tiefen Schmerz auch Organe der Arbeiterbewegung in England von der Bourgeoisie in die Deutschenhetze hineingerissen sind, müssen wir uns unserer Haut wehren. Jetzt werden die Deutschen und damit auch die deutschen Arbeiter im Ausland nur noch als eine Horde von Vandalen dargestellt, die für kulturelle Aufgaben ein untaugliches Objekt seien. Und das geschieht, obgleich sehr viele von denen, die jetzt die unsinnigsten Lügen nachsprechen, die deutsche Arbeiterbewegung kennen und wissen, daß rund 600 000 organisierte Arbeiter im deutschen Heer stehen, die eine solche Mißachtung wahrlich nicht verdienen. Niemand wird bestreiten wollen, daß im Krieg auch Verfehlungen vorkommen können. Aber was soll man, um nur ein Beispiel herauszugreifen, zu folgenden Dingen sagen? Fortgesetzt geht durch die Auslands- presse, auch die ausländische Parteipresse, die Behauptung, deutsche Truppen stellten vor ihre Front Frauen und Kinder, um sich gegen die Angriffe der Feinde zu schützen. Solche und ähnliche Geschichten, deren alberne Erfindung doch auf der Hand liegt, sollen doch nur dazu dienen die Leidenschaften aufzustacheln, die Erbitterung zu steigern, die schon im Übermaß angefach ist. Auch im Ausland muß man von den Parteigenossen so viel Objektivität verlangen, daß sie sich nicht zu Mitschuldigen solcher Treibereien machen. Wir haben anderen Nationen gegenüber nie überlegen getan und sind mit den Prahlern, die es taten, recht unsanft umgegangen. Doch Renommisterei ist wahrhaftig keine spezifisch deutsche Sache, sie ist wohl auch anderwärts zu finden. Wir wissen auch, daß in kultureller Beziehung in Deutschland noch sehr viel zu vollbringen ist. Aber die deutsche Arbeiterschaft kann auch jetzt schon den Vergleich mit dem Ausland jederzeit aushalten. Wir haben eine Kultur zu verteidigen, die durch die Kriegs-



wirren schweren Schäden ausgesetzt ist. Selbst für den schlimmsten Fall glaube ich nicht, daß diese Kultur verloren geht, aber ein Rückschlag wird unvermeidlich sein, und eine lange Zeit des Aufbaus wird von neuem erforderlich werden. Mit dem militärischen Niederzwingen wollen unsere Gegner, will vor allem England, das den Wirtschaftskrieg proklamiert hat, gleichzeitig die wirtschaftliche Entkräftung erreichen, was von ausschlaggebender Bedeutung ist. In diese große Gefahr für Deutschland wird gerade die Arbeiterschaft als der am schwersten leidende Teil hineingerissen. Mit der törichten Behauptung, unsere Gegner wollten die inneren politischen Verhältnisse Deutschlands reformieren, bleibe man uns gefälligst fern. Die Beweggründe ihres Handelns sind nicht idealistischer, sie sind vielmehr recht materialistischer Art, sie sind von kapitalistischen Interessen bestimmt, die in diesem Krieg so stark in den Vordergrund treten wie nur je in einem Konflikt der Völker. Der englischen Regierung ist die Gestaltung der innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands höchst gleichgültig; ihre Maßnahmen sind von den Interessen des englischen Kapitalismus diktiert, ihre Aufgabe sieht sie darin die wirtschaftliche Machtstellung Englands zu festigen und zu erweitern. Die Form, die sie für ihre Politik gewählt hat, kann uns über deren Richtung nicht täuschen. In den Dienst des englischen Monopolstrebens hat sie sehr geschickt ihre Verbündeten gestellt. Frankreich namentlich soll für den englischen Kapitalismus die blutigen Opfer bringen, die schwersten Lasten des Krieges tragen, um, wie man in England kalkuliert, im günstigsten Fall doch nur mit einem kleinen Bruchteil der Beute entschädigt zu werden.

Nun, diese Rechnung ist nach meiner Überzeugung sehr falsch. Die sie angestellt haben und glauben die britische Weltherrschaft, die aus eigener wirtschaftlicher und Kulturkraft sich nicht mehr halten konnte, durch die militärische Gewalt der Allianzen in alter Herrlichkeit erstehen lassen zu können, werden zu spät erkennen müssen, daß sie sie gerade damit selber preisgegeben haben. Das deutsche Volk wird dem unberechtigten Verlangen nach der Stabilisierung einer dauernden englischen Wirtschaftssuprematie nicht geopfert werden. Und diese Gewißheit schöpfen wir nicht zum wenigsten auch aus der ernsten, ehrlichen Kulturarbeit der deutschen Arbeiterklasse.

XX

## ADOLF BEHNE · DÜRFEN WIR UNS NOCH MIT KUNST BESCHÄFTIGEN?



SEIT dem Ausbruch des Krieges ist es Mode geworden von der Kunst in einem verächtlichen Ton zu sprechen, und selbst einige unserer bekanntesten Kritiker, deren Aufgabe es doch sein sollte die Kunst gegen eine solche Mißachtung zu schützen, machen die Gewohnheit mit: Sie stellen die Kunst als einen im Grunde recht überflüssigen Luxusartikel hin, den man seit dem Donnern der Kanonen beiseite legen soll. Indes, wenn sie in der Beschäftigung mit künstlerischen Dingen zu dieser Zeit eine unerlaubte Spielerei sehen, wenn sie über die *überfeinerten Astheten* spotten, die jetzt für Formen und Farben Zeit zu erübrigen vermögen, sie Weichlinge und Snobs schelten, so verraten sie mit alledem nur, daß sie dem wahren Wesen der Kunst, einer wahrhaften Beschäftigung mit künstlerischen Dingen nicht nahe stehen.

Die Meinung, daß die Kunst ein verweichlicher Luxusartikel sei, unwürdig der kriegerischen Zeiten, ist auf dem Boden der guten, alten, sentimental-romantischen Auffassung der Kunst erwachsen. Auch die (sehr sympathische) Schlichtheit und Phrasenlosigkeit der Impressionisten hat nicht die Vorstellung vernichten können, nach der der Künstler zunächst einmal ein Samtjackett und eine flatternde Krawatte trägt. Für die sentimentale Auffassung ist die Kunst eine abgeschlossene, süße Welt der Schmeichelei und Herzenswärme, in die man durch eine luftdicht schließende Tür allezeit eintreten kann, wenn das *Leben*, jenes grausame, kalte Gegenwesen der Kunst, den Menschen müde geheizt und gequält hat. Und die romantische Auffassung trifft sich darin mit der sentimental, daß auch sie zwischen Kunst und Leben einen mächtigen Riß zieht: *Kunst*, das ist ein märchenhaft strahlendes Wunderreich, *Leben*, das ist eine nüchtern-praktische Angelegenheit, die durch keine Brücke mit jenem Märchenreich verbunden ist. Wer die Dinge so ansieht, der hat recht die Kunst jetzt im Krieg als überflüssig und verächtlich beiseite zu stellen. Wir anderen freilich haben diese Kunst schon im Frieden für verächtlich gehalten. Wir glauben, daß in allen wahren Kunstschöpfungen den machtvollsten Faktor ihrer Wirkung die Lebendigkeit, die Energie und die Intensität ihrer Existenz bildet. Nicht die Liebenswürdigkeit, die Absonderlichkeit oder die Wohlgefälligkeit geben einen würdigen Maßstab für die Kunst ab, sondern die geistige Kühnheit, das schöpferische Temperament und die stolze Gesinnung. Der Künstler arbeitet wie ein kühner Pionier, vertrauend auf den Elan seiner Erkenntnis, stolz auf seine Stoßkraft, gar nicht quietistisch sondern aktiv, eingreifend, handelnd im höchsten Grad. Die wahren Kunstwerke haben um sich eine Sphäre phrasenloser, absolut unsentimentaler Reinheit, sind dunstlos und klar. Vor ihrer energischen Konzentration ist der Nebel zerronnen.

Deshalb ist uns das Kunstschaffen keine Spielerei sondern ein Akt der größten Energie, des auf das strengste gespannten Willens und der intensivsten geistigen Konzentration. Das gilt gleicherweise in Kriegs- wie in Friedenszeiten, und was etwa der Krieg an dem Respekt vor solcher Leistung ändern könnte, vermag ich nicht im mindesten zu begreifen. Ich meine vielmehr, daß die geistige Leistung unserer Generäle vielleicht in keinem andern Prozeß eine so nahe Parallele findet wie im Schaffensprozeß des Künstlers.



**NAUFHÖRLICH** predigt man jetzt den Künstlern: Ergreift die große Gelegenheit, nehmt die gewaltigen Geschehnisse in euch auf! Wehe dem Künstler, der jetzt nicht erlebt! Was ist der Sinn dieser Worte? Man will die Künstler von den Forminteressen ihrer Kunst, weil man sie nicht versteht, auf inhaltliche Interessen abziehen. Darum diskreditiert man das intensive Arbeiten der Künstler an ihren formalen Aufgaben als verstiegenen Ästhetizismus, wobei man natürlich hoffen darf zugleich die *jüngste Richtung* zu erschlagen, und darum appelliert man früh und spät an den Begriff des Deutschtums. Man verlangt nicht gerade von den Künstlern, daß sie künftig nur noch Schlachten malen sollen, aber sie sollen dem Publikum endlich wieder *etwas Herzhaftes* geben, etwas, auf das man einschnappen kann, ohne sich in geistige Unkosten zu stürzen. Wenn die Künstler künftig nur immer

*deutsch* sein wollen, dann wird man sich mit ihnen schon verständigen können.

Nun ist es mit dem Begriff des Deutschtums, und besonders in der Kunst, eine eigene Sache. Es gibt da zwei Varianten. Das Wort, das Bulwer zur Zeit unserer Ohnmacht auf uns geprägt hat, »Volk der Dichter und Denker«, ist im Grunde noch immer die Phrase, in deren Spiegel sich die Allgemeinheit am besten gefällt. Wenn man uns als Träumer, als Sinnierer, als reine Toren bezeichnet, schlägt unser Herz höher, und die Romanschreiber, die, wie Frenssen, ihre Bücher auf diesen Ton stimmen, können des Erfolgs sicher sein. Aber dieses leidenschaftlich gern zitierte Wort Bulwers ist niemals etwas anderes gewesen als eine törichte Phrase. Es mochte mit seinem ironischen Unterton auf die Zeit passen, da der deutsche Michel matt und lethargisch beim Bier dämmerte. Zu ihren guten Zeiten sind die Deutschen ein Volk der Energie und der Konzentration gewesen, des leidenschaftlichen Drangs, und in solchen Zeiten haben sie auch in der Kunst Werte geschaffen, die groß und stolz sind. Denn das ist eben die Wahrheit: Die großen Werke der Kunst entstehen nicht durch Sinnieren und Basteln, durch Tüfteln und Träumen, sondern durch eine geistige Angriffslust schöpferischer Temperamente. Grünewald, Erwin von Steinbach, der Meister der Naumburger Stifterfiguren, sie scheinen mir deutsche Künstler zu sein, und wie völlig unsentimental, wie feurig sind sie. Daneben steht die zweite Auffassung, die sich oft unvermittelt mit der ersten kombiniert. Da ist der Deutsche der Ritter ohne Furcht und Tadel, gepanzert vom Scheitel bis zur Sohle; wo er auftritt, da wächst kein Gras mehr: Das ist der Deutsche als das Ideal der Markigkeit. Auf der Gabe diese Markigkeit geschickt mit der Lust zum Sinnieren zusammenlügen zu können beruht der Erfolg der meisten Romane, die es über die 10. Auflage gebracht haben.

Wenn man jetzt von allen Seiten dem Künstler zuruft, er solle diese eherne Zeit erleben, so ist damit wirklich nichts anderes gemeint, als er solle sich um den Ausdruck dieser zweiten Variante des Musters Deutsch bemühen. Die Anfänge zu solcher Kunst sind ja schon seit längerem gegeben: Peter Behrens' *Wucht*, Lederers *Strenge* und Egger-Lienzsche *Großzügigkeit* haben ihre Wirkung getan. Fritz Erlers tragisch aufgeputzten Einsamen Mann bezeichnet man uns als die einzige moderne Schöpfung, »vor die wir jetzt das deutsche Volk rufen könnten, damit es seine edelsten und besten Kräfte darin wiedererkenne: jenen blonden Jüngling, der, von Untieren umlauert, stark und fest durch die Bergeinsamkeit dahinschreitet, entschlossen sein Wanderziel zu erreichen«. Jeder Akademiker, der malenderweise die Schlachtfelder aufsucht, ist ein Held. Aber ich glaube, der Maler, der eine Madonna kühn erfindet, ist tausendmal tapferer als jener, der tapfere Menschen matt reproduziert.

So sieht ungefähr aus, was man uns jetzt als deutsch einreden will. Aber sicher werden sich die Künstler, die wirklich Künstler sind, mehr als an die Mahnungen der Kritiker an die Denkmäler unserer besten Vergangenheit halten. Und vor diesen zerstieben Gott sei Dank alle jene krankhaften Entstellungen, ebensowehr der weichlichen Träumerseligkeit wie der forcierten Markigkeit. Die Eigenschaften, auf die wir wieder stolz werden sollten, in denen wir wieder unsern Ruhm suchen müßten, das sind nicht die Ruhe eines Biedermeierkirchhofs, sondern die feurige Lebendigkeit einer

Grünwaldschen Auferstehung, nicht die kopierten Innigkeitsschnörkel der Heimatkünstler, sondern die stürmende Kraft der Gotik. Aber auch nicht das Dröhnen neudeutschdorischer Säulen oder die ungeistige Athletenhaftigkeit eines Metzner kann als deutsch angesehen werden. Suchen wir unsern Ehrgeiz und unser Schönheitsverlangen durch eine der Gotik würdige Kunst zu befriedigen, eine Kunst, die mit geistiger Energie gefüllt ist, die nicht an dumpfen, unklaren und mißdeuteten Gefühlen reich ist sondern an lebendiger Form! Das wäre die einzige Kunst, die in Wahrheit der kriegerischen Leistungen wert wäre. Jede andere verhält wie der Donner der Geschütze.

Und noch eins: Man macht schon heute drohend darauf aufmerksam, daß man eine Internationalität in den deutschen Kunstausstellungen und Zeitschriften künftig nicht mehr dulden werde. (Der *Belgier* van de Velde bekam in Weimar, das ihm so vieles verdankt, schon die Konsequenzen zu verspüren). Vielleicht darf man an Friedrich den Großen erinnern, der die Franzosen bei Roßbach schlug, aber seine herrlichen Watteaus deshalb nicht plötzlich weniger schön fand.

XX

## WALLY ZEPLER · DER KRIEG UND DIE FRAU



AR manche verfehlt Vorstellung hat der Krieg umgeworfen, er hat uns durch die Praxis manches gelehrt, was wir selbst vielleicht nicht klar erkannten. Der wirtschaftliche Kampf der Klassen rückte klar Genossen den alle Klasseninteressen in breitem Rahmen umspannenden Kreis der allgemeinen Volksinteressen: des nationalen Zusammenhangs, in die Ferne. Nun standen viele staunend vor der elementaren Macht nationalen Gefühls, das bei dem Ausbruch des Kriegs das Proletariat gleich allen anderen Volksschichten durchschütterte, während in Wahrheit hier kein Widerspruch gegen die Gesamtauffassung des Sozialismus, vielmehr ein tiefer und notwendiger Zusammenhang besteht. Denn gerade das ist ja der wirtschaftliche wie der philosophische Kern sozialistischen Denkens, daß ihm die höhere Einheit der niedern, das Ganze dem Individuum, übergeordnet erscheint. Die umfassendste Einheit in den Sozialgebilden, die bisher die Geschichte kannte, aber ist die Nation; denn die Menschheit, die die international-humanistisch gefärbte Anschauungsweise auch ihr als größeres Ganzes überordnet, stellt geschichtlich vorläufig nur eine Idee, kein reales Gebilde dar.

Bei tieferm Nachdenken liegt tatsächlich in dem Antagonismus wirtschaftlicher Kämpfe nach innen und nationalen Einheitsgefühls nach außen in keiner Weise ein Gegensatz. Die historische Aufgabe des Volksganzen erfüllt sich vielmehr erst durch die innere soziale Entwicklung, zu deren notwendigen Ausdrucksmitteln in erster Linie auch die Klassenkämpfe gehören. Denn das Ziel der Arbeiterbewegung: die Erhöhung der wirtschaftlichen und kulturellen Lage des Proletariats, ist eine der ersten Grundbedingungen des Machtwachstums der Nation. Nur darf umgekehrt, wozu die wirtschaftlichen Kämpfe selbst leicht verführen, der Zusammenhang der besonderen Klasseninteressen, um deren willen sie ausgefochten werden, mit den allgemeinen Volksinteressen nicht verkannt, es darf nicht vergessen werden, daß nur bei wirtschaftlichem Aufstieg der Gesamtnation die Möglichkeit für einen bedeutenden materiellen Aufstieg auch der Arbeiterschaft

gegeben ist, daß politisch nationaler zugleich kulturellen Niedergang bedeutet, und daß sich in der Arbeiterschaft als der zahlreichsten Klasse dieser Niedergang um so schärfer bemerkbar machen muß. Kurz, es darf die untrennbare Verkettung jedes einzelnen wie jeder kleinern Gemeinschaft mit dem Organismus des nationalen Ganzen nicht aus dem Bewußtsein schwinden. In ihr liegt die Ursache jenes nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls, dessen Gewalt jetzt hervorbrach.

Die Lehren, die uns die furchtbare Größe dieser Zeit so machtvoll demonstrierte, werden sich nach sehr verschiedenen Seiten hin auch dem Denken und dem Gefühl der Frauen einprägen müssen. Nicht, weil es bei ihnen anders wäre als beim männlichen Geschlecht, sondern nur, weil ihr Leben und Sein so viel mehr auf persönliche Interessen gestellt ist, weil die Anschauung, die als Ziel und Sinn des Daseins das Wirken im Ganzen nimmt, ihnen noch ferner liegt und durch den Zwang der Dinge ferner liegen mußte. Wie nach anderer Richtung hat auch hier in der Auffassung der Partei der Ausbruch des Krieges plötzlich manche Erkenntnis reifen lassen, die sich sonst wohl schwerer und unter größeren Widerständen Bahn gebrochen hätte. Unter dem Druck der allgemeinen Not, die rasche und tatkräftige Hilfe für die schwer betroffenen Proletarierfamilien notwendig machte, schlossen sich die Sozialdemokratinnen in Groß Berlin wie in verschiedenen anderen Städten mit den bürgerlichen Hilfsorganisationen zu einer Art sozialer Notarbeit zusammen. Man muß den bürgerlichen Frauen das Zeugnis ausstellen, daß sie mit großer Bereitwilligkeit das Anerbieten eines Miteinanderwirkens annahmen und den Genossinnen in der Organisation des Nationalen Frauendienstes, den der Bund deutscher Frauenvereine schnell und energisch ins Leben gerufen hatte, bedingungslos eine mitleidende Stelle einräumten. Sie erkannten richtig, daß dadurch ihre eigene Arbeit nur gewinnen, daß die reine Wohlfahrts- oder Wohltätigkeitspflege, in der sich ihrer Entwicklung entsprechend die praktische Hilfstätigkeit vieler bürgerlicher Kreise erschöpft, durch die sozial radikalere Auffassung der Genossinnen fruchtbarer gestaltet werden könnte. Auf der andern Seite standen den Sozialdemokratinnen nicht die gleichen Hilfsmöglichkeiten zur Verfügung, wenn sie eigene Organisationen ins Leben gerufen und jedes Zusammengehen abgelehnt hätten. Mag von sozialen Gesichtspunkten das, was der Nationale Frauendienst leisten kann, noch so gering sein, auch dazu bedarf es einer gewissen Schulung im praktischen Hilfsdienst, einer Reihe von Beziehungen, die die bürgerlichen Vereine in ihrer jahrelangen Arbeit unter einander angeknüpft haben. In den städtischen Hilfskommissionen, denen die Beschlußfassung über die Gewährung der Kriegs-, Arbeitslosen-, Extra- und Mietsunterstützungen zusteht, und die sich aus Bezirksvorstehern und einigen Mitgliedern des Stadtverordneten- und Magistratskollegiums zusammensetzen, war den Leiterinnen der einzelnen Frauendienstbureaus ein (wenn auch sehr beschränktes) Mitbestimmungs- und Eingriffsrecht eingeräumt worden, ein Vorzug, den nun auch die sozialdemokratischen Mitleiterinnen genießen.

Nun wird man freilich gegenüber einer Verallgemeinerung dieser Zusammenarbeit einwenden: In dieser ganzen Notstandsaktion des Nationalen Frauendienstes handele es sich um ein Tätigkeitsfeld ganz außergewöhnlicher Art, um ein Erzeugnis der außerordentlichen Zeitumstände, das keine Schlüsse

auf normale Zeiten gestatte. Es handele sich hier eben um direkte Wohlfahrtspflege, die sonst den Aufgaben der Partei vollkommen fern liege und nur durch den Krieg auch für uns notwendig geworden sei. Diese Auffassung ist indes völlig irrig. Der Nationale Frauendienst als solcher stellt organisatorisch gewiß ein Notprodukt dar, das nicht für dauernde Arbeitsleistung bestimmt ist und ständige Aufgaben in seiner gegenwärtigen Form auch nicht erfüllen könnte. Seinen Zwecken und Arbeitsmitteln nach repräsentiert er in seinen Bureaus indes eine Art städtischer Kommissionen, zugleich Beratungs- und Hilfsstellen, wie er im wesentlichen auch mit städtischen Geldern arbeitet. In vollendetem Ausbau, mit geschulten Kräften könnten derartige Hilfsämter auch in normalen Zeiten vorzügliche Dienste leisten; sie könnten in sehr zweckmäßiger Weise die Aufgaben privater Wohlfahrtsinstitutionen wie der Zentrale für private Fürsorge und städtischer Körperschaften wie der Armenkommissionen vereinen und so die Nachteile der bloßen Wohltätigkeitsauffassung auf der einen und des unlebendigen Bürokratismus auf der andern Seite mindern. Denn auf jedem Gebiet sozialer Arbeit, in der Wohnungs-, der Armen-, der Jugendpflege, ist eigentlich ein wirksames Handeln nur durch organisatorische Kräfte zu erreichen, die persönlich interessiertes Eingreifen mit amtlichen Rechten und amtlicher Autorität verbinden, eine Erfahrung, die bei den Wohnungsämtern, in der Fabrikinspektion, in der Jugendgerichtshilfe, in der Armen- und Waisenpflege zum Teil schon überall verwertet wird. Wir haben es also bei den Aufgaben des Nationalen Frauendienstes dem Wesen nach mit einer sozialen Tätigkeit zu tun, die schon jetzt in weite Gebiete eingreift und in richtigem Weiterbau einen immer größern Kreis kommunal-sozialen Wirkens zu umfassen vermöchte. Deshalb ist es prinzipiell bedeutungsvoll, daß in dieser Tätigkeit Bürgerliche und Sozialdemokratinnen neben und mit einander arbeiten konnten, und sich wirklich sachliche Gegensätze nirgends herausgestellt haben.

Für männliche Genossen, die in den verschiedensten Verwaltungsorganisationen: in Krankenkassen, Versicherungsämtern, Gewerbegerichten usw., mit den Vertretern anderer Klassen gemeinsam tätig sind, ist die Erfahrung dieser Möglichkeit nicht neu. Ihnen hat sich aus der Praxis heraus längst ein Modus solcher Zusammenarbeit erschlossen. Sie durchdringen dadurch langsam auch das gesamte Gebiet der sozialen Verwaltungstätigkeit mit ihrem Geist, greifen so auch hier an den mannigfachsten Stellen in das Getriebe der gesellschaftlichen Funktionen und rufen damit ein neues Stück positiven Sozialismus ins Leben. Für die weiblichen Parteigenossen dagegen, die sich vorläufig in ihrer Mehrzahl noch mehr theoretisch als praktisch mit sozialen Problemen befaßten, traten eben deshalb bisher die Klassengegensätze schärfer und ausschließlicher hervor. Und doch besteht neben diesen Gegensätzen auch eine weitgehende Interessen *solidarität* auf jedem Feld sozialen Schaffens. Sie muß aus dem gleichen Grund bestehen, aus dem das Schicksal der Arbeiterschaft überhaupt stets mit der Entwicklung des Staatsganzen tief verkettet bleiben muß. Diese Verkettung ist naturgemäß eine gegenseitige. Wird der Lebensstandard des Proletariats auf der einen Seite durch die wirtschaftliche und staatliche Entfaltung des Ganzen aufs innigste mitberührt, so kann umgekehrt die Gesamtheit gegenüber den vitalsten Interessen des Proletariats nicht gleich-

gütig bleiben. Jeder persönlich nicht einseitig interessierte, weiterblickende Politiker und Soziologe wird Verständnis auch für die Wünsche der Arbeiterschaft besitzen, einem Herabsinken oder gar einer Verelendung der proletarischen Schichten auch von nationalen Gesichtspunkten aus zu steuern suchen. Daß dies in ausreichendem Maß und in Formen geschieht, die ihren eigenen Forderungen entsprechen, dafür hat freilich die Arbeiterschaft selbst ihre Macht einzusetzen; immer aber sind bis zu relativ weiten Grenzen Ausgangspunkte für eine Verständigung und damit für eine gemeinsame soziale Arbeit vorhanden.

Für die Frauen kommt noch eine Reihe anderer Momente hinzu, die zwischen den sozialen Zielen der Proletarierinnen und der Bürgerlichen eine weitere Annäherung bewirken. Die so oft betonten mütterlichen Instinkte, die menschliche Hilfsneigung des weiblichen Geschlechts wecken auch in der bürgerlichen sozialen Arbeiterin auf Grund des persönlichen Mitgeföhls leicht ein richtiges Verständnis der Lebenslage der Arbeiterschaft und bewahren sie vor der schematisch kühl rechnenden Methode, die so häufig den Verkehr mit männlichen Beamten sozialer Hilfsinstitutionen so unerquicklich macht. Soweit bisher die Erfahrungen reichen, sind weibliche soziale Beamte: Armen-, Waisen- und Jugendpflegerinnen, Wohnungs- und Fabrikinspektorinnen, im allgemeinen immer geneigt sich ernst für ihre Pflinglinge einzusetzen, wo es möglich ist, ein Mehr an gesellschaftlichen Leistungen für sie zu erwirken, bei widerstrebenden Interessen auf ihre Seite zu treten. (Ob dies vom Rechtsstandpunkt aus nicht zuweilen bedenklich ist, soll in diesem Zusammenhang nicht untersucht werden.) Dazu kommt in vielen Fällen noch eine Art Geschlechtsinteresses, um die Frauen verschiedener Kreise zu verbinden; wo irgend das weibliche Empfinden als solches bedroht ist, da wird es in der bürgerlichen so gut wie in der proletarischen Frau eine Schützerin finden.

So hebt sich tatsächlich in der praktischen sozialen Arbeit die einseitige Orientierung ausschließlich nach Klasseninteressen auf. Wirtschaftliche, kulturelle, Geschlechtsanschauungen durchkreuzen einander und halten sich gegenseitig die Wage, so daß ein Zusammenwirken zwischen Proletarierinnen und Bürgerlichen auf vielen Gebieten nicht nur nicht unfruchtbar erscheint sondern vielfach die beste Aussicht bietet einer Durchdringung bürgerlicher Kreise mit sozialistischen Gedankenkeimen weiter die Wege zu ebnen. Daraus sind auch für Friedenszeiten erste Konsequenzen zu ziehen. Es existiert eine große Reihe von Organisationen, die den Übergang zwischen Wohlfahrts- und öffentlichen Erziehungs-, Aufsichts- oder Hilfsorganen bilden, wie der Freiwillige Erziehungsbeirat, die Jugendgerichtshilfe, die Mutterschutzvereine, Kinderhorte, Krippen usw. In ganz anderer Weise als bisher (wo nur vereinzelte Genossinnen persönlich an solchen Vereinigungen teilnahmen) müßte hier ein Zusammenwirken geschaffen werden, um so an zahlreichen Punkten von innen heraus durch ein Durchtränken der Gesellschaft mit sozialistischen Ideen oder doch mit Anschauungs- und Geföhls-elementen, die zum Sozialismus treiben, zum positiven Aufbau eines neuen Gesellschaftsgebildes beizutragen.

In den rein kommunalen Ämtern, die Frauen überhaupt offen stehen: der Wohnungs-, vor allem der Armen- und Waisenspflege, haben sich die Genossinnen freilich von Anfang an Zutritt zu schaffen gesucht. Auch hier

dürften die Erfahrungen des Kriegs manche Überlegung verstärken, die wohl auch sonst den Frauen schon nahe genug lag. In diesen Tagen besonders schwerer und weitgreifender wirtschaftlicher Krisen, in denen das Bewußtsein jedes Notstands lähmender als sonst auf allen Kreisen lastet, wird der Blick aller sozial Arbeitenden immer von neuem auf die Tätigkeit und die Arbeitsformen jener kommunalen Organe gelenkt. Und ich glaube, nichts dürfte von den Frauen ganz allgemein bitterer empfunden werden als die Tatsache, daß sie auch in dieser geradezu spezifisch für sie geeigneten Schaffenssphäre in den maßgebenden Posten fast völlig beiseite stehen und, wo ihr ganzes Wesen zu Hingabe und Hilfsbereitschaft drängt, so oft machtlos zusehen müssen, wie dem Elend oder momentaner, vielleicht aufhebbarer Not mit schemenhaftem und oft genug brutalem Pochen auf irgendeinen Gesetzesparagraphen begegnet wird. Wohl möglich, daß in der Gewöhnung einer langen Amtsführung Frauen so gut wie Männer schließlich diesem das reine Gefühl aufzehrenden Paragraphentum verfallen würden. Gegenwärtig aber regen sich noch unausgeschöpfte lebendige Kräfte im weiblichen Geschlecht. Mit stürmischer Macht fordern die Frauen ihren Anteil an allen Leistungen, die innerhalb ihrer Fähigkeiten liegen und die zum Leben der Gesamtheit so dringend notwendig sind. Und hier sind es wieder Frauen als solche, nicht bürgerliche oder proletarische Frauen, die dieses Zurücktretenmüssen als tiefste Entbehrung empfinden. Beide Klassen wollen hier für andere, für das Ganze, nicht für sich selber wirken; beide fühlen gleich schmerzlich die Unmöglichkeit im öffentlichen Leben weibliches Wesen und Gefühl zur Geltung zu bringen. Natürlich spreche ich dabei nicht nur von einzelnen kommunalen Ämtern sondern von der gesamten öffentlichen Gewalt, aber zunächst knüpfte sich diese Überlegung an die augenblicklichen Probleme der städtischen Gesetzgebung. Vermutlich wären viele der Kriegsnotbestimmungen zweckmäßiger, praktisch wertvoller ausgefallen, wenn der oft gerühmte praktische Sinn der Frauen dabei hätte mitwirken können, wenn die Lebenserfahrung, der Sparsamkeitsgeist, die der eigenen Familie so oft nützlich werden, hier der Allgemeinheit erschlossen worden wären. Aber selbst wenn dies bestritten werden mag: die Frauen haben das Recht wie die Pflicht gleich den Männern zu wirken und zu helfen, und schreibt das machtvolle Erlebnis dieses Kriegs mit ehernen Buchstaben in den Geist der Menschen die Lehre, daß das Ganze über dem einzelnen steht, daß nur die Gesamtheit Zweck und Sinn des Lebens sein kann, so wird sich auch den Köpfen der Frauen mit doppelter Kraft die Aufgabe einhämmern, die ihnen speziell aus dieser Lehre erwächst.

Es sah freilich in diesen Tagen so aus, als sei gerade umgekehrt für das Leben der Frauen alles modernere Denken wieder ausgelöscht, als kehre man von neuem zu den ursprünglichen Zeiten zurück, in denen der Mann als kriegerischer Held die Fluren des Landes verteidigte, die Frau seine Wunden verband und Haus und Familie besorgte. Denn auch heute gilt wieder die Pflegerin als höchster weiblicher Typus, und alle anderen Frauen suchen ihr Dasein, das ihnen selber sonst unnütz und wertlos dünkt, mit den Werken der Liebe, mit weiblich häuslichem Wirken und dem Trost in menschlichem Leid zu füllen. Wie in vergessenen Tagen sitzen wieder die Frauen beim Strickstrumpf beisammen, messen, wieviel sie geschafft und erzählen sich von den Sorgen des Hauses und den Männern draußen im



Feld. Es wäre aber dennoch ein Irrtum, wollte man aus alledem den Schluß ziehen, den manche wohl gezogen haben mögen: der vom Krieg heraufbeschworene wahre Geist der Natur deute für die Frauen in alle Ewigkeit nur auf ruhig häusliche Arbeit und die Werke der Menschenliebe. Genau so wenig wie in Wahrheit die schöpferischen Taten des Geistes selbst während des Kriegs hinter den Leistungen physischen Mutes und kühner Lebensverachtung zurücktreten werden, so wenig weisen die Forderungen dieser Tage für das weibliche Geschlecht auf die Notwendigkeit des Zurückgehens zu primitiveren Lebensformen. Ja, der Hilfs- und Pflgetrieb, der die Frauen jetzt beherrscht, sagt uns im Grunde nur das gleiche, was die großartige Erhebung der Völker, die selbstverständliche Hingabe der persönlichen Existenz bei Millionen kraftvoller Männer uns lehrt: daß in jedem sittlichen Menschen der heiße Drang wohnt sich selbst nur als ein Stück eines höhern Organismus zu empfinden, sich für etwas zu opfern, das größer und machtvoller ist als er selbst, einem innern Lebenssinn zu dienen, den freilich der einzelne nicht versteht, dem vielleicht das in heißer Arbeit langsam entstehende und versinkende Leben der Nationen selber untertan sein mag, der sich aber in unendlicher Folge in und durch jedes neue Einzelwesen auszuwirken strebt. Doch nur dann werden Individuen wie Klassen und Völker durch persönliche Hingabe ihrer geschichtlichen Mission genügen, wenn ihre Kraft bis zur letzten Grenze des Möglichen angespannt und an der Stelle verwandt wird, wo sie die höchsten Leistungen erzielt. Daß das heute nicht mehr die enge Welt der Familie und des Einzelhaushalts ist, bedarf kaum noch des Beweises. Technik, Wirtschaft, Verkehr, Handel, Wissenschaft, alles hat sich von größter Einfachheit bis zu kompliziertem Zusammenwirken tausendfacher Kräfte entfaltet, der Mechanismus aller Produktion ist ein unendlich verschlungener geworden, und einzig die Frauenarbeit in Küche und Haus sollte den Gesetzen der Entwicklung widerstehen und mit ihren primitiven Methoden in das gewaltige Getriebe der modernen Welt hinüberrauchen? Die historische Aufgabe des weiblichen Geschlechts allein sollte die gleiche bleiben wie vor Tausenden von Jahren, während die Erde ringsum sich mit erstaunlicher Raschheit verändert? Nein, schärfer als in diesen Tagen kann es den Frauen kaum ins Bewußtsein gerufen werden: Nicht mit dem edelsten Willen und der aufopferndsten Hilfsbereitschaft schafft man jetzt mit an dem Aufbau kommender Kultur; dazu bedarf es des ernsten Wissens, planmäßiger Schulung, der Beherrschung aller Arbeitssysteme auf irgendeinem Gebiet, der vollen Eingliederung in den Gesamtorganismus des öffentlichen Lebens. Die Enge der Familie weckt in den Frauen Unfähigkeit und Beschränktheit. Sie zieht ihren Blick herab, indem sie ihn dauernd an kleine umgrenzte persönliche Ziele heftet; sie lähmt ihre Kraft, weil sie sie brach legt und ungenutzt verdorren läßt oder sie mindestens nie bis zum Äußersten ausschöpft. Sie bricht in ihnen den frohen Tatenmut, die Lebenssicherheit und kühne Unternehmungslust, die den Mann zu seinen Geistestaten, auch zu den Taten des Krieges, führte und die sich nur auf dem Boden wirklichen Könnens entfalten. In ihrem Arbeitswillen, ihrem brennenden Verlangen gleich den Männern für das Vaterland, die Gesamtheit etwas zu leisten empfinden Tausende von Frauen dieses Nichtkönnen jetzt als bitteren Schmerz. Zielloos wandern sie von einer Tätigkeit zur andern, überall gleich unfähig etwas Tüchtiges und Ganzes zu schaffen, in die Lücken einzuspringen, die der Krieg gerissen hat,

sei es in den gelernten physischen sei es in den geistigen Berufen. Die gleiche Anstrengung und Kraft, der gleiche moralische Wille, die hier täglich und stündlich eingesetzt werden, könnten tausendfache Früchte tragen, wenn sie geschult und sicher, in klarer Erkenntnis des Ziels an der rechten Stelle in Wirksamkeit träten.

Dieser Krieg ist eine praktische Schule des Sozialismus, die an Eindrucks-tiefe und Lebendigkeit von wenig andern nur erreicht werden kann. Unter dem Druck der Not ist plötzlich vieles von dem wirklich geworden, was noch vor kurzem dem größten Teil der Welt unwahrscheinlich oder unmöglich dünkte. Die Menschen selbst rief der Zwang des militärischen Gesetzes unter die Waffen, dessen ehernes Muß bei dem drohenden Einbruch des Feindes wohl jeder begreift. Und wen dieser Zwang nicht traf, den trieb der sittliche Wille, der nicht zurückstehen wollte, wo die anderen ihr Leben wagten. Hier forderte die Größe außerordentlicher Begebenheiten das außerordentliche Opfer. Wenn aber auch, wie unter einem selbstverständlichen Recht, Staat und Gemeinde in die Verfügungsgewalt des einzelnen über seine privaten Güter greifen, wenn sie Verkaufspreise bestimmen, dem Konsum Höchstgrenzen stecken, alles, was dem Kriegsbedarf dient, für diesen requirieren: so wird auch den nüchternsten Skeptikern an diesem Beispiel ein trockener Kursus sozialistischen Denkens gelesen, den sie schwerlich wieder vergessen können.

Diesem Geist des Sozialismus werden sich in der Zukunft auch die Frauen einfügen müssen. Er fordert von ihnen die Unterordnung des privaten wie des Familieninteresses unter die Interessen der Gesamtgesellschaft, volle berufsmäßige Eingliederung in den schaffenden Organismus des Volkes: ernste produktive Arbeitsleistung. Aus diesem schreckensvollen Krieg wird hoffentlich manche fruchtbare Folge erwachsen. Den Frauen wird er so ein neuer Anstoß sein sich das volle Recht der Mitbestimmung im Leben des Ganzen zu erringen, auf der andern Seite aber auch ihr Sein voller als bisher dem Ganzen zu widmen.

XX

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

### Wirtschaft / Max Schippel

**Krieg und Wirtschaft** Was ist der Krieg wohl mehr: Desorganisation oder Höherorganisation? Wir wissen, daß er die Börsen mit ihrer geregelten Bewertung aller Effekten und Waren vollständig auseinandertreibt, daß er den Außenhandel der kriegführenden und selbst der neutralen Länder fast ganz zum Stillstand bringt, daß er zahlreiche Produktionszweige lähmt oder nach ihrem Absatz und allen ihren Schicksalen wie einen Geblendeten hilflos im Dunkeln tappen läßt, daß er wichtige Preise zu unerträglicher Notstandshöhe emportreibt oder ihnen jede

feste berechenbare Grundlage unter den Füßen hinwegreißt. Aber zugleich gewahren wir, oft mit Staunen und Überraschung über die neu sich emporringenden Gebilde, wie der Krieg ungeahnte Kräfte der Verbindung, der zielbewußten Zusammenführung und Leitung für die auseinanderstrebenden Elemente schafft, wie er, wenigstens für die kurze Spanne einer außerordentlichen Zeit, auf vielen Gebieten ähnliches schöpferisch verwirklicht, wie wir es uns für die Gesamtwirtschaft der Zukunft als planvolle sozialistische Regelung vorstellen. Zugleich räumt er nach dieser Richtung, nicht durch bloße Lehren sondern durch eindrucksvollste Taten, mit herrschenden Vorurteilen,

Abneigungen und Doktrinen in so unwiderstehlicher Weise auf, daß man fast glauben möchte, auch die Rückkehr regelmäßiger Zeiten könne das versunkene Alte niemals wieder zum vollen Leben erwecken. Man hat es dem Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften hie und da übel vermerkt, daß es eine längere Artikelfolge über den Krieg und die sozialen Pflichten mit den programmatischen Worten einleitete: »Der Krieg ist wie kaum irgendein anderes Ereignis geeignet sozialistisch zu wirken. Ein Volk im Krieg muß sozialistisch empfinden, aber auch sozialistisch denken und handeln, besonders ein Volk, das die allgemeine Wehrpflicht zur Grundlage seiner Selbsterhaltung gemacht hat.« Aber jeder Tag bestätigt von neuem die Richtigkeit dieser Anschauungen, die uns allerdings erst durch die unvergleichlichen Erfahrungen der jüngsten Periode zu klarerm Bewußtsein gekommen sind.

× ×

**Kriegsanleihe** Die ungeheuren Fortschritte, die das deutsche Volk seit 1870 sowohl in seiner politischen Schulung wie in seiner wirtschaftlichen Erstarkung gemacht hat, spiegeln sich im Ergebnis der am 19. September in der Zeichnung abgeschlossenen großen Reichsanleihe wider. Anfang August 1870 forderte der Norddeutsche Bund für Kriegszwecke zunächst nur 120 Millionen Taler, gleich 360 Millionen Mark. Die Verzinsung lautete, wie heute, auf 5%. Aber im Ausgabekurs mußte man sich damals mit 88 für das Hundert begnügen. Diesmal konnte man ruhig den Kurs von 97,50 wählen, oder von 97,30 bei Sperre bis zum 15. April. Trotzdem ergab 1870, nachdem die Preussische Bank und zahlreiche Gemeinden noch rasch ihr Möglichstes getan hatten das gefürchtete volle Fiasko zu vermeiden, die erste Zusammenstellung nur 68 Millionen Taler, gleich 204 Millionen Mark: wenig über die Hälfte des Geforderten. Diesmal drängten sich Massen kleiner Sparer zur Zeichnung, neben den Organisationen des allgemeinen und des Arbeiterversicherungswesens, neben Sparkassen, öffentlichen Instituten aller Art und Gemeindeverwaltungen. Nicht weniger als 4,46 Milliarden Mark wurden der Regierung in einem Anlauf zur Verfügung gestellt, zu einem ganz beträchtlichen Teil von kleinen Zeichnern, wie die folgende Übersicht ergibt:

Beträge Mark	Zahl der Zeichner	Summe Mark
100 bis 200	231 112	36 101 400
300 „ 500	241 804	110 700 700
600 „ 2 000	453 143	586 946 300
2 100 „ 5 000	157 591	579 403 600
5 100 „ 10 000	56 438	450 148 500
10 100 „ 20 000	19 313	307 186 600
20 100 „ 50 000	11 584	410 458
50 100 „ 100 000	3 629	315 046 200
100 100 „ 500 000	2 050	508 548 400
500 100 „ 1 000 000	361	287 196 700
über 1 000 000	210	868 937 000

zusammen | 1 177 235 | 4 460 701 400

Da man auf einen solchen Andrang nicht entfernt gerechnet hatte, konnten die Termine der stufenweisen Einzahlung (ursprünglich zwischen 5. Oktober und 25. November) weiter hinausgerückt werden (die letzten 20% bis zum 22. Dezember). Am 5. Oktober, bis zu dem 40% der Zeichnungen fällig waren, ergaben die baren Einzahlungen bereits 2420 Millionen Mark, das sind 54,26% der gezeichneten Summe oder 636 Millionen Mark, gleich 14,26%, mehr. Es dürfte dies«, schreibt die Frankfurter Zeitung, »die größte Zahlung sein, die jemals von einem Volk in so kurzer Zeit geleistet worden ist.«

× ×

**Reichsbank** Die langjährigen Bemühungen der Reichsbankleitung um Erhöhung der finanziellen Kriegsbereitschaft haben gleichfalls ihre Früchte getragen. Einen Panikdiskont hat die Reichsbank überhaupt nicht gekannt; während London am Kriegsbeginn zu 10% überging, blieb die Reichsbank bei 6%. Ihren Goldbestand konnte sie, nachdem die Hemmnisse des Notenumlaufs, ohne jede Gefahr für die Wertung der Noten, zu rechter Zeit durch die Gesetzgebung beseitigt waren, fortgesetzt steigern: von 1253 Millionen Mark am 31. Juli auf 1478 Millionen Mark am 7. August, 1509 am 15. August, 1530 am 22. August, 1556 am 31. August, 1760 am 30. September und 1858 Millionen Mark am 31. Oktober. Natürlich ist der Notenumlauf noch gewaltiger angeschwollen schon am 31. Juli gegen die Vorwoche um 1019 Millionen Mark, dann nochmals bis zum 7. August um 988 Millionen Mark, während alsdann eine ruhigere Entwicklung, in den am 15. August, am 7., 15. und 23. Oktober endenden Berichtswochen sogar eine Abnahme erfolgte. Im ganzen stellte sich die Notenausgabe am 23. Juli auf 1891,

am 31. Oktober auf 4171 Millionen Mark. Die Golddeckung dieser letzten Summe betrug jedoch 44,6 %, die Deckung durch Metall und Kassenscheine 66,18 %: ein überaus befriedigendes Mobilmachungsergebnis.

× **Höchstpreise** Zwar nicht ohne alle Vorgänger, aber doch so ziemlich als Unikum steht die mehrfache Festsetzung von Höchstpreisen durch die Regierungen da, nicht nur im mehr staatssozialistischen Deutschland sondern sogar im manchesterlichen England, das besonders durch das Stocken der deutschen Zuckerausfuhr zu außergewöhnlichen Eingriffen in den freien kapitalistischen Verkehr gezwungen wurde. Der deutsche Bundesrat erhielt am 4. August sofort die Vollmacht »für die Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere für Nahrungs- und Futtermittel aller Art, sowie für rohe Naturerzeugnisse, Heiz- und Leuchtstoffe« eine Höchstgrenze der Preise zu bestimmen und bei Weigerung des Verkäufers die Waren durch die zuständigen Behörden übernehmen und zu den angeordneten Preisen auf Rechnung und Kosten des Besitzers verkaufen zu lassen. Diese Bestimmung als abschreckende bloße Drohung und Einschüchterung wirken zu lassen erwies sich als unzulänglich. Seit dem Kriegsbeginn stiegen trotz aller Warnungen die Getreidepreise unaufhörlich. Der Julimonatsdurchschnitt hatte nach der Reichsstatistik im Berliner Großhandel noch betragen: für Roggen 173,66 Mark, für Weizen 206,30 Mark pro Tonne. Der Augustdurchschnitt stand bereits auf 193,98 und 225,02 Mark. Dann ergaben sich Woche auf Woche immer drückendere Preise:

Geschäftswoche	Roggen Mark	Weizen Mark
31. 8 bis 5. 9	198,42	228,50
7. 9 „ 12. 9	205,83	233,00
14. 9 „ 19. 9	212,67	240,33
21. 9 „ 26. 9	223,50	250,00
28. 9 „ 3. 10	221,67	247,00
5. 10 „ 10. 10	224,33	252,50
12. 10 „ 17. 10	228,33	260,00
19. 10 „ 24. 10	234,17	266,83

Darauf beschloß der Bundesrat am 28. Oktober die folgenden Maßnahmen: Der Roggen darf bis Ende Dezember 220 Mark nicht überschreiten, allerdings unter Wahl eines niedrigeren Typs (der Hektoliter zu 70 Kilo Gewicht) als bei der erwähnten Reichsstatistik (71,2 Kilo Gewichtsergebnis), so daß eine wirk-

liche Preisverminderung kaum beabsichtigt war sondern mehr nur eine Verhinderung weiterer Preistreiberien. Vom neuen Jahr 1915 ab steigt zur Vergütung für Lagerung und Verzinsung am 1. und 15. jeden Monats die genannte Höchstgrenze um je 1,50 Mark, so daß Mitte Juli, beim Beginn der neuen Ernteperiode, ein Roggenhöchstpreis von 241 Mark zulässig wäre. Der Weizen soll, ungefähr dem durchschnittlichen Preisabstand während der Jahre 1908 bis 1913 entsprechend, um 40 Mark darüber hinausragen. Zugleich aber soll sein Verbrauch eingeschränkt werden, da Deutschland seine gewohnte Mehrzufuhr, in den letzten Jahren gegen 2 Millionen Tonnen, durch den Krieg und die Ausfuhrverbote so gut wie ganz abgeschnitten sieht: bei allem Weizenbrot haben mindestens 10 % des Gewichts aus Roggenmehl zu bestehen. Beim Roggen deckt zwar die deutsche Ernte den Bedarf; außerdem wird die Verfütterung des Roggens verboten, die meist etwa  $\frac{1}{4}$  der Ernte beanspruchte. Um jedoch größere Bestände in das nächste, im Ertrag vielleicht fehlschlagende Erntejahr mit hinüberzunehmen, soll zur Bereitung des Roggenbrots Kartoffelmehl mit hinzugezogen werden, bis zu 5 % des Brotgewichts obligatorisch, freiwillig bis zu höherm Betrag, doch muß alsdann das Brot mit dem Buchstaben K bezeichnet sein, bei über 20 % Zutat mit Hinzufügung der Zahl der Zusatzgewichtsprozente. Befremdenderweise hat der Bundesrat alsdann den weitem, nach dem Geschehenen fast selbstverständlichen Schritt unterlassen und den Preis für die Kartoffeln, die neben dem Getreide das Hauptnahrungsmittel des deutschen Volkes bilden und über deren Preisemporeiben zuletzt ganz besonders geklagt wurde, weiter dem heute sehr unfreien Spiel von Angebot und Nachfrage überantwortet. Nur in der Mitteilung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung wird schüchtern verkündet: »Wenn nach Abschluß der Kartoffelernte und nach der bevorstehenden Besserung der Transportmöglichkeiten die Kartoffelpreise nicht fallen, so werden auch hier Höchstpreise festzusetzen sein.«

× **Kurze Chronik** Für die Spiritusproduktion, die im Betriebsjahr (am 1. Oktober beginnend) 1912-1913 2,73 Millionen Tonnen Kartoffeln und 366 000 Tonnen Getreide und andere mehligte Stoffe beanspruchte, hat der Bundesrat eine starke

Einschränkung angeordnet. Der gesamte Durchschnittsbrand ist für 1914-1915 um 40 % gekürzt worden; von den verbleibenden 60 % sollen 65 % dem Vergällungszwang unterliegen, also für Leucht-, Antriebs- und sonstige industrielle Zwecke vorbehalten bleiben. × Die Zuckerindustrie, die ihren Absatz nach dem Hauptausfuhrland England vollständig abgeschnitten sieht, wird durch die Verordnung vom 31. Oktober in ihrem Inlandsabsatz kontingentiert: bis 1. Januar 1915 auf 25 % der im Betriebsvorjahr 1913-1914 hergestellten Menge. Für diese zum Inlandsverbrauch freigegebene Menge ist der Preis festgesetzt: für 50 Kilo Rohzucker von 88 % Ausbeute (ohne Sack frei Magdeburg) 9,50 Mark bei Lieferung bis 31. Dezember; bei späterer Lieferung unter Erhöhung an jedem Monatsbeginn um 0,15 Mark bis auf den Höchstsatz von 10,25 Mark. Der übrige Zucker wird von der Steuerverwaltung unter Sperre gehalten, sofern er nicht steuerfrei abgelassen oder, unter noch zu bestimmenden Voraussetzungen, ausgeführt werden darf. Wahrscheinlich wird sich an die Einlagerung (Sperre) eine größere Beleihungsaktion, mit oder ohne stärkere staatliche Mitwirkung, anschließen.

× Literatur ×  
 Als Schriften des Vereins für Sozialpolitik / München, Duncker & Humblot/ erschienen zuletzt in rascher Reihenfolge die Untersuchungen über die Preisbildung. Das Heft über die Baumwolle und Baumwollfabrikate ist von Dr. K. Apelt (München-Gladbach) und Dr. Ernst Ilgen bearbeitet, die Bewegung der Weizenpreise von Perlmann (Königsberg). Über das Ausland liegt der belgische Teil vor, von Professor Dr. Ernest Mahaim redigiert, mit Beiträgen von Mathus über die Woll- und ebenso über die Baumwollindustrie, von De Leener über Eisen und Stahl, von Paul Stévant über die Kohलगewinnung, von Léon Lobet über die Lederindustrie, von Mahaim selber über Glas und Zement, von Max L. Gérard über Ziegel. Meist ist ein Zeitraum von 20 Jahren den Vergleichen und Betrachtungen zugrunde gelegt, und selbstverständlich kommt auch die allgemeine industrielle Entwicklung neben den bloßen Marktbeziehungen zur Geltung. × Gleichfalls unter die Schriften des Vereins für Sozialpolitik aufgenommen sind die Bearbeitungen von Michael Horlacher,

Franz Hörenz, Jörgen Hansen, neben V. J. Fröhlich, die seinerzeit auf eine Preisauflage der Münchener staatswissenschaftlichen Fakultät eingereicht wurden: Preisbewegung landwirtschaftlicher Güter in einigen Teilen Bayerns während der Jahre 1900 bis 1910. Die Einleitung dazu stammt von Brentano. Bei dieser Gelegenheit sei gleich ergänzend erwähnt, daß eine weitere Bearbeitung von Dr. Johann Stechele, die zu wesentlich anderem Urteil über die Zusammenhänge von Zoll und Produktpreisen, Bodenwerten und Besitzwechsellern gelangt, schon früher bei J. Lindauer in München unter dem Titel über die Bewegung der landwirtschaftlichen Güterpreise in der Oberpfalz 1900 bis 1910 erschien. × Den Filialien im Detailhandel, die neuerdings wegen ihrer ständigen Ausbreitung größere Beachtung finden, ist auch eine Dissertation von Kurt Säuberlich / Leipzig, Brandstetter/ gewidmet. × Die Organisation der Korbwarenindustrie und des Korbwarenhandels im Deutschen Reich behandelt eine sehr anziehende, auch für die Beurteilung der Heimarbeit wichtige Studie des Sonneberger Handelslehrers Kurt Brauer / München, Duncker & Humblot/. × Im 11. Heft der Schanz-Wolfschen Finanzwirtschaftlichen Streitfragen / Stuttgart, F. Enke erörtert Hans Paproth die jüngsten Vorgänge auf dem internationalen Petroleummarkt in ihrer Bedeutung für das Deutsche Reich.

#### Kommunistsozialismus / Hugo Lindemann

Krieg und Kommunen In dem Artikel Die deutschen Gemeinden während des Krieges (in diesem Band, pag. 1073 ff.) habe ich einen kurzen Überblick über die Tätigkeit gegeben, zu der der Krieg die deutschen Gemeinden gezwungen hat, und es sei nunmehr ergänzend hinzugefügt, was die Zeit seither gebracht hat. Die Fürsorge für die Kriegsfamilien kann, mit Ausnahme der Wohnungsfürsorge, als abgeschlossen gelten; hier sind die Beschlüsse von der Mehrzahl der leistungsfähigen Gemeinden bereits gefaßt worden. Bei den kleinen, finanziell schwächeren wird ein Eingreifen wohl nur dann in Frage kommen, wenn der Lieferungsverband zu der Reichshilfe keine Zuschläge gewährt, und in diesem Fall bei der Kleinheit der zur Verfügung stehenden Mittel sehr beschränkt sein. Ob bei Versagen des Lieferungs-

verbands der Staat nicht den zur Hilfe bereiten Gemeinden mit Mitteln an die Hand gehen soll, ist eine Frage, die trotz aller dazu erhobenen Bedenken bejaht werden muß. Wer anders soll helfen als der Staat, dessen Tätigkeit sich meist darauf beschränkt, daß er seine etatsmäßigen regulären Arbeiten wieder aufnimmt und zu Ende führt? Er leistet damit sicherlich etwas sehr Nutzbringendes, aber doch durchaus nichts Besonderes. Die Beihilfe kann in der Form der Gewährung von zinslosen Darlehen oder in der Form von Zuschüssen zu Leistungen der Gemeinde erfolgen. Die erste Form hat den Nachteil, daß die Rückzahlung solcher Darlehen für arme Gemeinden eine große Last ist und sich daher oft auf eine lange Reihe von Jahren ausdehnt. Zweckmäßiger ist wohl die zweite Form. Dabei ist gar kein Hindernis, daß die Zuschußleistung des Staates den größeren Betrag darstellt im Verhältnis zu der von der Gemeinde gereichten Unterstützung, aber erst erfolgt, nachdem die Gemeinde durch ihre Hilfe die Notwendigkeit einer solchen anerkannt hat.

In dem Maß wie die Mietsforderungen fällig werden, stellt es sich heraus, daß selbst Reichsunterstützung plus 100 % Zuschlag der Gemeinde, wie zum Beispiel Berlin und Vororte, Bremerhaven, Gera und andere mehr ihn gewähren, nicht ausreichen, um die fälligen Mieten neben dem übrigen Lebensunterhalt der Kriegsfamilien zu bezahlen. Es wurde eine Ergänzung nötig, die man durch Zahlung von Mietszuschüssen vornahm. Diese wurden teils den Familien gewährt, ohne daß sich die Gemeinden weiter um die Verwendung der Gelder bekümmern, teils direkt von den Gemeinden an die Hausbesitzer gezahlt. Wird der letzte Modus gewählt, so pflegt der Zahlung in der Regel eine Vereinbarung mit den Vermietern vorauszugehen, in der das Verhältnis zwischen Mieter und Vermieter für die nächste Zeit geregelt wird. Dabei handelt es sich vor allem darum die Mieter vor einem Auflaufen nicht bezahlter Mietsbeträge zu schützen. Die Gemeinden verlangen daher als Gegenleistung meist den Verzicht auf einen mehr oder minder großen Teil der Miete, Berlin etwa 30 %, Eschweiler 10 %, Erfurt 33 1/3 %, Solingen, Gotha, Berlin - Schöneberg 25 %. In anderen Gemeinden wird als Gegenleistung nur der Verzicht auf Kündigung verlangt, falls der Rest der Miete nicht pünktlich einläuft, oder die Verpflichtung die Familien bis zum 1 Ok-

tober 1915 ungehindert wohnen zu lassen. Die Forderungen der Hausbesitzer an die Gemeinden gehen wesentlich weiter. Diese wollen entweder die Zahlung der ganzen Miete (so die Berliner Hausbesitzer) oder die Übernahme aller Mietsausfälle bei Wohnungen bis zu 500 Mark unter Verzicht auf 25 % (so der Schutzverband für Hausbesitz). Das sind so ungeheuerliche Forderungen, daß sie von den Gemeinden nicht geleistet werden können. Dabei muß es als höchst fraglich erscheinen, ob die Gemeinden überhaupt die Aufgabe haben oder ein allgemeines Interesse daran besteht mit Mitteln der Allgemeinheit den spekulativen Hausbesitz so zu unterstützen, daß ein Rückschlag in der Bewertung des gesamten Hausbesitzes vermieden wird. Doch kann diese Frage hier in der Rundschaü nicht weiter verfolgt werden. In größerem Umfang wenden sich die Gemeinden dem Arbeitslosenproblem zu, und sie werden es in der Zukunft wohl noch mehr tun müssen. Wenn sich auch eine langsame Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zeigt, allgemein ist diese nicht und kann es auch nicht sein. Ob die Besserung auch weiter anhalten, ob nicht, wie vielfach behauptet wird, der kommende Winter wieder eine weitere Verschärfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Not bringen wird, einerlei, die Vorkehrungen ihr zu begegnen müssen schon jetzt getroffen werden. Eine wachsende Zahl von Städten, wie Berlin, Berlin - Wilmersdorf, Frankfurt am Main, Kaiserslautern usw. hat sich entschlossen die angefangenen Arbeiten weiterzuführen und die vorgesehenen in Angriff zu nehmen. Zum Teil (in Freiburg in Baden und anderen) hat man auch beschlossen bei wachsender Arbeitslosigkeit neue Arbeiten anzufangen. Doch ist noch keine Rede davon, daß systematisch in allen Gemeinden die in dem erwähnten Artikel gewünschte planvolle Katalogisierung der Notstandsarbeiten erfolgt ist. Daran fehlt es noch sehr, obwohl der Satz, daß planvolle und frühzeitige Vorbereitung der Notstandsarbeiten die Vorbedingung für ihr Gelingen bildet, wenigstens in der Theorie allgemein anerkannt ist. Gewachsen ist die Zahl der Städte, die Arbeitslosenunterstützungen gewähren. Es sind jetzt die folgenden: Berlin, Berlin-Lichtenberg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Bielefeld, Brandenburg, Elberfeld, Frankfurt am Main, Gera, Gotha, Hagen, Halle, Heilbronn, Leipzig, Luckenwalde, Meerane, Meißen, Neukölln, Nürnberg, Straßburg, Suhl

und eine Reihe kleinerer Gemeinden, die nicht alle aufgeführt werden können. Der Personenkreis ist verschieden weit gezogen. Ganz allgemein erfaßt Berlin alle durch den Krieg in Not Gerathenen (ähnlich Lüdenscheid, Meerane), während Frankfurt nur die unselbständigen Erwerbstätigen unterstützt, also die Angehörigen der freien Berufe, die selbständigen Gewerbetreibenden usw. ausschließt. Die Höhe der Unterstützungen wird nach dem Bedarf abgestuft und entweder nach der Zahl der Kinder oder der Familienmitglieder erhöht. Der Grundbetrag ist 4 bis 7 Mark wöchentlich; Maximalsätze ziehen unter Berücksichtigung anderer Unterstützungen die obere Grenze. Dazu kommen wöchentliche Zuschläge von 0,60 bis 2 Mark pro Kind. Die Sätze der Arbeitslosenunterstützungen sind niedrig und unzulänglich. Mit täglich 1,60 Mark, die zum Beispiel in Frankfurt am Main für eine Familie mit 4 Kindern gereicht werden, kann nicht einmal der bescheidenste Unterhalt bestritten werden. Das wird aber bei dem Mangel aller anderen Hilfsquellen unbedingt gefordert werden müssen. Sonst zwingt man die hilfsbedürftigen Personen, denen es in der Mehrzahl sehr schwer wird überhaupt sich um Hilfe an die Stadt zu wenden, alle möglichen anderen privaten Hilfseinrichtungen anzugehen und damit den ersten Schritt auf der Bahn zu tun, die zum Armenpfliegling führt. Städtische Kriegsdarlehenskassen sind nach dem Vorbild Charlottenburgs in mehreren Großberliner Gemeinden, in Magdeburg usw. eingerichtet worden. Teils haben die Gemeinden den Weg gewählt sich an einer privaten Einrichtung zu beteiligen, teils den eine Garantie zu übernehmen. Ein besonderes Institut für die Beleihung von 2. Hypotheken hat Berlin mit mehreren Grundbesitzerorganisationen ins Leben gerufen. Motiviert hat der Berliner Magistrat sein Vorgehen mit der Rücksicht auf zahlreiche kleine Hypothekengeber, die bei dem Ausbleiben des Hypothekenzinses sehr bald in eine Notlage geraten würden. Von dem Grundkapital der Gesellschaft (1 Million Mark) hat die Stadt 600 000 Mark übernommen. Dresden hat sich an einer Gründung beteiligt, die die Aufgabe hat den Hausbesitzern Mittel zur Zahlung ihrer laufenden Verbindlichkeiten zu gewähren, falls die Mieterträge zu einem bestimmten Satz infolge des Krieges in Rückstand gekommen sind.

Alle diese Maßregeln haben den Zweck bestimmten Teilen der Gemeindeangehörigen über die Notlage, in die sie der Krieg und seine Folgen gebracht haben, so gut wie möglich hinüberzuhelfen. Organisatorische Maßregeln, in denen zugleich der Keim für eine zweckmäßige Gestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere aber der Gemeindegewirtschaft, gelegt wird, sind meines Wissens noch nicht zu verzeichnen. Aber diese Zeit und ihre Not muß den Anlaß geben Einrichtungen auf die Dauer zu treffen, die die kaum begonnene Organisation der Arbeit fortsetzen.

× **Deutscher Städtetag** Von den zahlreichen Kongressen und Städtetagen, die für die Kommunalverwaltung von Bedeutung sind, muß vor allem der Deutsche Städtetag in Köln am 15. und 16. Juni genannt werden, der außergewöhnlich stark besucht war. In seiner Begrüßungsansprache hob der Vorsitzende Oberbürgermeister Wermuth (Berlin) mit besonderem Nachdruck hervor, daß die Gesetzgebung nicht nur im Reich sondern auch in maßgebenden Bundesstaaten den Städten zurzeit nicht hold sei. Die städtischen Interessen seien fast immer in die mühsame Abwehr gedrängt, und wenn Wohlwollen und Verständnis eine Aktion nicht zuungunsten der Städte oder gar zu ihren Gunsten beginne, so wandle diese im weiteren Verlauf ihr Antlitz häufig dermaßen, daß man wünschen möchte, sie wäre ganz unterblieben. Hinter dem Städtetag stehe jetzt eine städtische Einwohnerschaft von 25 Millionen Köpfen, sein Einfluß entspreche aber dieser äußeren Zahl noch in keiner Weise. Der Vorsitzende forderte daher auch besonders zu gemeinsamer Arbeit und zur Einhelligkeit des Sinnes auf. Durch verstärkte Schlagfertigkeit und Rührigkeit müsse nachgeholt werden, was vielleicht zu Zeiten verabsäumt und zurückgeblieben sei.

Der Deutsche Städtetag beschäftigte sich mit zwei wichtigen Gegenständen der Tagespolitik, einmal mit der Organisation des städtischen Realkredits und dann mit der Verbindung von Städten und Privatkapital zu gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen. Um die Worte des Vorsitzenden zu gebrauchen, sollte ein Austausch der Ideen und Erfahrungen darüber stattfinden, inwieweit die Gemeinden die auf gewerblichem Gebiet immer unerbittlicher an sie heran tretenden Aufgaben aus eigener Kraft oder

unter Zuhilfenahme privater Unternehmungs- und Erwerbslust lösen können und sollen. Zum ersten Thema hatte der Vorstand Leitsätze ausgearbeitet, in denen unterschieden wird, ob die Förderung des Realkredits als Selbstzweck oder als Mittel zur Erfüllung anderer kommunaler Aufgaben erscheint. Im zweiten Fall, bei dem es sich namentlich um die Förderung des Kleinwohnungswesens handelt, sind in einer Reihe von deutschen Städten städtische Mittel für 2. Hypotheken bereitgestellt worden. Gegen eine solche mittelbare oder unmittelbare Betätigung der Städte hat der Vorstand keine grundsätzlichen Bedenken. Dagegen kann er es nicht als eine allgemeine Aufgabe der Städte anerkennen in Kredit Schwierigkeiten, die auf wirtschaftlichen Ursachen beruhen, unterstützend einzugreifen, also auch nicht die augenblicklich bestehende Realkreditnot helfend zu bekämpfen. Falls einige Städte jedoch in dieser Richtung schon tätig geworden sind, veranlaßt durch besondere örtliche Verhältnisse, sollen sie auf jeden Fall äußerste Vorsicht und Rücksichtnahme üben. Vorübergehende Hilfsaktionen erkannte der Vorstand als angebracht an, ein dauerndes Eingreifen lehnte er aber ab. Von den beiden Referenten behandelte Bürgermeister Dr. Kleinschmidt (Karlsruhe) die Grundursachen und Folgen der Notlage des städtischen Realkredits, die er teils auf die Konkurrenz auf dem Kapitalmarkt teils auf die schlechten Erfahrungen der Geldgeber zurückführte. Der zweite Referent, der Geschäftsführer des Deutschen Städtetags, untersuchte die Mittel, die zur Erleichterung der Realkreditnot angewendet werden können, und erörterte, wie weit die Zuständigkeit der Städte auf diesem Gebiet reiche. Dabei stellte er sich durchaus auf den Boden der Leitsätze des Vorstands, Kreditgewährung zur Förderung des Realkredits als Selbstzweck konnte er nicht als städtische Aufgabe betrachten. Bei der Bereitstellung städtischer Gelder für den Realkredit sei auf die Dauer die Verbindung mit anderen städtischen Zwecken gar nicht zu vermeiden. Mit anderen Worten will das also besagen, daß die Förderung des Realkredits nur dann eine städtische Aufgabe sein darf, wenn sie als Mittel zur Erfüllung anderer kommunaler Aufgaben dient. In der Tat läßt sich auch gar nicht absehen, wie die Städte ihre Mittel für die Gewährung von Kredit an die Grund- und Hausbesitzer bereitstel-

len können, ohne damit den Forderungen anderer Berufsklassen auf Kreditgewährung (industrielle Unternehmungen, Handelsbetriebe, Genossenschaften aller Art usw.) Tür und Tor zu öffnen. Will man aber die Förderung des Realkredits mit der besondern Bedeutung des Wohnungswesens rechtfertigen, so ergibt sich daraus mit Notwendigkeit der Schluß, daß die städtische Tätigkeit auf diesem Gebiet sich in die gesamte Wohnungspolitik der Gemeinden organisch eingliedern und ihren Zwecken dienen muß. Dann steht nicht so sehr der Realkredit als das Wohnungswesen im Vordergrund. In der Diskussion wurde zwar von dem Vertreter der Hausbesitzer, Justizrat Dr. Baumert (Spandau), die spezielle Förderung des notleidenden Hausbesitzerstands verlangt. Auch in anderer Richtung wurde noch eine Ergänzung gewünscht. Stadtrat Bleicher (Frankfurt) bezeichnete es nämlich als eine Aufgabe der Stadt durch organisatorische Maßnahmen, zum Beispiel auf dem Gebiet des Schätzungswesens oder der Hypothekenvermittlung, den Realkredit zu fördern und wünschte eine Ergänzung der Leitsätze in dieser Beziehung. Die große Mehrheit stellte sich aber auf den Boden der Leitsätze des Vorstands, die mit der von Bleicher gewünschten Ergänzung Annahme fanden.

Schärfere Gegensätze stellten sich bei der Behandlung des 2. Themas auf dem Deutschen Städtetag heraus. Auffälligerweise waren von dem Vorstand zur Behandlung des Themas 2 Referenten aufgestellt worden, die beide Anhänger der gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen sind. Man hatte es unterlassen einen Korreferenten zu ernennen, der nicht wie die beiden Referenten nur die angeblichen Vorteile der gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen sondern auch ihre Schattenseiten dargestellt und die Frage vom Standpunkt des Kommunalbetriebs aus behandelt hätte. Die Auswahl der Referenten ließ sich vielleicht durch den Wunsch erklären die Erfahrungen, die mit solchen gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen gemacht worden sind, darzustellen und zu diskutieren. Die Leitsätze aber, die von dem Vorstand in Verbindung mit den Referenten ausgearbeitet waren, enthielten kein Wort mehr vom kommunalen Betrieb. Sie beschränkten sich darauf die gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen als anwendbar bei solchen Betrieben zu bezeichnen, deren Leitung vorwiegend nach kaufmännischen oder



industriellen Gesichtspunkten zu erfolgen hat und als besonders geeignet bei solchen Unternehmungen, die den Umkreis einer einzelnen Gemeinde überschreiten, und in allen den Fällen, in denen der Gemeinde bei eigenem Betrieb Schwierigkeiten entgegenstehen. Immerhin bezeichneten es die Leitsätze noch als wünschenswert, daß die Kommunalverbände in den gemeinsamen Unternehmungen die Führung behalten sollten. Im übrigen aber hatte Oberbürgermeister Cuno (Hagen) ganz recht, wenn er meinte, in den Leitsätzen würden die Kommunalbetriebe auch nicht mit einem einzigen Wort erwähnt. Der erste Referent, Regierungsrat Dr. Leoni, ging von der nach ihm als richtig erwiesenen Auffassung aus, daß für die Elektrizitätsversorgung der Privatbetrieb sich als wirtschaftlich überlegen erwiesen habe, und daß die billigere Produktion der Privatbetriebe nicht in Form von Dividenden den Aktionären sondern in niedrigeren Verkaufspreisen dem konsumierenden Publikum zugute komme. Beide Behauptungen sind aber keineswegs bewiesene Tatsachen, und die verglichenen Tabellen über die Wirtschaftsführung privater und städtischer Elektrizitätswerke in einer auf dem Städtetag verteilten Arbeit des Ingenieurs Ludewig, auf die sich Dr. Leoni berief, enthalten einen solchen Beweis auch nicht, trotz der Behauptung ihres Verfassers. Immerhin wollte Dr. Leoni auch keine Rückkehr der Kommunen zum Privatbetrieb, sondern er bezeichnete es nur als eine Aufgabe der Städte die Werte, die sie der sozialen Durchdringung der Auffassungen über die kommunale Wirtschaftspflege zu verdanken haben, mit den Vorteilen zu verschmelzen, die ihnen ein hochentwickelter Kapitalismus in seinen Wirtschaftsmethoden entgegenbringt. Bei den gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen müsse man unterscheiden, ob sie gegenüber der Tendenz zur Kommunalisierung der Betriebe eine Rückbildung oder den Versuch einer Weiterbildung darstellten. Nur diese Fälle, in denen die Städte jedenfalls über die Mehrheit des Kapitals der Gesellschaft verfügen müßten, und die man am besten öffentliche Unternehmungen in Privatrechtsform nenne, seien als berechtigt anzuerkennen. Allerdings mußte der Referent sofort zugeben, daß die Vorteile, die man sich von den gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen verspreche, auch durch eine Weiterbildung der Regiebetriebe erreicht werden könnten. Eine solche Entwickelung

sei allerdings nicht von heute auf morgen denkbar. Bei dieser Einräumung muß man die Frage aufwerfen, warum man dann nicht seine Kräfte daran setzt diese Entwickelung, eventuell auch durch Abänderung der Gesetzgebung, zu fördern, statt in den gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen den bisher noch niemals gelungenen Sisyphusversuch des Ausgleichs der öffentlichen Interessen und des Profitbedürfnisses des privaten Kapitals auf neuen, im Grunde aber recht alten Wegen zu versuchen.

In der Debatte regte sich ein sehr energischer Widerstand gegen die Ausführungen der Referenten und die Leitsätze des Vorstands. Die Oberbürgermeister Cuno (Hagen) und Dr. Beutler (Dresden) traten mit großer Entschiedenheit für den kommunalen Betrieb ein, und beide übten scharfe Kritik an den gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen. Namentlich Cuno wies auf die Monopolbestrebungen der großen Elektrizitätsgesellschaften, den ungeheuren Einfluß der Riesenfabrikationsfirmen hin. Nur die Kommunalbetriebe machten die Existenz der Spezialfirmen, der Installateure und Handwerker noch möglich. Cuno konnte in der Form der gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen nur einen neuen Versuch der großen Fabrikationsfirmen erkennen ihr Fabrikationsmonopol dadurch durchzusetzen, daß sie direkt und indirekt die Kommunalbetriebe unter ihren Einfluß bringen. Cuno stellte daher auch den Antrag den Leitsätzen eine neue Einleitung zu geben, des Inhalts, daß nur dann, wenn der reine Kommunalbetrieb für wirtschaftliche Unternehmungen einer Gemeinde nicht angängig ist, an seiner Stelle eine Verbindung von Gemeinde und Privatkapital bei solchen Betrieben in Frage kommen werde. In wirksamer Weise unterstützte die Kritik Cunos der sozialdemokratische Stadtverordnete Heimann (Berlin). Er hob treffend hervor, daß man Betriebe, deren Führung viel komplizierter und schwieriger sei, gern den Gemeinden überlasse, weil aus ihnen keine Gewinne zu erzielen seien. Nur nach den Gas- und Elektrizitätswerken der Gemeinden stehe das Begehren des privaten Kapitals, weil sich dabei große Gewinne herausholen lassen. Bei einem Gegensatz zwischen öffentlichen und Privatinteressen werde auch in der gemischtwirtschaftlichen Unternehmung das öffentliche Interesse stets ins Hintertreffen gelangen. Heimann bewunderte den Mut der Herren, die den Gemeinden

die Fähigkeit absprechen ein Gaswerk oder Elektrizitätswerk zu leiten, ihnen aber zutrauen mit den gewandtesten und mächtigsten Unternehmern die verwickeltsten Verträge auf ein Menschenalter hinaus abzuschließen, ohne daß man die Entwicklung jemals voraussehen könne. Nur der städtische Regiebetrieb werfe einen Damm auf gegen die Umklammerung der beiden großen Elektrizitätskonzerne, führe den Gemeinden die Überschüsse voll zu und bewahre ihnen den vollen Einfluß auf ihre Werke. Die Einführung von gemischtwirtschaftlichen Betrieben dagegen käme einem Verzicht der Gemeinden auf ihr Selbstverwaltungsrecht gleich und zwar einem Verzicht zugunsten von privaten Aktionären.

Die Opposition gegen die Ausführungen der Referenten und die Leitsätze des Vorstands fand in der Versammlung die Mehrheit. Die endgültige Fassung der Leitsätze enthielt nicht nur die Einleitung Cunos sondern auch noch weitere Zusätze zum Schutz der öffentlichen Interessen. In ihrer endgültigen Fassung bedeuten daher die Leitsätze nicht mehr ein Bekenntnis zur gemischtwirtschaftlichen Unternehmung sondern zum Kommunalbetrieb.

× **Gewerkschaften und Kommunalpolitik** ×  
Auch der Gewerkschaftskongreß, der Ende Juni in München stattfand, beschäftigte sich mit einigen wichtigen, die Kommunalverwaltung berührenden Problemen. In Sachen der Arbeitslosenfürsorge hielt der Gewerkschaftskongreß daran fest die Arbeitslosenversicherung als eine Sache des Reichs zu bezeichnen. Solange aber das Reich nicht tätig wird, müssen die Staaten oder die Gemeinden eingreifen. Von den bisher von den Kommunalverwaltungen ausgearbeiteten Systemen wurde das Genter System als das zweckmäßigste bezeichnet. Über das Kölner System war man verschiedener Ansicht. Doch war man darüber einig, daß es erst nach dem Genter System in Frage kommen könne.

Ein scharfer Gegensatz gegen die Bestrebungen des Verbands deutscher Arbeitsnachweise trat in dem Referat A. Neumanns und in der sich daran anschließenden Diskussion hervor. Auch in der Frage des Arbeitsnachweises war man einig über die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung. Man hob aber nachdrücklich hervor, daß nicht jede gesetzliche Regelung, vor allem nicht die von dem genannten Verband vorgeschlagene, annehmbar sei. Der Ein-

fluß der organisierten Arbeiter dürfe nicht zugunsten der kommunalen Bureaukratie und der Unternehmerschaft ausgeschaltet werden. In der Tarifvereinigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf paritätischer Grundlage und in der Selbstverwaltung dieser wirklich paritätischen Tarif- oder Facharbeitsnachweise erblickte der Kongreß die Grundlage für eine fachgemäße Entwicklung des Arbeitsnachweises. Der Wert des Tarifarbeitsnachweises besteht eben darin, daß er Arbeit nur zu den tariflich geregelten Arbeitsbedingungen vermittelt, also von allen Bestrebungen in der schlechten Geschäftszeit die Löhne zu drücken sich ausschließt.

× **Kleinwohnungsbau** ×  
In Sachsen werden durch eine Abänderung des Gesetzes über die Landeskulturrentenbank die Mittel dieses Instituts für den Kleinwohnungsbau flüssig gemacht. Die Bank wird nämlich ermächtigt an Gemeinden Darlehen zu gewähren, wenn sie entweder Kleinwohnungsbauten für eigene Rechnung herstellen oder Darlehen aufnehmen wollen, um gemeinnützigen, rechtsfähigen Vereinigungen, die die Erbauung von Wohnungen für Minderbemittelte bezwecken, oder auch Einzelunternehmern von Kleinwohnungsbauten die dazu erforderlichen Mittel zu verschaffen. Im zweiten Fall dürfen aber die Mittel nur für 2. Hypotheken von den Gemeinden weitergegeben werden. Die Gemeinde darf keine höheren Zinsen und keine raschere Tilgung ausbedingen, als ihr von der Landeskulturrentenbank vorgeschrieben sind. Wichtig ist ferner die Bestimmung, daß der Grundstückseigentümer der Gemeinde ein Mitbestimmungsrecht über die Höhe der Mieten einräumen muß, und daß diese den ortsüblichen Satz nicht übersteigen sollen. Wichtig ist schließlich die Vorschrift, die die Fälle beschränkt, in denen die Gemeinde eine Kündigung des Darlehens sich vorbehalten darf, und die Anerkennung der Beleihungsfähigkeit des Erbbaurechts unter bestimmten Voraussetzungen. Anträge der sozialdemokratischen Fraktion, die ähnlich wie in dem bayrischen Gesetz einen Zwang gegen widerstrebende Gemeinden festsetzen wollten, fanden in der Abgeordnetenversammlung keine Unterstützung.

× **Kurze Chronik** ×  
Die Berliner Schuldeputation hat beschlossen die Kinder der Hilfsschulen und Vorklassen regelmäßig

halbjährlich in der Schule zu messen und zu wiegen. Man will auf diese Weise feststellen, wann ein Stillstand oder ein Rückgang in der körperlichen Entwicklung eintritt, um dann durch Gewährung von Frühstück und Mittag-speisung zu helfen. Man verspricht sich davon auch eine Verbesserung der geistigen Leistungsfähigkeit der Schüler. × Die Deputation für Gesundheitspflege der Stadt Charlottenburg hat beschlossen stillenden Müttern, warme Mahlzeiten als Stillbeihilfe zu verabreichen, falls gesundheitliche Gründe dies geboten erscheinen lassen. × Die Stadt Essen, in deren Gebiet eine außerordentlich große Wohnungsnot vorhanden ist, will zur Förderung des Baus von Wohnungen für kinderreiche Familien einen Betrag von 6 Millionen Mark aus Sparkassenmitteln zur Verfügung stellen. × In München-Gladbach sind sämtliche Schulhöfe der Volksschulen zur Benutzung als öffentliche Kinderspielplätze außerhalb der Schulzeit freigegeben worden.

## WISSENSCHAFT

### Exakte Naturwissenschaften/Bruno Borchardt

**Krieg und Naturwissenschaften** Die hemmenden Wirkungen des Krieges auf alle Wissenschaften liegen klar zutage, bei uns in Deutschland vielleicht noch mehr als in Ländern ohne allgemeine Wehrpflicht wie England. Eine Reihe tüchtiger Kräfte, die im Dienst der Wissenschaft tätig waren und zu ihrer Weiterentwicklung nicht unwesentlich beitragen, werden in Erfüllung ihrer Dienstpflicht ihrem wissenschaftlichen Wirkungskreis sofort und vielleicht für immer entzogen. So hat sich eine Kapazität wie **Nernst** freiwillig dem Vaterland zur Verfügung gestellt, und eine Anzahl anderer Physiker mit nicht ganz so glänzendem Namen ist bereits auf dem Schlachtfeld gefallen. Weiter zeigen sich die hemmenden Wirkungen des Krieges auf die Wissenschaft in der Störung aller derjenigen Forschungen, die ihrer Natur nach auf ein internationales Zusammenwirken der Forscher in den verschiedenen Ländern angewiesen sind. In der vorigen Rundschau (in diesem Band, pag. 1094) ist auf die Sonnenfinsternis vom 21. August hingewiesen worden, zu deren Beobachtung wissenschaftliche Expeditionen nach Rußland ausgerüstet waren, die ihre Arbeiten unausgeführt lassen mußten; ebenso mußte die Ausführung des Programms zur Beobachtung der Wirkung

der Sonnenfinsternis auf die Reichweite und Wirkungsweise elektrischer Wellen unterbleiben. Ein sehr wichtiges und weites Gebiet, die Meteorologie, konnte in den Kreis der exakten Wissenschaften überhaupt erst einrücken, als der gesteigerte moderne Verkehr die Möglichkeit des internationalen Zusammenwirkens der Forscher geschaffen hatte. Wie groß der Schaden sein wird, den der Krieg hier durch die Störung dieses Zusammenwirkens hervorrufen muß, läßt sich noch gar nicht abschätzen.

Zu solchen mit dem Krieg notwendigerweise verbundenen Schädigungen treten noch weitere nicht notwendige zufolge der Erbitterung, durch die auch die persönlichen Beziehungen der Gelehrten der verschiedenen Länder gestört werden. Die Erregung aller Deutschen gegen die englische Politik, die diesen Krieg mit vollem Bewußtsein hervorgerufen hat, in der Hoffnung der deutschen Industrie und Seegeltung unheilbare Wunden zu schlagen und so dem englischen Handel und der englischen Industrie eine innerlich nicht berechnigte Vormachtstellung verschaffen zu können, ist nur zu begreiflich. Daß sie aber dazu geführt hat, daß deutsche Gelehrte die persönlichen Beziehungen zu englischen gelehrten Anstalten und zu englischen Forschern lösten, ist, vom Standpunkt der Notwendigkeit des internationalen Zusammenwirkens aller wissenschaftlichen Kreise tief bedauerlich.

Und doch wäre es einseitig im Krieg einzig und allein den Zerstörer zu erblicken. In der Rubrik Technik wird hier (in diesem Band, pag. 1204 ff.) der Anregungen gedacht, die die technische Entwicklung von den Vorbereitungen zum Krieg erhält. Den innigen Zusammenhang der Technik aber mit der reinen Wissenschaft braucht man heute wohl nicht erst auseinanderzusetzen. Ist er doch so stark, daß auf manchen Gebieten eine Grenze zwischen dem reinen Wissenschaftler und dem Techniker gar nicht mehr gezogen werden kann, und daß als Träger und Vollender wissenschaftlicher und damit verbundener technischer Großtaten die selben Namen erscheinen. In der Chemie zum Beispiel ist das ganz gebräuchlich. Auch auf dem Gebiet des Flugwesens ist eine Förderung der wissenschaftlichen Erkenntnis der Bedingungen des Fliegens ohne andauernden engen Zusammenhang mit der technischen Ausübung gar nicht möglich, und die notwendigen Kapitalien für die Ausführung derartiger praktischer Versuche würden kaum in so

reichem Maß zur Verfügung gestanden haben, wenn nicht der Krieg und seine Vorbereitung die Notwendigkeit der Ausbildung des Flugwesens klar vor Augen geführt hätten. Ebenso hätten die Gesetze des Luftwiderstands und der Luftreibung bei emporgeschleuderten Körpern ohne die Anregungen von artilleristischer Seite sicherlich nicht in so umfassender Weise erforscht werden können, wie es der Fall gewesen ist. Man muß es beklagen, daß vorläufig noch in unserer Gesellschaft für rein friedliche Arbeiten, zum Beispiel Krebsinstitute, Forschungsreisen usw., die notwendigen Mittel nur mit größter Mühe und keineswegs ausreichend aufgebracht werden können. Das darf uns aber nicht hindern die Tatsache anzuerkennen, daß der Krieg der wissenschaftlichen Forschung nicht nur große Wunden schlägt, daß er auf Teilgebieten auch befruchtend auf sie einwirkt. Für einen empfindenden Menschen muß am Krieg das Schreckliche stets gewaltig überwiegen; aber auch des andern muß billigerweise, wenn auch in weitem Abstand, gedacht werden.

×  
Ammoniak-  
herstellung

Über die synthetische Gewinnung des Ammoniaks hielt Professor Haber auf der Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker im Juni einen bemerkenswerten Vortrag. Haber hat sich schon vor 10 Jahren mit diesem Problem beschäftigt und den qualitativen Nachweis der Möglichkeit dieser Synthese geführt, auch eine Art Spielzeug gebaut, das das Schema einer Ammoniakfabrik aus Wasserstoff und Stickstoff versinnlicht. Durch eine Glühlampe, die statt der Kohlefäden Eisenspiralen enthält, wurde ein Stickstoff-Wasserstoff-Strom von 3 Teilen Wasserstoff und 1 Teil Stickstoff geschickt; das ausströmende Ammoniak wurde absorbiert und das Restgas durch eine Umlaufpumpe der Lampe mit den glühenden Eisenspiralen wieder zugeführt. Die kleine Vorrichtung arbeitete bei gewöhnlichem Druck, und es wurde in der Gas Mischung beständig  $\frac{1}{200}$  % Ammoniak erzeugt. Die Vertausendfachung dieses Betrags war nötig, wenn ein der industriellen Ausgestaltung fähiges Verfahren daraus werden sollte. Zu diesem Zweck ging Haber zu Versuchen unter hohen Drucken, bis zu mehreren 100 Atmosphären, über. Von wesentlichem Einfluß war die Wahl des Katalysators. Bei Temperaturen über

700° war es leicht geeignete Kontakte herzustellen (Eisen usw.). Unterhalb 600° dagegen wurde lange vergeblich nach geeigneten Katalysatoren gesucht, bis man sich den Gruppenverwandten des Eisens, Chrom, Mangan zuwandte und im Osmium und Uran recht wirksame Kontaktstoffe fand. Das gut gereinigte und getrocknete Druckgas setzt sich im Kontaktofen, der im wesentlichen aus einem elektrisch geheizten Rohr mit katalysierendem Material besteht, teilweise in Ammoniak um; beim Austritt aus dem Ofen wird es durch Absorption oder Abkühlung vom Ammoniak befreit und durch eine Zirkulationspumpe wieder zum Eintritt in den Apparat zurückgeführt. Für die Bewältigung größerer Gasmassen im Kontaktofen ist ein Wärmeregulator an den Kontaktraum angeschlossen, und die Gase werden so geführt, daß die Wärme vom abziehenden Gas immer auf das Frischgas übertragen wird. Die Vorführung dieser gut arbeitenden Versuchseinrichtung bewog die Badische Anilin- und Sodafabrik das Verfahren zu übernehmen und zu einem fabrikmäßigen Betrieb auszubauen, der bei Ludwigshafen bereits in vollem Gang ist.

×  
Gasgemisch-  
trennung

Durch die Beobachtung angeregt, daß die Flamme eines Bunsenbrenners bei nicht genügender Luftzufuhr stets an der Spitze zu rußen beginnt und nicht an den Seiten des Flammenkegels, untersuchte Haber, wie er in der Sitzung der Physikalischen Gesellschaft vom 24. Juli dieses Jahres mitteilte, das Verhalten brennbarer strömender Gasgemische. Solange das Gas an der Ausströmungsöffnung nicht entzündet wird, zeigt es in den verschiedenen Teilen die gleiche Zusammensetzung; wird es aber beim Ausströmen entzündet, so ist es an den verschiedenen Stellen des Flammenkegels nicht mehr von gleicher Zusammensetzung, vielmehr werden die Strömungslinien schon vor dem Eintritt in den Flammenkegel umbogen, so daß eine Wirkung wie bei einer Zentrifuge zustandekommt und die schwereren Bestandteile des Gemisches in der Achse bleiben, während die leichteren nach dem Rand zu gefunden werden. Vielleicht spielt auch das Temperaturgefälle (die Temperatur ist ja im ganzen Flammenkegel nicht eine gleichmäßige) eine Rolle bei dem Zustandekommen der Erscheinung.

×

×

**Kurze Chronik** Auf dem Schlachtfeld fielen die Professoren Baedeker (Jena), Glatzel (Berlin), Reinganum (Freiberg). Baedekers Arbeiten lagen hauptsächlich auf dem Gebiet der elektrischen Leitung. Glatzel hat sich durch Forschungen auf dem Gebiet der drahtlosen Telegraphie bekannt gemacht und durch seine zusammen mit Korn unternommenen Versuche zur Fernübertragung von Bildern. Reinganums hauptsächlichstes Forschungsgebiet war das der Molekularphysik, die er theoretisch und praktisch gefördert hat. × Der Vorsitzende des Nobelkomitees hat der schwedischen Regierung vorgeschlagen die **Nobelpreise** für Physik und Chemie (ebenso die für Medizin und Literatur) für die Jahre 1914 und 1915 erst am 1. Juni 1916 verteilen zu lassen. × Für **Preisaufgaben** stehen an den deutschen Universitäten für 1914-1915 über 230 000 Mark zur Verfügung, davon für technische Wissenschaften 102 400 Mark, für Naturwissenschaften 22 280, für Mathematik 8650 Mark. × Die diesjährige deutsche Naturforscherversammlung mußte infolge des Krieges ausfallen.

× **Literatur** Der 2. Teil des Chemischen Experimentierbuchs von Dr. Karl Scheid ist als 15. Band der Naturwissenschaftlichen Schülerbibliothek /Leipzig, Teubner/ erschienen. Das Buch will die Schüler der obersten Klassen in die höhere chemische Experimentierkunst einführen, deren Anfänge schon im 1. Teil gelehrt werden. Die Anforderungen an die Apparatur sind nicht unbedeutend, so daß die Durchführung der angegebenen Experimente vielfach am Mangel an Mitteln scheitern dürfte. Übrigens hat der Verfasser sein Möglichstes getan, wo es angängig ist, anzugeben, wie die kostspieligeren Apparate in geeigneter Weise durch billigere ersetzt werden können, so daß eine Reihe von Experimenten auch ohne erhebliche Kosten durchgeführt werden kann. Die Anlage des Stoffes und die Art der Anleitung zum Experimentieren verdienen rühmend hervorgehoben zu werden.

## KUNST

### Musik / Erich Falkmann

**Kriegswinter.** Anfang Oktober hat die diesjährige Musiksaison begonnen, und bei flüchtiger Betrachtung unterscheidet sie sich

nicht sehr von denen der vorigen Winter. In den ersten Tagen des Kriegsbegins, als das für unmöglich Gehaltene mit der ganzen Furchtbarkeit des Unerwarteten und der Ungewißheit der möglichen kommenden Schrecknisse hereinbrach, hatten fast alle Konzertsinstitute ihre Veranstaltungen für den Winter abgesagt, viele Theater die Verträge mit den Mitgliedern nach dem Kriegsparagraphen gekündigt. Je weiter indessen die kriegesischen Operationen fortschritten, desto mehr stellte sich mit dem allmählichen Wiederaufblühen des wirtschaftlichen Lebens auch das Bedürfnis nach Musik wieder ein, deren Wirkung sowohl für die Zurückbleibenden wie für die ins Feld Ziehenden nicht zu unterschätzen ist. Nichts hält die Stimmung der Soldaten so aufrecht wie das Singen der Kriegslieder, nichts wirkt auf den Mut so anfeuernd, wie die Marschrhythmen und Signale. Und wie große Einflüsse von der Opernbühne auszugehen vermögen, beweist der Aufruhr, den 1830 die Aufführung der Stummen von Portici in Brüssel entfachte, und der zur Begründung des belgischen Staates führte, der jetzt seine schwerste Krisis durchzumachen hat.

Für die Deutschen ist die Musik kein Luxus mehr, sie ist zum Lebensbedürfnis geworden. So haben allmählich alle großen Orchester- und Chorvereinigungen ihre Konzerte wieder aufgenommen, und eine allgemeine Kürzung der Gagen ermöglicht nicht bloß den größten sondern auch vielen kleineren Theatern den Betrieb wieder zu eröffnen und die Mitglieder in ihren Stellungen zu lassen. Überall aber vibriert der Gedanke an den Krieg als Unterton bei Zuhörern und Ausführenden. Der 1. Satz der 4. Brahms-symphonie gewinnt unter Niskisch in der Philharmonie einen ungewohnt wichtigen, heroischen Anstrich, der Kaisermarsch, diese Apotheose der Siegesfreude und des Kraftgefühls, be rauscht unter Richard Strauß das vollbesetzte Opernhaus zu lautester Begeisterung, und die Schlußansprache des Hans Sachs erregt im Charlottenburger Opernhaus einen überwältigenden Ausbruch des Deutschbewußtseins. Nichts vielleicht beweist so sehr, welche Verleumdung in der Bezeichnung der Deutschen als Barbaren steckt, wie dieses Verlangen nach Musik und diese höchste Kultur der Ausdrucksmusik. Je ernster die Musik ist, desto zeitgemäßer ist sie. In den Cafés und auf den Straßen sind die Operettengassenhauer mit einem Schlag durch die Volklieder ersetzt, die

wie keine andere Musik das Volksempfinden widerspiegeln. In den Programmen dominiert selbstverständlich die deutsche und österreichische Musik, die reichhaltig genug ist einen Konzertsommer allein auszufüllen. In London sah man sich genötigt den anfänglichen Boykott über die deutsche Musik wieder aufzuheben, da ein reines Dreiverbandsprogramm die Säle nicht zu füllen vermochte. Natürlich ist auch bei uns, so wie man Shakespeare weiter spielt, gegen wertvolle französische und russische Musik, gegen Bizet, Berlioz, Musorgskij nichts einzuwenden. Ausgeschlossen sind von unseren Opernbühnen zurzeit Werke, die feindliche Staaten oder Herrscher verherrlichen, sowie Schöpfungen solcher Autoren, die gegen Deutschland die Waffen oder die Feder ergriffen haben. So bleiben Kompositionen von Werken Maeterlincks, so die Opern Charpentiers und Saint-Saëns' jetzt vom deutschen Spielplan verbannt. Über die Berechtigung dieser (psychologisch sehr erklärlichen) Maßnahmen soll hier nicht gestritten werden. Es würde unserm Volk vielleicht besser anstehen bei Kunstwerken nur ihren Kunstwert entscheiden zu lassen, ferner auch, wie das österreichische Armeebblatt neulich mit Recht uns ermahnt hat, bei den ehrlichen Feinden das nationale Gefühl zu achten, das sie treibt. Indes, nach der Periode der Erbitterung, die das deutsche Volk inmitten von Feinden jetzt beherrschen muß, wird die Objektivität wiederkehren, die es sonst geziert hat.

Weitere sehr schätzenswerte Kennzeichen der diesjährigen Konzertsaison sind das Fehlen der Überfülle von Solistenkonzerten und die vielen Hilfsaktionen zugunsten der Notleidenden. Selbst die angesehensten Künstler scheuen sich nicht ihre Kunst in Militärlazaretten auszuüben und stellen bereitwillig den Ertrag ihrer Konzerte ganz oder zum Teil dem Roten Kreuz oder bedürftigen Künstlern zur Verfügung.

× Oper ×  
 Noch ist die Zeit zu kurz, als daß die Anregungen, die unsere Komponisten aus der jetzigen Zeit schöpfen, sich zu einem großen Opernwerk verdichtet haben könnten. Nur von Leo Fall wird eine Volksoper, Heimkehr, die nach dem zweiten Pariser Frieden spielt, angekündigt. Auch unter den Arbeiten, mit denen die Operetten- und Possenschnellschreiber, die jedem Zeitereignis auf dem Fuß folgen, die Berliner Bühnen

versorgt haben, findet sich nichts eigentlich Witziges und über das tiefste Niveau Hinausragendes. Es geht damit wie 1870, als Richard Wagner, in seiner Hoffnung ein originelles Opus auf dem Gebiet des Volksstücks auftauchen zu sehn getäuscht, selbst zur Feder griff und das Lustspiel in antiker Manier Eine Kapitulation verfaßte, zu dem Hans Richter eine Musik à la Offenbach schreiben sollte. In Ermangelung neuer Werke werden die Bühnen der allgemeinen Zeitstimmung durch Aufführungen von Opern gerecht, die auf einen vaterländischen Ton abgestimmt sind. Den Vorteil ziemlicher Neuheit hat H u m p e r d i n c k s Marketenderin, die im Frühling bei ihrer ersten Aufführung in Köln trotz eines lauten Premierenerfolgs sich nicht lange auf dem Spielplan zu halten vermochte. In jetziger Zeit übt das volkstümliche, von Robert Misch verfaßte Textbuch des Singspiels weitergehende Wirkung aus. Von dem historischen Hintergrund des Rheinübergangs Blüchers heben sich effektiv die Kriegsszenen im Hauptquartier ab, in denen sowohl die vaterländische Begeisterung, die Liebe wie der Humor zu ihrem Recht kommen. Humperdinck hat hierzu eine anspruchslose, unkomplizierte, immerhin stets mit künstlerischen Mitteln arbeitende Musik geschrieben. Eingefügt sind einige der bekanntesten Soldatenlieder, vom Chor gesungen. Den gleichen patriotischen Gründen verdankt H e i n r i c h Z ö l l n e r s, vor 10 Jahren veröffentlichte Francireuoper Der Überfall ihre Wiederaufnahme in den Spielplan. Wenn auch der Mangel an eigener Erfindung ein tieferes Interesse ausschließt, so sichern doch der spannende dramatische Stoff wie die wirksame und stimmungsvolle Musik der Oper eine beifällige Aufnahme.

× Deltus ×  
 England ist niemals produktiv an schöpferischen Musikern gewesen. Unter den lebenden Komponisten ist Elgar der bekannteste, seine Orchestervariationen und Ouvertüren erscheinen auch öfters in deutschen Konzerten. Bantock und Holbrooke sind mit symphonischen Dichtungen in die Öffentlichkeit getreten, Percy Grainger weiß in seinen Mock Morris Tänzen geschickt Volks- und Kunstmusik zu verbinden. Neben Clutsam und Campbell-Tipton vertreten besonders Cyril Scott und die bis zum harmonischen Anarchismus radikale Ethel Smyth die impressionistische Richtung. Weitaus die erste Stelle un-

ter den neueren englischen Musikern nimmt aber Frederick Delius ein. Jahrzehntelanger Aufenthalt in Amerika und Frankreich hat ihn in dem Musikleben seines Heimatlands bisher noch wenig Boden gewinnen lassen, während ihm in Deutschland häufigere Aufführungen seiner Werke eine größere Anhängerzahl verschafft haben. Delius trifft in seinen Schöpfungen (Opern, Chorwerke und symphonische Dichtungen) in gleicher Weise den Ausdruck für dramatisch leidenschaftliche Situationen wie für eine farbenreiche Ausdeutung zart lyrischer Empfindungen. Seine harmonische Herkunft leitet sich von dem späten Wagner, besonders dem Parsifal her, zu dem sich der Einfluß der koloristischen Akkordkumulationen der neufranzösischen Stimmungsmaler gesellt. Delius' musikalische Sprache beschränkt sich aber nicht auf zarte Andeutungen und dissonanzreiche Farbenreflexe sondern verfügt über eine ausdrucksvolle melodische Plastik und energische wirkungsvolle Steigerungen. Ein besonderer Zug seiner Musik ist die Verwendung amerikanischer Volksmelodien und charakteristischer harmonischer Wendungen, die einen Hauch von exotischer Extravaganz über seine Werke breiten. Ziemlich unentwickelt ist die Polyphonie. Die Instrumentation strebt weniger nach Effekten als nach subtiler Ausmalung von Gefühlen und lyrischen Stimmungen, wie sie in allen neueren Werken Delius' vorherrschen. Seine letzten symphonischen Dichtungen sind klanglich-bildliche Nachschöpfungen von blühenden friedlichen Landschaften, Visionen voll Duft und Sonnenglanz, Empfindungen des Glückes und der Freude, denen alles Pathos und jede Leidenschaftlichkeit fern liegt. Die englische Rhapsodie *Brigg fair* ist auf einer alten englischen Volksmelodie aufgebaut, deren Text von einem Landbewohner erzählt, der zum Jahrmarkt in *Brigg* fährt, um dort seine Liebste zu treffen. Die Musik malt in leichten pastoralen Klängen alle seine flüchtig einander folgenden Stimmungen aus, Liebesglück, Erwartung des Festes und die Schönheit eines sonnenglänzenden Sommermorgens. *A Dance Rhapsodie* ist eine sich bis zur größten Ausgelassenheit steigende Gigue, die in lebendiger Bewegung mit bunten frischen Orchesterfarben den Verlauf einer ländlichen Tanzfestlichkeit darstellt. Mit der weichen Atmosphäre eines warmen Sommermittags umfängt uns die Tondichtung *In a Sum-*

mer Garden. Leise Oboen- und Flötenmelodien schweben über Streicherharmonien wie Schmetterlinge über Blumenkelchen, wie zitternde Sonnenstrahlen auf dem Fluß. Blumenduft und Baumesschatten, Vogelzwitschern und Unkenrufe werden vom Orchester wiedergegeben. Beim ersten Kuckucksruf im Frühling, basiert auf einem norwegischen Volkslied, und Die Sommernacht am Fluß versetzen uns in eine träumerische Mondlandschaft, in der wir das leichte Plätschern des Flusses und das sanfte Rauschen des Laubes vernehmen. Ein Werk für Chor und Orchester, *Songs of Sunset*, das einen Zyklus von 11 düster schwermütigen Liedern von Dowson bildet und eine noch unaufgeführte Oper *Fennimore* nach Jacobsens Niels Lyhne vervollständigend die Liste der neueren Delius'schen Schöpfungen. Ein besonderes Verdienst hat sich im vorigen Jahr die Münchener Konzertgesellschaft und im letzten Winter der Wiesbadener Cäcilienverein mit Aufführungen von Delius' größtem Werk, der abendfüllenden Tondichtung *Eine Messe des Lebens für Soli, Chor und Orchester*, erworben, die 1905 entstanden ist. In bewußtem Gegensatz zu dem kirchlichen *Missae pro defunctis* stellt Delius sein Hohes Lied des Lebens, einen Weihegesang des Diesseits, für den er keine bessere textliche Grundlage finden konnte als Nietzsches hymnisch-dionysische Zarathustradichtung. Die von Fritz Cassirer besorgte Zusammenstellung von Bruchstücken daraus vermeidet geschickt alle abstrakt philosophischen Stellen, wählt eine Reihe von Stimmungsbildern, Naturschilderungen und dithyrambischen Gesängen wie das Tanzlied, das Nachtlied und das Trunkene Lied aus und stellt sie zu einer an Abwechslungen und Steigerungen reichen textlichen Einheit zusammen. In harmonischen und melodischen Erfindungen, in dem bei aller Kompliziertheit unmittelbar wirkenden Orchester- und Chorsatz sucht Delius hier eigene Wege, er findet auch eine Tonsprache von intensiver Ausdrucksfähigkeit und Stilreinheit.

×  
**Kurze Chronik** Auf dem Schlachtfeld ist der bekannte Kapellmeister des Kieler Stadttheaters Dr. Felix Schreiber gefallen. Unter den Verwundeten befinden sich der Kapellmeister am Berliner Königlichen Opernhaus Dr. Besl, der Kapellmeister am Charlottenburger Deutschen

Opernhaus Krasselt und der Violinvirtuose Fritz Kreisler. Der Komponist und neue Dirigent des Blüthnerorchesters Paul Scheinpflug, der sich zur Zeit des Ausbruchs des Krieges in Rußland befand, ist als Zivilgefangener nach dem Norden Rußlands in die Nähe von Archangelsk verschickt worden. × Der französische Komponist Magnard, dessen Werke auch des öftern in Deutschland aufgeführt worden sind, hat von seiner Villa bei Senlin in der Nähe von Paris auf eine deutsche Ulanenpatrouille geschossen und ist von den nachfolgenden deutschen Truppen als Franc-tireur verhaftet und erschossen worden. × Der berühmte Violinkünstler Felix Meyer, das frühere Mitglied der Berliner Königlichen Kapelle, ist gestorben. × Ebenfalls starb der Wiener Komponist und Musikreferent Richard Heuberger, von dessen Werken der zwischen Operette und komischer Oper stehende Opernball am bekanntesten geworden ist. × Einige bisher vollständig unbekannt Kompositionen Richard Wagners sind in dem 15. und 16. Band der großen, von Michael Balling herausgegebenen Gesamtausgabe veröffentlicht. Es sind dies 7 Kompositionen zu Goethes Faust, meistens Vertonungen der im Faust enthaltenen Lieder, die Wagner 1832 in Leipzig als opus 5 verfaßte; weiter eine Neujahrskantate für gemischten Chor und Orchester sowie ein Huldigungsgesang auf Friedrich August den Gerechten für Männerchor mit Orchester. × An neuen Orchesterwerken hat Max Reger außer einem Variationenwerk mit Fuge über ein Thema von Mozart opus 132 eine Vaterländische Overture opus 140 vollendet.

## KULTUR

### Technik / Heinrich Lux

**Krieg und Technik** Der ungeheure Krieg, unter dessen Bann jetzt die ganze Welt steht, hat mit zahllosen Vorurteilen gebrochen. Als eherne Walze rollt er über die Völker, gleich dem Wagen des Dschagarnat, vor den sich gläubige Hindus werfen, um sich in seliger Verückung zermalmen zu lassen. Als eine eherne Walze. Das ist das treffende Bild des gegenwärtigen Krieges, der nichts mehr von dem *frisch-fröhlichen Kampf* von Mann gegen Mann an sich hat. Wie aus dem Handwerk, das eine Kunst war, der monotone Fabrikbetrieb geworden ist, in dem der einzelne Mensch fast nur

das Anhängsel zur Maschine wurde, so hat sich der Krieg vom zwerghaften Einzelbetrieb in einen gigantischen Riesenbetrieb verwandelt, in dem wissenschaftliche Erkenntnis, die letzten technischen Errungenschaften das ausschlaggebende Wort sprechen. Der Krieg ist selbst zur Technik geworden. Und wie in den industriellen Riesenbetrieben diejenigen den Erfolg auf ihre Seite ziehen, bei denen Genialität der Leitung, Qualität der Maschinen, Organisation der Hände und Präzision der Arbeit zusammenwirken, so wird auch in diesem gigantischen Ringen der Völker mit einander der Sieg auf die Seite fallen, wo Leitung, Organisation, Wissenschaft und Technik auf höchster Stufe stehen, und wo die persönliche Hingabe des einzelnen die größte Präzision der Ausführung ermöglicht.

Schon der Aufmarsch der Armee war eine im wesentlichen technische Leistung. Telegraph und Eisenbahn arbeiteten zusammen mit der Genauigkeit eines Uhrwerks, und die Millionenheere ergossen sich an die Grenzen und mit ihnen die komplizierten Apparate und Kriegsmaschinen verschiedenster Art: fahrbare Stationen für Telephonie und Funkentelegraphie; Flugzeuge und Reserveteile; Automobile in unabsehbarer Reihe; Luftschiffe; Feldküchen und Feldbäckereien; Felddruckereien; Batterien auf Batterien mit ihren zahllosen Munitionswagen; vollbeladene Güterwagen mit Schaufeln, Spitzhacken und andern Schanzzeug; Berge von Zement, Steinen und Kies; Pontons, Brückenträger, Schienen, Bohlen, Feldbahnen, kleine und große Lokomotiven, Lokomobile, Explosionskraftmaschinen, Kräne und Hebezeuge, Sprengmaterial; Ambulanzwagen, Tragbahnen, Verbandstoffe, Medikamente, Sera der verschiedensten Art gegen Cholera, Typhus, Pocken, Tetanus, Pest, Röntgenapparate; Scheinwerfer, Apparate für Lichtsignale, Semaphore und tausend andere Dinge, deren reine Aufzählung ein technologisches Lexikon füllen würde. Es war fast mehr noch eine Mobilmachung der gesamten Technik als des Soldatenmaterials. Und dabei ist von der Mobilmachung der Marine kaum noch die Rede gewesen. Gleichzeitig setzte eine bis zum äußersten gesteigerte Produktion in einzelnen Industriezweigen ein. Die Waffen- und Munitionsfabriken spannten ihre Kräfte fieberhaft an. Die Textil- und Lederindustrie sah sich vor neue gewaltige Aufgaben gestellt, um



Ersatz für den Abgang an Uniformen, Stiefeln, Tornistern, Patronentaschen, Sattel- und Riemenzeug, Packmaterial, vor allem von Säcken zu sorgen. Die Automobilfabriken, die Fabriken von Flugzeugen, Gummiwaren, insbesondere Automobilreifen, waren noch nie so gut beschäftigt wie in diesen Kriegszeiten. Die Metallwarenfabriken für Beschläge, Feldflaschen, Eßgeschirre, Patronenhülsen und anderes Kleinzeug, die Gerbereien und bestimmte chemische Fabriken können nur mit Aufbietung aller Kräfte ihre Militäraufträge erledigen.

Der Kampf spielt sich durchaus in den Formen eines technischen Betriebs ab. Die Aufklärungsarbeit geschieht von Flugzeugen und Lenkballons aus, die ihre Beobachtungen durch Signale oder Funkenspruch an die Kommandostellen weiterleiten. Der Angriff und die Verteidigung, in früherer Zeit ein lustiges Drauflosstürmen bewehrter Haufen, vollzieht sich fast unsichtbar. Kaum sind die Schützenlinien in Stellung gerückt, als sie sich, auf dem Bauch liegend, sofort so tief und so sicher wie möglich in den Erdboden eingraben. Auch die Artillerie sucht gedeckte und unsichtbare Stellungen einzunehmen. Bei der Tragweite selbst unserer Handfeuerwaffen ist der sichtbar werdende Mann sofort ein sicheres, todgeweihtes Ziel. Die mit Entfernungsmessern geschätzten Abstände sind dem Artilleristen ein wichtiger Anhalt für die Richtung der Geschütze auf einen für ihn selbst unsichtbaren Feind. Von den erhöhten Beobachtungsposten auf Turmwagen, Lenkballons werden die Geschoßwirkungen beobachtet und in die Schützengräben oder Batteriestellungen telephoniert.

Die Belagerungsgeschütze werden mit Vorbedacht so aufgestellt, daß sie von den Forts aus nicht gesehen werden können; ihre Bedienungsmannschaft also auch selbst das Ziel nicht sieht. Richtung und Entfernung müssen deshalb durch genaue geographische Ortsbestimmungen gewonnen werden. Um dann das Ziel erreichen zu können, muß absoluter Verlaß auf die Wirkung der Ladung sein, durch die Anfangsgeschwindigkeit des Geschosses und Reichweite bedingt sind. Die Richtvorrichtungen selbst, die bei den schweren Belagerungs- und Küstengeschützen ganze Maschinen bilden, müssen das denkbar Vollkommenste an Präzisionsarbeit darstellen, denn jeder Schuß kostet Tausende von Mark.

Die Festungen von heute vereinigen in sich eine Ingenieurarbeit wie kaum ein anderes menschliches Werk. Gräben, Wall und Mauer sind nebensächliche Dinge geworden. An ihre Stelle sind Betondecken und Panzertürme getreten, die hydraulisch gehoben und wieder versenkt werden können. Das Terrain vor den kaum sichtbaren Werken ist vollständig unterminiert, und auf ihm spannen sich kunstvolle Verhaue aus Stacheldraht, an geeigneten Stellen sind Flatterminen gelegt, die durch elektrische oder durch Kontaktzünder zur Explosion gebracht werden. Selbst zur Bewehrung mit unter Hochspannung stehenden Drähten ist gelegentlich Zuflucht genommen worden. Die einzelnen Forts und Festungswerke stehen natürlich durch Eisenbahnen, Telephon- und Telegraphenleitungen mit einander in Verbindung. Weit von den einzelnen Werken sind tiefe Schützengräben angeordnet, die mit Feldgeschützen und vor allem mit Maschinengewehren bestückt sind. Wo irgend die lokalen Verhältnisse es zulassen, sind auch noch ausgedehnte Überschwemmungsgebiete vorgesehen, die durch kunstvoll angelegte Kanäle und Schleusen unter Wasser gesetzt werden können. Um derartiger Festungen Herr zu werden, muß durch die Pioniere heroische Ingenieurarbeit geleistet werden. Ihnen fällt die mühevoll Aufgabe zu Fundamente für das Belagerungsgeschütz zu bauen, für den Sturm alle Hindernisse zu beseitigen, Brücken zu schlagen, mit versenkten Zementsäcken sichere Übergänge über die überschwemmten Strecken zu schaffen, zerstörte Eisenbahnlinien wiederherzustellen, gesprengte Tunnel mit provisorischen Eisenbahnbauten zu umfahren und selbst wieder Brücken zu sprengen, Leitungen zu vernichten, Minen zu vorzeitiger Explosion zu bringen usw. Inzwischen laden Feuerwerker hinter der Front Granaten, präparieren Kartuschen, Raketen und Leuchtkugeln; ganze Automobilzüge fördern die Munition an die Front. So ist ein Heer von Ingenieuren und Technikern an der Arbeit, um Zerstörungswerke vorzubereiten und Zerstörtes wieder neu zu bauen. Und das Ganze ist ein Kampf zwischen Maschinen und Ingenieurwerken. Wer im Besitz der weitest tragenden Geschütze ist, wem der brisanteste Explosionsstoff zur Verfügung steht, wer durch ein leistungsfähiges System von Eisenbahnlinien, Automobilstraßen und vollkommene Fahrzeuge, durch zuverlässige Flugzeuge

und Luftschiffe seine technische und organisatorische Überlegenheit erweist, dem steht der Erfolg zur Seite.

Es ist hieraus aber auch klar, weshalb trotz allen Heroismus auf beiden Seiten die Kämpfe so langsame Fortschritte machen. Es stehen sich eben innerlich fast gleichwertige Kulturnationen gegenüber, die dementsprechend auch in gleicher Weise Wissenschaft und Technik beherrschen und nun die kleinen Vorsprünge in den technischen Leistungen hier oder dort zur Geltung zu bringen suchen. Natürlich kommen auch das Menschenmaterial, die geographische Position, die Genialität der Führung zu Wort in diesen grauenvollen Kämpfen, aber die erste Geige spielt doch die Technik.

Wie sehr der Krieg zur Technik geworden ist, dafür nur ein einziges, aber sprechendes Beispiel: Unmittelbar nach der Mobilmachung wurde einer großen Flugzeugfabrik in Mülhausen mitgeteilt, daß ihr Betrieb verlegt werden müßte. Ein Eisenbahnzug fuhr vor, die Werkzeugmaschinen wurden demontiert und zusammen mit den Vorräten aufgeladen und nach dem rechten Rheinufer befördert. In einem bis auf die letzten Fundamente und Transmissionsanlagen fertigen neuen Fabrikgebäude fanden die Maschinen neue Aufstellung und noch ehe ein Franzose den Boden Mülhausens betreten hatte, arbeitete die verladene Fabrik an gesicherter Stelle weiter. Ein technisches Meisterstück auf dem Untergrund genialer Organisationsarbeit des Generalstabs!

Und erst die jetzt so berühmten 42 Zentimeter-Geschütze: Sie repräsentieren ein Wunderwerk der Technik und der Präzisionsarbeit. Eine große Zahl von Geheimpatenten umschreibt die Unsumme geistiger Arbeit, die in ihnen steckt. Um die bei der Explosion der Ladung auftretenden enormen Drücke auszuhalten, mußte ein Stahl von besonderer Zusammensetzung ausfindig gemacht werden. Er mußte gleichzeitig Zähigkeit und Härte in sich vereinigen, denn die Geschützseele durfte nicht bereits nach wenigen Schüssen angegriffen sein. Ebenso mußte die Explosionskammer den korrodierenden Wirkungen der Pulvergase wirksamen Widerstand leisten können. Schon die Versuche zur Herstellung dieses besonders Stahlmaterials sind als wissenschaftlich-technische Großtat anzusprechen. Eine gleichartige Leistung ist der Guß und die weitere Bearbeitung des Rohrs; seine Lagerung, die Bremsen, um den gewaltigen Rück-

stoß aufzufangen, die Ziel- und Richtvorrichtungen repräsentieren jede für sich allein bereits das Ergebnis angestrengter Erfindertätigkeit. Es bedurfte jahrelanger systematischer Studien auf der Basis gehäufter Erfahrungen, um dieses Geschütz zustandezubringen, gegen das sich die mächtigsten Festungen als ohnmächtig erwiesen haben. Deshalb kann aber auch ein Geschütz von ähnlicher oder gar gleicher Wirkung nicht von heute auf morgen im Ausland nachgebaut werden. Selbst wenn ein oder mehrere Exemplare in die Hand der Feinde fielen, wäre für diese noch nichts gewonnen, denn zu ihrer Herstellung gehören selbst wieder großartige technische Einrichtungen, die nicht so schnell geschaffen werden können. Schon für den Guß müssen hüttenmännische und räumliche Vorbereitungen getroffen sein, wie sie nur auf den Kruppschen Werken vorhanden sind und nicht ohne weiteres nachgebaut werden können. Sodann fehlt den Auslandswerken jede Erfahrung in der Herstellung von Tiegelgußstücken in den Dimensionen, wie sie hier gebraucht werden, ganz abgesehen davon, daß nur ein sorgfältig geschultes und geradezu militärisch einexerziertes Personal derartige Güsse auszuführen imstande ist. Die zur Bearbeitung erforderlichen Werkzeugmaschinen sind kein Handelsartikel, sondern sind dem Sonderzweck angepaßt; sie müßten also selbst erst wieder konstruiert und gebaut werden. Rein die vorbereitenden Arbeiten würden Monate und selbst Jahre dauern. Es erscheint deshalb ganz ausgeschlossen, daß noch im Verlauf dieses Krieges die Feinde Deutschlands ein auch nur annähernd gleichartiges Geschütz zu erzeugen imstande sind.

Dazu kommt noch die Frage der Ladung von Geschütz und Geschosß: Explosionsstoffe von sehr verschiedenem Charakter, die in ihrer Wirkung selbst wieder eine vollkommene Überraschung für unsere Feinde gewesen sind, und die gleichfalls nicht sofort nachgeahmt werden können, selbst wenn den Auslandschemikern die Sprengstoffe zur Analyse vorliegen würden.

Die Frage der Geschützherstellung leitet zu einer Betrachtung über die Rückwirkung der Kriegstechnik auf die technische Entwicklung überhaupt. So kulturfeindlich auch der Krieg an sich ist, so befruchtend wirkt er doch wieder in seiner Vorbereitung und seinem Verlauf. Bekannt ist es, wie die Napoléonischen Kriege und die gegen England

gerichtete Kontinentalsperre Entdeckungen und Erfindungen von größter Tragweite gezeitigt hatten. Es sei nur an die künstliche Herstellung der Soda und des Zuckers aus den Zuckerrüben erinnert, ferner an die Verwendung des Kalksalpeters als Ausgangsmaterial für die Pulverherstellung, nachdem die Einfuhr von Chilisalpeter unterbunden war. In einer ähnlichen Lage wie zur Zeit der Kontinentalsperre befindet sich Deutschland auch heute. Zur Herstellung aller Sprengstoffe ist die Salpetersäure unentbehrlich, die im großen aus Chilisalpeter hergestellt wird. Durch die Erklärung des Chilisalpeters zur Kriegskonterbande wäre die deutsche Sprengstoffindustrie sehr bald in eine äußerst üble Lage geraten, wenn nicht die chemische Industrie, besonders durch deutsche Arbeit befruchtet, Mittel und Wege gefunden hätte den Stickstoff der Luft nutzbar zu machen. Die gegenwärtige Salpeterknappheit vermag also weder die Sprengstoffindustrie noch die Fabrikation von Düngemitteln, die gleichfalls auf die Verwendung von Stickstoffverbindungen angewiesen ist, lahmzulegen.

Bei der Ausarbeitung der verschiedenen Verfahren zur Nutzbarmachung des Luftstickstoffs war immer schon der Gedanke sich für den Fall des Krieges vom Ausland unabhängig zu machen von ausschlaggebender Bedeutung gewesen. Unter diesem leitenden Gesichtspunkt wurden die größten Kosten für weitausholende Versuche nicht gescheut und dadurch Erfolge erzielt, die uns selbst über unsere völlige Isolierung hinweghelfen, und die vor allem auch für die ruhige Arbeit des Friedens von fundamentaler Bedeutung sind.

Auch unsere große deutsche Gußstahlindustrie ist unter der befruchtenden Wirkung der Kriegsvorbereitung entstanden. Alfred Krupp war es, der den Gedanken erfaßt hatte die bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts für die Geschützerstellung ausschließlich verwandte Bronze durch Gußstahl zu ersetzen. Ein kühner Gedanke, wenn man bedenkt, daß man bis zum Beginn seiner Arbeiten Gußstahl nur in ganz kleinen Quantitäten in Sheffield herzustellen vermochte, und daß es zunächst ganz unausführbar erschien Gußstahl in den erforderlichen großen Massen mit absolut gleichmäßigem Gefüge zu erzeugen. Aber bereits im Jahr 1847 konstruierte er das erste Geschützrohr aus Gußstahl, und 1857 stellte er in London neben einem ganz aus Gußstahl bestehenden

Sechspfünder einen tadellosen Stahlblock von 2000 Kilogramm Gewicht aus. Um das zu ermöglichen, mußte die alte Stahlbereitung nach dem Zementierungs- und Luppenverfahren zugunsten des Puddelverfahrens aufgegeben werden, das selbst erst wieder durchzuarbeiten war. Der Puddelstahl, in kleine Stücke zerschlagen, wird in zahlreichen, verschlossenen Tiegeln eingeschmolzen, deren Inhalt in eine gemeinsame Form entleert wird. Die Kruppschen Erfolge kamen aber nicht nur dem Militarismus sondern weit mehr noch der Industrie und Technik im allgemeinen zugute, denn neben Kanonen lieferte Krupp zugleich auch noch Werkzeuge, schwere Achsen, Gestänge aus bestem Gußstahl, Gußstahlreifen für Lokomotivräder ohne Schweißung, Wellen für Schiffsmaschinen, Rahmen für Steuerruder und hundert andere wichtige Maschinenteile. Die Erfolge des Tiegelgußstahls auf allen Gebieten des Maschinenwesens und der Technik gaben den Anstoß zur Ausbildung billigerer Stahlerzeugungsmethoden für alle diejenigen Verwendungszwecke, wo nicht ein ganz erstklassiges Material erforderlich ist.

Das Bessemerverfahren, das Thomas- und das Martinverfahren, sie alle stehen ganz auf dem durch das Tiegelverfahren vorbereiteten Boden, und heute ist Gußstahl das allgemeine Konstruktionsmaterial für Brücken, Eisenbahnschienen, Maschinen, Gewehrläufe, Werkzeuge aller Art.

Ganz ähnlich liegt es bei der Chemie. Noch im Krieg 1870-1871 war das Schwarzpulver, aus Kohle, Salpeter und Schwefel gemischt, das einzige Munitionsmaterial. Nur für die Sprengladungen der Granaten kamen schon Dynamit und Schießbaumwolle in Betracht. Aber das Schwarzpulver macht einen dichten Dampf, der die Positionen sofort verrät. Rauchloses Pulver wurde die Lösung, und für die Ladungen der Granaten, Torpedos und Minen ein Sprengstoff von höchster Brisanz und absoluter Harmlosigkeit bei der Lagerung in den Magazinen. So entstanden die zahllosen Sprengstoffe der Neuzeit, die den wechselnden Verwendungszwecken genau angepaßt sind, und von denen in der Form der Sicherheitsprengstoffe auch der Bergbau und der Tunnelbau die denkbar größten Vorteile gehabt hat.

Auch die Farbenindustrie hat durch den Militarismus weittragende Anregungen erfahren, die heute, in der Zeit des Feldgrau, allerdings etwas antiquiert

sind. Bisher war Indigoblau die vorherrschende Farbe der Militärkleidung. Eine echte Blaufärbung konnte nur durch den natürlichen Indigo erzielt werden. Bei dem ungeheuren Bedarf an Indigo und den großen mit seiner Kultur und seinem Handel erzielten kommerziellen Erfolgen war es seit langem das Bestreben der Chemie auch den Indigo synthetisch aufzubauen, ein Bemühen, das schließlich auch zu einem vollen Erfolg führte und dabei noch eine Reihe von anderen wertvollen Farbstoffen abwarf.

Nur ganz andeutungsweise können die befruchtenden Anregungen berührt werden, die die Schifffahrt und der Schiffsbau durch die Kriegsmarine erfahren haben. Die Notwendigkeit der Schiffspanzerung stellte die Schiffsbaukunst vor ganz neue Aufgaben, die auch der Handelsschifffahrt zugute kamen. Vorausberechnung des Schiffskörpers, planmäßige Schwimmversuche mit Modellschiffen traten an die Stelle der rohen Empirie. Die möglichste Zusammendrückung der Schiffsmaschinen auf kleinstem Raum, Vergrößerung des Aktionsradius ließen neue Maschinentypen entstehen und schufen vor allem der Dampfturbine Anerkennung. Aus der Notwendigkeit heraus alle Bewegungen des Schiffes von einer einzigen Stelle aus leiten, von dieser Stelle die Sicherungsorgane in Tätigkeit setzen zu können, Befehle zu erteilen, Scheinwerfer zu richten, erwachsen der Elektrotechnik neue Aufgaben, die sie in großzügiger Weise löste und die in mannigfachster Weise auch für ihre Friedenstätigkeit nutzbar gemacht werden konnten. Der Ersatz des bei Vorhandensein großer Eisenmassen unzuverlässigen magnetischen Kompasses durch den Kreiselkompaß, die genaueste Vermessung der Meeresküsten, die Durchbildung der Funkentelegraphie geschahen zunächst im Interesse der Kriegsmarine, aber sofort zog auch die Handelsschifffahrt unberechenbaren Nutzen aus den für Vernichtungszwecke gemachten Studien und Erfahrungen.

Voll zur Geltung für Friedenszwecke kommt die Anlage strategischer Bahnlinien, kostspieliger Tunnelbauten, die kaum zur Ausführung gekommen wären, wenn allein kommerzielle Interessen ausschlaggebend gewesen wären. Das gilt auch von der Durchbildung der Luftschifffahrt. Heute steht sie zwar noch ganz unter dem Zeichen des Krieges und des Sports. Aber nachdem sich ihre Wichtigkeit, ihre schon jetzt über-

raschend große Sicherheit und Zuverlässigkeit in diesem gewaltigen Völkerkriege drastisch erwiesen hat, steht zu erwarten, daß ihre weitere Vervollkommnung Fortschritte machen wird, wenn sie nur noch reinen Friedenszwecken zu dienen haben wird.

Wenn man die mannigfachen befruchtenden Wirkungen betrachtet, die der Krieg und vor allem die Vorbereitung zum Krieg auf die verschiedensten Gebiete der Technik ausgeübt hat, so wird man nicht bestreiten können, daß der Krieg nicht bloß vernichtend und zerstörend wirkt, daß er nicht schlechthin das Übel an sich ist, sondern daß er auch bauend und befruchtend wirkt, und daß er technischen Aufgaben und Problemen zum Erfolg verholfen hat, die eine reine kapitalistische Organisation ohne den Zwang sich wehrfähig zu halten nicht oder nicht mit dem gleichen Grad der Beschleunigung geleistet hätte.

× **Belagerungs-** Durch die neuen Krupp-  
geschütz sachen Belagerungsgeschütze  
ist der Festungskrieg zu einem sensationellen Ereignis geworden. Die modernsten Befestigungen mit Panzerplatten und mehrere Meter dicken Betondecken werden bereits durch einen einzigen Volltreffer in einen wüsten Trümmerhaufen verwandelt. Aus den Tagebuchblättern des Generals Léman, aus Feldpostbriefen und Zeitungsnachrichten ist bereits bekannt geworden, welches Entsetzen die Besatzung eines Forts erfaßt, wenn diese für die Besatzung unsichtbaren und unerreichtbaren Geschütze ihren Höllensmund öffnen. Über die Konstruktion und die Dimensionierung dieser furchtbaren Mörser konnte natürlich noch nichts verlautbaren. Nur so viel ist bekannt geworden, daß es sich um Steilgeschütze handelt, die Granaten von etwa 500 Kilo Gewicht schleudern. Die Reichweite soll bei einer Steighöhe von 8000 Meter etwa 18 Kilometer betragen. Aus diesen dürftigen Angaben läßt sich wenigstens ungefähr die Leistung der neuen Geschütze berechnen. Das abgefeuerte Geschöß repräsentiert eine Arbeitsleistung von mehr als 40 Millionen Meterkilogramm; um es zu seiner Anfangsgeschwindigkeit zu bringen, ist ein mittlerer Leistungsaufwand von nahezu 70 Millionen Pferdestärken erforderlich, die allerdings nur in einem verschwindenden Bruchteil von einer Sekunde zur Wirksamkeit kommen. Das sind wohl die großartigsten Leistungen, die durch

menschliche Mittel zur Aktion gebracht werden können. Man kann sich schlechthin aus diesen Zahlen keine Vorstellung machen; aber vielleicht werden sie anschaulicher, wenn man die entsprechenden Daten für einen vollbesetzten, mit 100 Kilometer Geschwindigkeit dahinsausenden D-Zug daneben setzt. Ein solcher D-Zug mit einem Gewicht von 450 000 Kilo repräsentiert eine Arbeitsleistung von rund 15 Millionen Meterkilogramm; um ihn aus der Ruhe bis zur vollen Geschwindigkeit zu bringen, ist ein mittlerer Leistungsaufwand von etwa 670 Pferdestärken während zirka 5 Minuten Anfahrzeit erforderlich. Es ist nur zu wohl bekannt, welche verheerenden Wirkungen bei einem Zugzusammenstoß und selbst bei einer Entgleisung ausgelöst werden. Die Wagen schieben sich zusammen, klettern aufeinander, wie wenn sie Kinderspielzeug wären. Und dabei kommt es doch fast nie vor, daß Züge in wirklich voller Fahrt auf einander prallen oder entgleisen; denn doch wenigstens mehrere Sekunden vor dem Unfall hatte der Lokomotivführer in der Voraussicht des unvermeidlichen Unglücks die Dampffuhr abgestellt und die Bremsen angezogen, womöglich sogar Konterdampf gegeben. Die abgeschossene Granate dagegen ist so dirigiert worden, daß sie gerade mit dem Maximum ihrer Wucht auftreffen muß, und diese Wucht ist beinahe 3mal größer als die eines in voller Fahrt aufgehaltenen D-Zugs. Einer solchen Wucht vermag kein Menschenwerk zu widerstehen. Es ist ein gänzlich fruchtloses Beginnen der aus einem 42 Zentimeter-Mörser geschleuderten Granate irgendwelches Hindernis in den Weg legen zu wollen; allein durch ihre Massenwirkung durhschlägt sie Stein und Stahl. Aber damit hat sie ihre verheerende Wirkung noch nicht einmal erfüllt sondern gerade erst begonnen. Im Augenblick des Auftreffens wird ein Schlagzünder betätigt, der so wirkt, daß die Sprengladung zur Explosion kommt, wenn die Granate zur Ruhe gekommen ist. Was durch die Massenwirkung unversehrt geblieben ist, wird nun durch die Explosion völlig zerstört. Bis auf einen Umkreis von 300 Meter erstrecken sich diese Wirkungen. Der gewaltige Luftdruck allein würde schon jedes Lebewesen vernichten. Was aber wie durch ein Wunder der mechanischen Wirkung entgangen sein sollte, das fällt der vergiftenden Wirkung der Verbrennungsgase anheim. Kein Wunder, daß in

diesem mörderischen Krieg nichts eine auch nur annähernd gleiche demoralisierende Wirkung auf die Festungsbesatzung ausübt wie ein Schuß aus den großen Brummern.

× Deutsche Industrieerzeugnisse im Ausland  
 ✓ Wie sehr das Ausland deutsche Industrieerzeugnisse vermißt, ist der angesehenen amerikanischen Fachzeitschrift Engineering News vom 17. September dieses Jahres zu entnehmen. Dieses Blatt schreibt unter anderm: »Wir geben nur der Wahrheit die Ehre, wenn wir aussprechen, daß es wahrscheinlich kein anderes Volk auf der Welt gibt, dessen plötzliche Absperrung vom Verkehr wirtschaftlich so schwer empfunden würde wie die Absperrung Deutschlands. . . Wir Ingenieure und Chemiker wissen seit langem, daß die Deutschen auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik führend sind. Die Ereignisse der letzten Wochen aber haben dies auch dem großen Publikum vor Augen geführt. Wenige sind sich bis dahin bewußt gewesen, bis zu welcher Ausdehnung die ganze Welt in der Lieferung einer großen Menge von Waren und Erzeugnissen abhängig ist von deutschen Männern der Wissenschaft, von Chemikern, Ingenieuren und Fabrikanten. Amerikanische und englische Industrielle, die sich zunächst zu der Gelegenheit beglückwünschten für ihren auswärtigen Absatz die Märkte zu erobern, die für deutsche Erzeugnisse durch den Krieg verschlossen waren, mußten nur zu oft merken, daß ihre Maßnahmen gerade dadurch gehindert waren, daß sie selbst gewisse deutsche Erzeugnisse nicht mehr in ausreichender Menge erhalten konnten. Es sei nur darauf hingewiesen, wie die Stahlfabrikanten ernstlich durch die Frage beunruhigt worden sind, wie sie ihren Bedarf an Ferromangan jetzt decken sollen. Düngstoffabrikanten mußten mit der Möglichkeit rechnen ihre Werke zu schließen, da sie deutsche Kalisalze nicht erhalten konnten. In der Textilindustrie mußte man plötzlich mit der Tatsache rechnen, daß, wenn es gelingen sollte deutsche Häfen durch Kriegsschiffe zu sperren, auch die Zufuhr von Farben und Farbstoffen auf das ernsteste gefährdet sei. In dem Handel mit Drogen und Chemikalien stiegen die Preise auf das Doppelte und Dreifache, sobald man erkennen mußte, daß beim Ausbleiben weiterer Zufuhr aus Deutschland die Welt vorübergehend ohne gewisse chemische Erzeugnisse würde auskommen müssen.

die in der pharmazeutischen und der chemischen Industrie geradezu unentbehrlich sind. Diese Liste ließe sich noch wesentlich vervollständigen. In der Tat könnten nur wenige der wichtigen Industrieerzeugnisse aufgeführt werden, in denen Deutschland nicht eine derartig herrschende Stellung einnimmt, daß die gesamte übrige Welt von ihm abhängig ist. Gewiß ist, von einem höhern Standpunkt betrachtet, der Sieg, den Deutschland durch die Eroberung schwierigster Gebiete der Industrie und Technik bereits errungen hat, als allgemein verdienstvolle Tat höher zu bewerten als irgendein Sieg, den seine große Militärmacht lediglich durch die brutale Gewalt noch zu gewinnen vermag.« Es wird dann weiter ausgeführt, daß es allerdings möglich sei manche der deutschen Erzeugnisse auch in Amerika selbst herzustellen, »wenn genügend Zeit hierfür vorhanden ist«. Genügend Zeit bedeute in diesem Fall aber sehr lange Zeit. Nicht Monate sondern Jahre würde man hierfür brauchen. Der Aufsatz schließt dann mit den Worten: »Ärzte und Apotheker, die daran gewöhnt sind die denkbar verschiedensten aus Steinkohlenteer hergestellten Erzeugnisse zu verwenden, die zumeist in Deutschland entdeckt worden sind und auch dort nur erzeugt werden, zerbrechen sich den Kopf, was sie tun sollen, wenn die Zufuhr etwa gänzlich abgeschnitten werden sollte. Besonders interessant ist es festzustellen, daß überdies die Industriellen in England, Deutschlands großem geschäftlichen Nebenbuhler und heutigem Feind, in eine ebenso üble Lage wie wir in den Vereinigten Staaten durch die völlige Absperrung deutscher Erzeugnisse gekommen sind. Englische Nachrichten enthüllen uns, daß englische Industrielle, während sie von großen Plänen sprechen, um den Ausfuhrhandel in den vielen Ländern zu erobern, die Deutschland jetzt nicht erreichen kann, bei jedem Schritt in dieser Richtung dadurch gehindert werden, daß sie diejenigen Stoffe nicht mehr erhalten können, die sie gewohnt waren aus Deutschland zu beziehen.«

Die großen Erfolge des Automobillismus, dessen Bedeutung erst jetzt im Krieg voll zur Geltung kommt, bauen sich nicht zuletzt auf der Verwendung des Benzins als Brennstoff auf. Benzin, der zwischen 55 und 100° verdampfende Bestandteil des Rohpetroleums, zeich-

net sich besonders dadurch aus, daß es sich, einmal verdampft, leicht der atmosphärischen Luft beimischen läßt und mit dieser explosive Gemische bildet. Die Verdampfung des Benzins läßt sich einfach dadurch durchführen, daß man einen Luftstrom durch den Benzinvorrat ansaugt. Der Benzinmotor läßt sich deshalb ebenso bequem in Betrieb setzen wie ein Gasmotor, und da Benzin etwa eine doppelt so große Verbrennungswärme besitzt wie Leuchtgas, so brauchen bei gleicher Leistungsfähigkeit die Abmessungen des Benzinmotors nur halb so groß zu sein, wie die eines Gasmotors. Schon vor Ausbruch des Krieges war, einmal wegen des beständig steigenden Bedarfs, und dann wegen der sinkenden Benzinausbeute aus den Rohölquellen, der Benzinpreis so stark in die Höhe gegangen, daß nach geeigneten Ersatzmitteln gesucht wurde. Zum Teil geschah das auch deshalb, um den deutschen Automobillismus vom Ausland unabhängig zu machen. Jetzt, nachdem die Benzineinfuhr ins Stocken gekommen ist und die vorhandenen Vorräte für Heereszwecke beschlagnahmt worden sind, ist die Nachfrage nach Benzinersatz doppelt intensiv geworden. Das beste und dem Benzin fast gleichwertige Ersatzmittel ist das bei der Leuchtgaszerzeugung und in den großen Industriekereien gewonnene Benzol. Die Verbrennungswärme des Benzols ist allerdings etwas geringer als beim Benzin. Dieser Nachteil fällt aber nicht so sehr ins Gewicht wie der andere, daß sich Benzol wegen seines höhern Siedepunkts und seines höhern spezifischen Gewichts nicht so leicht verdampfen und der Luft beimischen läßt wie Benzin. Die explosiblen Benzolluftgemische verbrennen deshalb auch nicht so vollkommen wie ein Benzinluftgemisch. Infolgedessen sinkt bei gleicher Brennstoffzufuhr die Leistung des mit Benzol betriebenen Motors, seine Zylinder verschmutzen leichter, und die ausgepufften Verbrennungsgase belästigen mehr als die eines Benzinmotors. Immerhin ist Benzol ein erheblich wertvollerer Benzinersatz als der Spiritus, auf den besonders in landwirtschaftlichen Kreisen große Hoffnungen gesetzt worden waren. In volkswirtschaftlicher Hinsicht wäre das für Deutschland von größter Bedeutung gewesen, da unsere Landwirtschaft den Bedarf an Spiritus für motorische Zwecke nahezu vollkommen zu decken imstande wäre. Der verwendbare Spiritus von 80 bis 90 % Reingehalt besitzt aber noch nicht einmal die Hälfte

der Verbrennungswärme des Benzins. Dazu kommt noch, daß ein erheblicher Teil der Verbrennungswärme dazu benutzt werden muß, um das Wasser des Spiritus zu verdampfen, der Arbeitsleistung des Motors also entzogen wird. Hierdurch wird bei gleich großen Motoren und gleichem Verbrauch die Leistung auf beinahe ein Drittel herabgesetzt, wenn man an Stelle von Benzin Spiritus verwendet. Wegen der geringen Flüchtigkeit des Spiritus muß nach erfolgter Zerstäubung noch eine weitere Verdampfung durch Wärmezufuhr vorgenommen werden. Solange ein Spiritusmotor im Betrieb ist, genügt hierfür die Wärmezufuhr durch die heißen Verbrennungsgase. Bei der Inangsetzung steht diese Wärmequelle aber noch nicht zur Verfügung; Spiritusmotoren müssen deshalb auch mit Benzin oder Benzol angelassen werden. Das kompliziert den Betrieb nicht unwesentlich, so daß die Spiritusautomobile keinen rechten Aufschwung zu nehmen vermochten. Etwas günstiger als Brennspritus wirkt ein Gemisch von Spiritus mit etwa 20 % Benzol. Die Verbrennungswärme steigt hierdurch auf zwei Drittel des Benzols an, und dementsprechend wächst auch die Leistungsfähigkeit. Aber auch die mit einem Spiritusbenzolgemisch betriebenen Motoren müssen mit Benzin oder Benzol angelassen werden. Neuerdings, als die Heeresverwaltung auch den Verkauf von Benzol für sich reserviert hatte, nahm man Zuflucht zu einer Mischung von Spiritus und den Rückständen aus der Ölgasbereitung. Ein sehr unglücklicher Ausweg, denn bei diesen Gemischen, die auch erst besonders verdampft werden müssen, findet eine recht unvollkommene Verbrennung statt, und die noch unverbrannten Ölgasrückstände verpesten in unerträglicher Weise die Luft.

× **Moorverwertung** ×  
Über einige Probleme der technischen Moorverwertung sprach Professor Dr.

G. Keppeler vor einiger Zeit im Verein zur Förderung der Moorkultur im Deutschen Reich. Trotz mannigfacher Versuche neue Verwertungsmöglichkeiten für Torf ausfindig zu machen muß sich die Technik nach wie vor darauf beschränken den Torf als Brennstoff zu verwerten. Die Methoden zur Entfernung des Wassers aus dem Torf auf mechanischem Weg sind bisher alle an der Wirtschaftlichkeit gescheitert, und man hat immer wieder auf die seit alters bekannte Lufttrocknung

zurückgegriffen. Auch die Entwässerung durch Erhitzen oder durch Pressen ist zu kostspielig. Durch Zusatz von Fremdkörpern, zum Beispiel Chlormagnesium, kann man jedoch den Zustand des Torfs so verändern, daß das Wasser rasch abläuft. Ferner kann man durch Erhitzen im geschlossenen Gefäß den Torf in eine braunkohlenähnliche Substanz verwandeln, aus der sich das Wasser auch auspressen läßt. Bei dem Verfahren der Nachpreßgesellschaft, das der Vortragende näher beschrieb, wird dem Rohmoor grusiger Trockentorf zugesetzt. Nach zweimaliger Pressung enthält das Material 60 % Wasser; in diesem Zustand kann es direkt verfeuert, briquetiert oder der Vergasung unterworfen werden. Die reinen Betriebskosten dieses Verfahrens betragen nach der Angabe der Gesellschaft 1,10 Mark für die Tonne des 60 % Wasser enthaltenden Produkts. Das Verfahren ist namentlich für Überlandzentralen von Bedeutung, da die porösen Preßkuchen für die Vergasung besonders geeignet sind. Bei der Zentrale im Schweger Moor, wo Torf unter Ammoniakgewinnung vergast wurde, hat die Torfgewinnung nicht das geleistet, was man von ihr erwartet hat. Aber gerade die billige Torfgewinnung ist für die Torfverwertung von höchster Bedeutung; hierzu sind leistungsfähige Maschinen erforderlich, besonders in Zeiten, wo die Landwirtschaft viele Kräfte braucht. Bei einer neuen Torffördermaschine von Baumann ist die Handarbeit fast ganz ausgeschaltet, so daß sich die Gesteungskosten für 1 Tonne Torf hierbei auf 2 bis 4 Mark stellen sollen.

× **Kurze Chronik** × Die berühmten Cockerillwerke in Seraing bei Lüttich sind unter deutsche Verwaltung gestellt worden. Die Werke befassen sich mit Eisenverhüttung und Stahlerzeugung, mit der Herstellung von Walzgut aller Art, von Lokomotiven und kleineren Geschützen. Die Cockerillwerke, zu denen auch Steinkohlen- und Erzgruben gehören, beschäftigen rund 11 000 Arbeiter. × Der englische Kohlenbergbau leidet gegenwärtig sehr unter dem Mangel an Grubenholzern, während Deutschland hierin weit besser gestellt ist. Da Rußland und Skandinavien mit dem einsetzenden Winter als Lieferanten für Grubenholz zurücktreten, so steht der englische Kohlenbergbau vor einer sehr ersten Frage. × In rund 49 000 An-

lagen wird heute in Deutschland Elektrizität erzeugt. Die gesamte Stromlieferung beträgt mehr als 13 Milliarden Kilowattstunden. Mehr als 75 Millionen elektrischer Glühlampen sind installiert, und damit ist das elektrische Licht in Deutschland an die erste Stelle gerückt. Die Zahl der Petroleumlampen ist dementsprechend erheblich zurückgegangen und beträgt nur noch etwa 21 Millionen. × Zur Stabilisierung von Motorfahrrädern, die jetzt im Kriegsaufklärungs- und Nachrichtendienst eine bedeutende Rolle spielen, ist vorgeschlagen worden einen horizontalen Kreisels mit vertikaler Welle zu benutzen, der von einem Elektromotor angetrieben wird. Der Strom soll von einem von dem Benzinmotor angetriebenen Dynamo entnommen werden.

## DIVERSA

### Neuerscheinungen

**Sozialdemokratie und Vaterland** Am 8. Oktober hat der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete W. Keil auf Einladung des sozialdemokratischen Vereins in Ulm einen öffentlichen Vortrag über das deutsche Volk im Krieg gehalten, der jetzt im Druck vorliegt (Ulm, Volksbuchhandlung). In einer Zeit sich überstürzender Ereignisse und hin- und herwogender Stimmungen, aufgeregten Geschreis und verständnislosen Stauens ein ernstes, männliches Wort. Geradezu Goldes wert für alle, die sich noch nicht in die Haltung der Sozialdemokratie zu diesem Krieg und zur Verteidigung des Vaterlands haben hineinfinden können, Sozialdemokraten wie Angehörige anderer Parteien. Keil führt zunächst eine Reihe Äußerungen hervorragender Sozialdemokraten über die Stellung der Partei zur Nation an. So Bebel am 20. Mai 1889 im Reichstag: »Wir sind in Deutschland und somit als Deutsche geboren und wir, die wir die deutsche Sprache sprechen, an der Kulturarbeit des deutschen Volkes uns ebenso beteiligt haben, wie Sie und vielleicht in viel höherem Maß als die meisten von Ihnen, haben das selbe Recht an unserm Vaterland, an unserm Heimatland wie Sie.« Und Vollmar (Eldoradorede 1891): »Sobald unser Land von außen angegriffen wird, gibt es nur noch eine Partei, und wir Sozialdemokraten werden nicht am letzten unsere Pflicht tun.« Keil weist

nach, wie alles dies ganz folgerecht ausläuft in die Erklärung der Reichstagsfraktion vom 4. August 1914: »Es gilt die Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicher zu stellen. Da machen wir wahr, was wir immer gesagt haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich.«

Man täte aber Keil unrecht, wenn man glaubte, daß er diese Zeugnisse brauchte, um sich und die Haltung der Fraktion gewissermaßen erst zu rechtfertigen. Nein, das Schöne an dieser Rede ist die Selbstverständlichkeit und Vorbehaltslosigkeit, mit der Keil seinen Standpunkt einnimmt, und der Stolz, mit dem er zu seinem Wort steht und betont, die Sozialdemokratie sei rückhaltlos für die Verteidigung des eigenen Landes eingetreten, nicht aus taktischen Rücksichten sondern im Interesse des eigenen Volkes. Das ist Wärme und Begeisterung; aber wie weit ist sie von jeder Spur rohen Kriegsrausches entfernt! Wohl sieht Keil unsere nächste und inhaltsschwerste Sorge darin, daß unseren Truppen ein voller Sieg beschieden sein möge; aber da ist kein Wort der Überhebung und Völkerverhetzung, sondern hinter den Bitternissen des Krieges sieht der Verfasser einen dauernden Frieden, gegründet auf die Eckpfeiler der Vernunft und Humanität.

Die Ausführungen, die Keil über die innere Politik nach dem Krieg macht, enthalten einen Satz, der seiner Prägnanz wegen besonders hervorgehoben zu werden verdient: »Wir werden vor allem die gleichen Rechte und Pflichten des Schlachtfelds auf das Gebiet der staatsbürgerlichen Betätigung übertragen müssen.« In der Tat, wer dürfte es noch wagen Sozialdemokraten als Ehrlose und<sup>2</sup> als Staatsbürger mindern Rechts zu behandeln, nachdem sie in gleicher Front mit den anderen Parteien ihre Vaterlandsliebe und Pflichttreue durch die Tat bewiesen haben! Daß Keil dabei nicht daran denkt, die Sozialdemokratie sollte nach dem Krieg ihre Überzeugungen und ihren Kampf für die Rechte und das Wohlergehen der deutschen Arbeiter aufgeben, ist in anderen sehr interessanten Ausführungen bestätigt.

Das Heft ist eine vortreffliche Waffe zur Werbearbeit und nötigenfalls zur Abwehr.

WOLFGANG HEINE